



Plenarprotokoll (neu)

16. Sitzung

Mittwoch, 13. Dezember 2017

Gemeinsame Beratung

- a) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein“ und zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung von Mobilität und Innovation des Schienenpersonennahverkehrs im Land Schleswig-Holstein sowie zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/142

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/199

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/358

- b) **Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/360		Jörg Nobis [AfD].....	1034
		Lars Harms [SSW].....	1039, 1055
		Ole-Christopher Plambeck [CDU]	1047
c) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018 ...	1002	Beate Raudies [SPD].....	1050, 1058
		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1053
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/361		Doris Fürstin von Sayn-Wittgen- stein [AfD].....	1055
		Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1057
d) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen	1003	Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/ 142	
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/368 (neu)		2. Annahme des Antrags Drucksache 19/199	
		3. Überweisung der Ge- setzentwürfe Drucksachen 19/360, 19/361 und 19/368 (neu) an den Finanzausschuss	
e) Tierheime finanziell unterstüt- zen	1003	4. Überweisung des An- trags Drucksache 19/355 an den Finanzausschuss	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/355		5. Erteilung der Entlas- tung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2015 gemäß Arti- kel 63 Absatz 2 der Landesverfas- sung und § 114 Absatz 2 der Lan- deshaushaltsordnung	
f) Haushaltsrechnung und Vermö- gensübersicht für das Haus- haltsjahr 2015	1003	6. Annahme der Be- schlussempfehlung Drucksache 19/364 Absatz 2	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4912		7. Überweisung des Be- richts Drucksache 19/366 an den Finanzausschuss.....	1059
Bemerkungen 2017 des Landes- rechnungshofs Schleswig-Hol- stein mit Bericht zur Landes- haushaltsrechnung 2015	1003		
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 19/364		Energie- und Klimaschutzziele in Schleswig- Holstein umsetzen!	1059
g) Haushaltsrechnung und Vermö- gensübersicht für das Haus- haltsjahr 2016	1003	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/369	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/366		Thomas Hölck [SPD].....	1059
Thomas Rother [SPD], Berichter- statter.....	1003	Andreas Hein [CDU].....	1061
Monika Heinold, Finanzministerin	1003	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1062
Tobias Koch [CDU].....	1010, 1056	Oliver Kumbartzky [FDP].....	1063
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1015	Jörg Nobis [AfD].....	1064
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1022	Flemming Meyer [SSW].....	1065
Christopher Vogt [FDP].....	1027, 1054	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	1066

Beschluss: Annahme des Antrags
Drucksache 19/369..... 1068

**Innovative Power-to-X-Lösungen
unterstützen** 1068

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/379

Andreas Hein [CDU]..... 1068
Thomas Hölck [SPD]..... 1069, 1074
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 1070
Oliver Kumbartzky [FDP]..... 1071, 1074
Jörg Nobis [AfD]..... 1072
Flemming Meyer [SSW]..... 1073
Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt, Natur und Digitalisie-
rung..... 1074

Beschluss: Annahme des Antrags
Drucksache 19/379..... 1075

**Schulprogramm für Obst, Gemüse
und Milch** 1075

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/383

**Gesunde Ernährung und Wert-
schätzung von Lebensmitteln an
Schulen voranbringen** 1075

Alternativantrag der Fraktionen von
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/415 (neu)

Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 1076
Anette Röttger [CDU]..... 1077
Martin Habersaat [SPD]..... 1078
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 1079
Annabell Krämer [FDP]..... 1080
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 1081
Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt, Natur und Digitalisie-
rung..... 1082

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags
Drucksache 19/383
2. Annahme des Antrags
Drucksache 19/415 (neu)..... 1083

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie-
rung und Erster Stellvertreter des Ministerpräsi-
den-
ten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für
Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstel-
lung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres,
ländliche Räume und Integration

Monika Heinold, Finanzministerin

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 7. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Kolleginnen Barbara Ostmeier und Kirsten Eickhoff-Weber. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Der Abgeordnete Wolfgang Kubicki hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Sitzung des Landtags verhindert ist.

(Zuruf)

- Wir wären auch enttäuscht gewesen, wenn das dieses Mal anders gewesen wäre. - Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Kollegen Flemming Meyer ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren und ihm alles Gute wünschen.

(Beifall)

Nach dänischem Brauch wird eigentlich ein Lied gesungen. Das verkneifen wir uns heute einmal.

(Zuruf)

- Ja, davon bin ich überzeugt. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 13, 29, 31, 33, 34 und 35 ist eine Aussprache nicht geplant.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2 und 21, Änderung des Schulgesetzes und Antrag zu Mehrbedarfskosten durch Umstellung auf G 9, sowie die Tagesordnungspunkte 3, 6, 7, 10, 14, 30 und 36 unter der Überschrift Haushaltsberatungen 2018 sowie die Tagesordnungspunkte 25, 27, 28 und 32, Anträge zum Schienenverkehr in Schleswig-Holstein.

Anträge zu einer Aktuellen Stunde oder einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 7. Tagung. Wir werden heute und

morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Gäste: Schülerinnen und Schüler der Privatschule Düsternbrook, Kiel, und Schülerinnen und Schüler des Regionalen Bildungszentrums Wirtschaft, Kiel. Das sind die angehenden Medienkaufleute. Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3, 6, 7, 10, 14, 30 und 36 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Infrastruktur-Modernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein“ und zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung von Mobilität und Innovation des Schienenpersonennahverkehrs im Land Schleswig-Holstein sowie zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/142

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/199

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/358

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/360

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018

(Präsident Klaus Schlie)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/361

d) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/368 (neu)

e) Tierheime finanziell unterstützen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/355

f) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2015

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4912

Bemerkungen 2017 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2015

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/364

g) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/366

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise auf die umfangreichen Vorlagen. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Wir werden wie folgt verfahren: Zuerst wird die Landesregierung den Haushalt einbringen. Dann erhalten die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Fraktionsstärke das Wort. Danach erhalten die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen das Wort. Wir werden die erste Runde so gestalten, dass wir gegebenenfalls die Mittagspause ein wenig verschieben, falls die Fraktionsvorsitzenden und die

Landesregierung am Vormittag noch nicht so weit sind.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Haushaltsentwurf für 2018 vor. Wir tilgen Schulden, sanieren die Infrastruktur und investieren in Bildung. Wir zeigen, wie Jamaika hier im echten Norden arbeitet: solide und ambitioniert, vertrauensvoll und verlässlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir zeigen auch und gerade nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen in Berlin, dass es gelingen kann, Neues und Innovatives zu schaffen, voneinander zu lernen und Gemeinsamkeiten zu definieren. Der Haushaltsentwurf 2018 wird von drei sehr unterschiedlichen Koalitionspartnern getragen, die sich auf den Weg gemacht haben, gemeinsam das Beste für unser Land herauszuholen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

und die sich alle mit ihren Topthemen im Haushalt wiederfinden: Investitionen und Wirtschaftsförderung, die gleichzeitig dem Klimaschutz nützen, Bildung und Integration, die auch Gerechtigkeitspolitik sind, Digitalisierung, die unserem Land ein neues Update gibt, ein strukturell ausgeglichener Haushalt mit 185 Millionen € Tilgung. Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2018 ist ein ambitionierter Entwurf, der Zukunft atmet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Miteinander, nicht gegeneinander. Mit dem Haushaltsentwurf 2018 nehmen wir an vielen Stellen viel Geld in die Hand, um Schleswig-Holstein noch attraktiver zu machen, damit wir hier oben im echten Norden auch zukünftig die glücklichsten Menschen in Deutschland sind.

Schwerpunkt der Landesregierung ist Bildung. Wir reservieren rund 310 Millionen € für die Kitas; das sind über 10 Millionen € mehr als in diesem Jahr. Und das ist erst der Anfang. Wir werden die Kitamittel in dieser Legislaturperiode kräftig aufstocken, um die Qualität zu stärken und die Kommunen und die Eltern zu entlasten.

(Ministerin Monika Heinold)

Sozialminister Heiner Garg arbeitet mit Hochdruck an einem entsprechenden Konzept. Er bindet alle Beteiligten in den Dialog ein. Danke dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, statt ursprünglich 495 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer abzubauen - so war es geplant -, schaffen wir zusätzlich 395 Stellen und haben damit 890 Stellen mehr zur Verfügung für Bildung als ursprünglich vorgesehen. Wir stärken die Unterrichtsversorgung, wir statten Grundschulen, Berufsschulen und DaZ-Sprachunterricht besser aus.

Auch in den nächsten Jahren wollen wir nachsteuern: In den Grundschulen wird es mehr Unterricht geben. Wir beginnen zunächst mit einer zusätzlichen Stunde im kommenden Schuljahr. Wir helfen den Gymnasien, den Übergang von G 8 zu G 9 zu organisieren und Ganztagsangebote vorzuhalten. Wir sind mit den Kommunen im Gespräch über entstehende nachgewiesene Raumbedarfe. Ziel ist eine Regelung im Schulgesetz, die bereits mit der Verabschiedung des Haushalts im Februar beschlossen werden könnte.

Dazu kommt: Haushaltsüberschüsse wollen wir künftig auch für Schulbau einsetzen einschließlich der Sanierung der Sanitäranlagen. Das ist ein Programm, das ausgesprochen gut in unseren Kommunen und in den Schulen ankommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sie wissen, wir sind für Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen, beginnend ab 2019 mit 2 Millionen €, bis 2020 rund 10 Millionen € mobilisieren, um Schulen mit besonderen Herausforderungen zu stärken. Bildungsministerin Karin Prien erarbeitet hierfür das Konzept. Danke dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die Bildungsministerin kümmert sich aber nicht nur engagiert um unsere Schulen, sie setzt sich auch für die Hochschulen ein. Mit dem Haushalt stellen wir rund 710 Millionen € für Wissenschaft zur Verfügung. Das sind knapp 21 Millionen € mehr als in diesem Jahr. Wir wollen, dass junge Menschen in Schleswig-Holstein studieren, hier eine Existenz aufbauen, in unserem Land bleiben oder zu uns kommen. Dafür brauchen wir gut ausgestattete Hochschulen. Deshalb werden wir mit künftigen Haushaltsüberschüssen auch die Baumittel für die Hochschulen weiter aufstocken.

Der Haushalt 2018 atmet Zukunft, weil wir uns ganz viel für Bildung vorgenommen haben. Bildung gibt soziale Sicherheit.

Sicherheit wollen wir auch gewährleisten, indem wir weitere 500.000 € für das Landesförderprogramm Einbruchschutz zur Verfügung stellen, die Polizei gut ausstatten, bürgernah aufstellen und ihre Arbeitsbedingungen verbessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir planen 1,2 Millionen € zusätzlich für die Erhöhung der Erschwerniszulage ein. Künftig soll es Erleichterungen beim Wechselschichtdienst geben durch reduzierte Wochenarbeitszeit. Und das Personalstärkungsprogramm geht weiter.

Im Jahr 2018 werden wieder 400 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt. Bis 2023 sollen insgesamt 500 zusätzliche Stellen besetzt sein. Ein ehrgeiziges Programm.

Minister Hans-Joachim Grote kümmert sich aber nicht nur verantwortungsvoll um unsere Polizei; er setzt auch die gute Tradition des Landes fort, seiner humanitären Verantwortung für Geflüchtete gerecht zu werden. Danke dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Mit dem Haushaltsentwurf 2018 stehen 474 Millionen € für die Versorgung und Betreuung für Spracherwerb und kommunale Unterstützung, für Kita und Schule, für Wohnungsbau und Integration im Flüchtlingsbereich bereit. Der Bund beteiligt sich daran mit 37 %.

Ja, es war ein hartes Ringen aller Länder, damit sich der Bund seiner Finanzverantwortung im Flüchtlingsbereich stellt. Seien Sie sich sicher: Wir werden uns auch zukünftig und - ich hoffe - mit vereinter Kraft dafür einsetzen, dass der Bund seinen Anteil an dieser Finanzverantwortung für die Geflüchteten trägt. Soll Integration gelingen, dann müssen die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Haushalt 2018 werden wir dieser Verantwortung des Landes gerecht.

Wir nehmen 500.000 € in die Hand, um das Landesamt für Ausländerangelegenheiten zum Landeskompetenzzentrum für Zuwanderung weiterzuentwickeln. Für DaZ-Unterricht - Deutsch als Zweitsprache - planen wir 2018 insgesamt 1.233 Stellen für Lehrkräfte ein, weil Spracherwerb die Grundlage für alle ist.

(Ministerin Monika Heinold)

Unser Haushaltsentwurf 2018 atmet Zukunft; denn wir gestalten auch Digitalisierung, Wirtschaft, Verkehr und Energiewende. Minister Robert Habeck beackert als Digitalisierungsminister Hard- und Software. Lieber Robert Habeck, 2018 haben Sie 170 Millionen € eingeplant, 12 Millionen € mehr als in diesem Jahr. Machen Sie etwas draus!

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das Programm Schulen ans Netz wird um 6 Millionen € auf 8,7 Millionen € aufgestockt, damit Surfen in Schleswig-Holstein nicht nur auf dem Wasser stattfindet. Wir bauen das freie WLAN-Netz aus und werden digitale Projekte in den Kommunen fördern.

Und wir investieren in die Energiewende. Für Innovationsprojekte in der Energiewende stehen 2 Millionen € zur Verfügung. Für Projekte der E-Mobilität wollen wir künftig aus Haushaltsüberschüssen 10 Millionen € mobilisieren.

Für die Förderung von Bürgerenergieprojekten stellen wir 2018 in einem ersten Schritt eine Anschubfinanzierung in Höhe von einer halben Million € bereit.

Energiewende und Digitalisierung bringen neue Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze nach Schleswig-Holstein. Minister Bernd Buchholz hat das ehrgeizige Ziel, bis 2025 eine weitgehend flächendeckende Breitbandversorgung mit Glasfaser in Schleswig-Holstein zu erreichen. Dafür schmiedet er zurzeit ein neues Bündnis für den Netzausbau und lässt die verbleibenden weißen Flächen durch das Breitbandkompetenzzentrum analysieren.

(Beifall CDU und FDP)

Um diese gesteckten Ziele zu erreichen, wollen wir in dieser Legislaturperiode weitere 50 Millionen € mobilisieren. Wir wollen, dass Start-ups und Familienbetriebe eine Zukunft haben, dass junge Menschen Lust haben, sich bei uns eine berufliche Zukunft aufzubauen.

Wir setzen Bundes- und Landesmittel für die Werften ein, damit sich diese mit innovativen Entwicklungen neue Perspektiven erarbeiten. Und wir stocken die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung auf und binden einen Teil dieser aufgestockten Mittel, 4,8 Millionen €, an Projekte, welche der Energiewende und dem Klimaschutz dienen.

Minister Habeck und Minister Buchholz arbeiten daran, dass Ökonomie und Ökologie zusammengeführt werden. Danke dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Unser Haushaltsentwurf atmet auch Zukunft, weil wir bei der Sanierung der Infrastruktur eine Schippe drauflegen wollen. Mit der Nachschiebeliste werden wir Ihnen vorschlagen, den Haushaltsüberschuss 2017 für Schulen und Hochschulen, für Digitalisierung, Mobilität und Energiewende, für Krankenhäuser, Frauenhäuser, für Kultur, Sport und Barrierefreiheit zu nutzen - ganz schön viel, was wir uns im Bereich der Infrastruktur vornehmen. Die Voraussetzungen sind gut; denn 2017 können wir mit einem Haushaltsüberschuss in dreistelliger Millionenhöhe rechnen. Den Löwenanteil wollen wir in Infrastruktur packen. Unser Ziel ist es, bei der Sanierung der Infrastruktur schneller als bisher voranzugehen.

Aber, meine Damen und Herren, zur Ehrlichkeit gehört auch zu sagen: Versprechen kann ich das nicht; denn es reicht - und das wissen Sie - bei Weitem nicht mehr aus, nur Geld zur Verfügung zu stellen. Das Vergaberecht ist anspruchsvoll. Europaweite Ausschreibungen brauchen Zeit. Die Auftragsbücher der Handwerksbetriebe sind voll, und es ist eine echte Herausforderung, Handwerks-, Planungs- und Ingenieurleistungen an Land und ins Land zu ziehen.

Auch der Landesverwaltung fehlt Personal. In diesem Jahr werden wir von den ursprünglich für IMPULS eingeplanten Mitteln in Höhe von rund 153 Millionen voraussichtlich 60 Millionen nicht verbauen können.

(Serpil Midyatli [SPD]: Aha!)

Der Vorteil ist: Wir dürfen sie mit ins nächste Jahr nehmen.

Meine Damen und Herren, aber Jammern hilft nicht. Damit es mit der Sanierung der Infrastruktur vorangeht, bringen wir konkrete Maßnahmen auf den Weg. Ab dem Wintersemester 2018/19 soll es an der Fachhochschule Kiel einen neuen Studiengang für Bauingenieure geben. Dafür brauchen wir in den nächsten Jahren rund 4 Millionen € als Baubmittel und strukturell 1 Million € für Betriebskosten. Wir erarbeiten gemeinsam mit der GMSH Wege für eine zügigere Umsetzung von Baumaßnahmen. Wir stocken die Mittel für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr um 5 Millionen € auf, und wir stärken das Personal auch in der Landesverwal-

(Ministerin Monika Heinold)

tung, unter anderem für eine Taskforce Infrastruktur im Finanzministerium.

Der alte Stellenabbaupfad, meine Damen und Herren, war notwendig. Er hat geholfen, den Haushalt zu konsolidieren. Aber er hilft uns nicht, um bei der Sanierung der Infrastruktur voranzukommen. Er hat in einigen Bereichen auch zu enormen Arbeitsverdichtungen geführt; das wissen wir alle. Alle meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett können gut begründen, warum sie mehr Personal brauchen, damit Anträge schneller bearbeitet werden können, damit gesetzlicher Vollzug besser gewährleistet wird.

Mit dem Haushaltsentwurf 2018 legen wir dem Landtag auch eine neue Mittelfristplanung für die Stellen vor. Wir haben Stellenabbau und Stellenaufbau zu einem einheitlichen Konzept zusammengeführt und wollen dieses im Rahmen strukturell ausgeglichener Haushalte umsetzen. Das Entscheidende ist - der Fortschritt bei der Haushaltskonsolidierung macht es möglich -: Wir können die Reset-Taste drücken.

Meine Damen und Herren, unser Haushaltsentwurf 2018 atmet Zukunft, weil wir auch bei den Ausbildungsplätzen powern. Ursprünglich waren 1.957 Stellen für Nachwuchskräfte vorgesehen. Jetzt packen wir noch einmal 289 Stellen drauf, weil wir wissen, dass ohne Zukunftskräfte und ohne eine gut aufgestellte Landesverwaltung kein Staat zu machen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das, meine Damen und Herren, gilt auch für die Justiz. Um den Personalbedarf der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und des Vollzugs auch zukünftig decken zu können, wird die Zahl der Nachwuchsstellen um 89 Stellen aufgestockt. Zur sofortigen Stärkung erhalten die Verwaltungsgerichte und die Staatsanwaltschaften jeweils neun weitere Planstellen für Richterinnen und Richter beziehungsweise für die Staatsanwaltschaften.

Darüber hinaus federn wir die verantwortungsvolle Tätigkeit im Justizvollzug sozial ab. Für die Erschwerniszulage werden weitere 200.000 € zur Verfügung gestellt. Sie sehen, Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack hat sich für die Justiz kräftig ins Zeug gelegt, damit auch diese von der neuen Stellenplanung profitiert. Danke dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir bündeln unsere Kräfte und bessern Stück für Stück dort nach, wo es aus unserer Sicht am notwendigsten ist. Dabei wissen wir, an vielen Stellen ist es noch immer zu wenig - die Opposition wird darauf hinweisen -, sind die Erwartungen deutlich höher als das, was das Land zurzeit leisten kann.

Gefordert wird, die alte Regelung für das Weihnachtsgeld wieder einzuführen, was Kosten in Höhe von 140 Millionen € verursacht. Die Justiz fordert 400 zusätzliche Stellen. Die GEW fordert, dass alle Grundschullehrkräfte nach A 13 bezahlt werden. Die Kommunen erwarten eine bessere finanzielle Grundausstattung, mehr Geld für Kitas und dass das Land die bisherigen Straßenausbaubeiträge zahlt. Das UKSH erwartet 50 Millionen € mehr als geplant. Hinzu kommen Forderungen nach einer beitragsfreien Kita, nach einem Mehr für Kultur, für Verbraucherschutz, für Vereine und Verbände, für gebundene Ganztagschulen, für Infrastruktur und vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren, da liegt schnell eine halbe Milliarde Euro auf dem Tisch. Alle Forderungen - lassen Sie mich das sagen - haben ihre Berechtigung. Natürlich stellt sich die Frage, warum wir im nächsten Jahr Schulden tilgen wollen, statt dieses Geld in Bildung, Personal und Infrastruktur zu investieren. Die Antwort, meine Damen und Herren, ist ganz einfach: Das Land tilgt in guten Zeiten, damit es, wenn die Konjunktur einmal nicht so gut läuft, in schlechten Zeiten nicht abrupt auf die Sparbremse treten muss. - Das ist eine gute Grundlage, wie schon Firmengründer Johann Buddenbrook senior, der uns ja vertraut ist, wusste.

(Martin Habersaat [SPD]: Das unterschlägt aber das Ende!)

- Es hat schlecht geendet, aber der Rat war gut, auch wenn nachher in der dritten Generation das mit der Ernte nicht mehr so gut lief.

(Zuruf)

- Doch, ich komme darauf. Der Rat war gut, und deshalb sollten wir ihn befolgen. Gerade wenn man weiß, dass die Befolgung des Rates zum Erfolg geführt hat und die Nichtbefolgung eben nicht, sind wir uns, glaube ich, schnell einig. Was gab er seinem Sohn mit? Alle scheinen es zu wissen:

„Mein Sohn, sey mit Lust bey den Geschäften am Tage, aber mache nur solche, daß wir bey Nacht ruhig schlafen können.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

(Ministerin Monika Heinold)

Meine Damen und Herren, solide Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck, sondern die Bedingung für die Möglichkeit, überhaupt nachhaltig und verlässlich in soziale Gerechtigkeit und Zukunft zu investieren.

Ich habe Ihnen ein paar Schlagzeilen früherer Jahre mitgebracht. 1997: Das Land will Projekte in einer Größenordnung von 1 Milliarde Mark streichen. Am Sonntag wollen die Finanzexperten der Koalitionspartner darüber beraten.

(Zuruf: Sonntagsarbeit!)

2003: Wursteln im Desaster - Schleswig-Holstein spitzt weiter den Rotstift. Hochschulen und Beamtinnen und Beamte sollen Opfer bringen.

Auch 2003 formulierte die ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis sehr drastisch:

„Das ist kein Sparen mehr, sondern ein richtiges Würgen. Das wird Krach geben.“

Und 2010 gab es die Schlagzeile: Carstensen droht mit Rücktritt, sollte das vorgelegte Sparpaket scheitern.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich will nicht zurück in diese Jahre, in denen die Landesregierung von Sparklausur zu Sparklausur getaumelt ist. Jede heute getroffene Entscheidung muss auch morgen noch bezahlbar sein. Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, das produziert Enttäuschung. Wir sollten heute sehr ehrlich sagen, was zurzeit geht und was nicht oder noch nicht geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, kluge Politik plant langfristig, um den Grad zwischen Konsolidieren und Gestaltung der Zukunft hinzubekommen, so wie wir es mit diesem Haushaltsentwurf machen.

Es ist mir ein besonderes Bedürfnis zu betonen, dass die Landesregierung großen Respekt vor der Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat. Sie tragen die Lasten der Sparprogramme der letzten Jahre, des letzten Jahrzehnts. Mit dem Haushaltsentwurf 2018 schaffen wir Entlastung. Wir erhöhen Zulagen, schaffen Ausbildungsplätze, stocken das Personal insgesamt auf. Wir planen mit 4,2 Milliarden € Personalausgaben – knapp 36 % der Gesamtausgaben. Darin enthalten sind 133 Millionen € für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie 24 Millionen € Sonderzahlungen beziehungsweise Weihnachtsgeld, so wie es das Land auch in den letzten Jahren gemacht hat: für die unteren Be-

soldungsgruppen bis A 10 ein Grundbetrag von 660 €, für unsere Nachwuchskräfte 330 € und für alle Beamtinnen und Beamten jeweils 400 € pro Kind. Meine Damen und Herren, mehr ist mit dem Haushalt 2018 nicht zu schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber: Wir haben uns mit dem Koalitionsvertrag vorgenommen, die Gehalts- und Besoldungsstruktur zu überarbeiten, um ausreichend Fachkräfte für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frühestens 2021!)

Meine Damen und Herren, wir schalten die Finanzampel immer dann auf Grün, wenn wir uns sicher sind, dass die Finanzierung dauerhaft trägt, weil wir - wie eben gesagt - nicht wieder in die Zeiten wollen, wo wir von Sparklausur zu Sparklausur taumeln.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist noch immer Haushaltskonsolidierungsland. Neben den rund 500 Millionen €, die wir 2018 aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen erwarten, erhält das Land bis zum Jahr 2020, also von 2010 bis 2020, insgesamt 720 Millionen € Konsolidierungshilfe aus einem Bund-Länder-Solidartopf, um aus der Schuldenfalle herauszukommen. Auch wenn der Stabilitätsrat nicht mehr messerscharf jede Ausgabe kontrolliert, solange diese Solidarmittel fließen, haben alle Länder wie der Bund ein sehr wachsames Auge auf unser Land, denn sie zahlen mit für Schleswig-Holstein.

Auch deshalb sind wir verpflichtet, sehr diszipliniert zu wirtschaften, und das tun wir. Wir sind sparsam: Schleswig-Holstein gibt in fast allen Aufgabebereichen pro Einwohnerin und Einwohner weniger aus als die meisten anderen Bundesländer. Und wir treffen Vorsorge, denn wir wissen hier im echten Norden: Es ist immer gut, eine Handbreit Wasser unterm Kiel zu haben.

Wir haben mit 5,5 % Einnahmesteigerung und 4,2 % Ausgabesteigerung eine gute, belastbare Grundlage, um durch das Jahr zu kommen: 12,04 Milliarden € Einnahmen, 11,86 Milliarden € Ausgaben. Wir haben 10 Millionen € Vorsorge für den Flüchtlingsbereich getroffen und ein neues Standortkonzept gemacht. Wir haben 22,6 Millionen € Vorsorge für gesetzliche Sozialleistungen getroffen und 30 Millionen € Vorsorge für Zinsänderungsrisiken.

Mit unserem Zinsmanagement sind wir hoch professionell aufgestellt. Passgenau gibt es verbindli-

(Ministerin Monika Heinold)

che Planungssicherheit mit der Option, günstige Konditionen dennoch nutzen zu können. Vorsorge für die nächsten Haushalte schaffen wir mit dem neuen Versorgungsfonds, der mit großer Mehrheit – ich glaube, einstimmig – beschlossen wurde und im Januar 2018 an den Start geht. 77,5 Millionen € werden zugeführt, 15,4 Millionen € werden entnommen. So soll mittelfristig der Anstieg der Versorgungsausgaben in den Haushalten abgefedert werden. Auch hier atmet der Haushalt Zukunft.

Wir ziehen mit dem Haushaltsentwurf die großen Linien, die sagen, was geht und was nicht geht. Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Straßenausbaubeiträge eingehen. 2016 machte Oberbürgermeister Kämpfer, SPD, den Vorschlag, die Kommunen sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

oder ob sie lieber andere Finanzierungsarten wählen. Ich habe Ihnen ein Zitat von Herrn Kämpfer aus seinem damaligen Interview mitgebracht, er fragte: „Kann die Kommune nicht selbst entscheiden, welchen Ärger sie haben will?“

(Zuruf SPD: Ja, genau! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist ein Zitat von Regierungsgliedern!)

Meine Damen und Herren, nun liegt das Gesetz vor, unter anderem von Oberbürgermeister Ulf Kämpfer, SPD, angeregt, und schwupps fordert er, die Landesregierung möge doch vollständig die Kompensation für die ausfallenden Beiträge zahlen.

(Beifall SPD)

Ich sage: Jeder muss sich an seinen eigenen Vorschlägen messen lassen, und wenn sie Realität werden, nicht den Ball in das Feld des anderen schieben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Meine Damen und Herren, auch an kleinen Stellen haben wir genau hingeschaut: 82.000 € mehr Ausgaben für die Minderheiten, weil uns das gute Zusammenleben etwas wert ist. Beim Sport stocken wir die institutionelle Förderung des Landessportverbands von 8 Millionen bis 9 Millionen € auf. Die Altenpflegeausbildung erhöhen wir vorerst um 1 Million €, weil wir die Pflegekräfte brauchen. Wir planen 2 Millionen € für einen Versorgungsfonds ein, um medizinische Versorgungs-

angebote zu stärken, auch angesichts der demografischen Entwicklung. Wir planen rund 4,2 Millionen € für Mahlzeiten von Kindern in Schulen und Kitas ein, weil wir wollen, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Geldbeutel mittags satt werden.

Meine Damen und Herren, diese im Vergleich zum Gesamthaushalt kleineren Verbesserungen können wir auf den Weg bringen, weil sich die Haushaltssituation des Landes in den letzten Jahren positiv verändert hat. Das ist gut für uns alle.

Im Jahr 2010 waren über 10 % des Haushalts schuldenfinanziert. Hand aufs Herz: Wer hätte damals darauf gewettet, dass wir im Jahr 2018 zum vierten Mal in Folge ohne neue Schulden auskommen können?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich hätte auf jeden Fall nicht darauf gewettet. Wer hätte darauf gewettet, dass die Zins-Steuer-Quote von 16,3 % im Jahre 1996 auf 5,3 % im Jahre 2018 fällt? Wer hätte darauf gewettet, dass wir 1,1 Milliarden € weniger im Jahr 2018 für Zinsausgaben einplanen müssen als im Jahr 2010 prognostiziert? Wir sind jetzt bei 530 Millionen € für Zinsen; die Planung damals lag bei 1,6 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, diese Rahmenbedingungen sind sehr gut für uns alle, und auch die Kommunen haben im nächsten Jahr mehr Geld als in diesem Jahr. Im Jahr 2018 können die Kommunen mit fast 5 Milliarden € Einnahmen aus Steuern und kommunalem Finanzausgleich insgesamt rechnen. Das sind nach dem Rekordanstieg von 483 Millionen € im ablaufenden Haushaltsjahr gegenüber dem Jahr 2016 noch einmal rund 94 Millionen € mehr.

Aber ja: Auch die Aufgaben unserer Kommunen wachsen täglich, und manch eine Kommune hat Mühe - wir wissen es alle -, ihren Haushalt zusammenzubinden. Deshalb helfen wir auch unseren Kommunen. Mit unserer Kita-Offensive erhalten die Kommunen in dieser Legislatur zusätzlich 110 Millionen €.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Und nächstes Jahr?)

Ich sprach von einer Legislatur.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wir reden vom Haushalt 2018?)

- Ja, in diesem Jahr haben wir 10 Millionen € mehr. Das habe ich Ihnen vor etwa 20 Minuten gesagt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

(Ministerin Monika Heinold)

Meine Damen und Herren, mit unserer Kita-Offensive erhalten die Kommunen in dieser Legislatur zusätzlich 110 Millionen € mehr. Hinzu kommen 210 Millionen € für die Qualitätssicherung und -steigerung. Und Sie kennen die Beträge für die Eltern.

Meine Damen und Herren, das ist ein Meilenstein in der Kita-Finanzierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir werden den Kommunen auch mit Haushaltsüberschüssen bei Investitionen, beim Schulbau, bei den Sportstätten, bei der Sanierung der Frauenhäuser helfen. Auch die Konsolidierungskommunen sollen weiter unterstützt werden. Das Programm soll ab dem Jahr 2019 - im Jahr 2018 läuft es noch - in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden um weitere fünf Jahre verlängert werden, weil wir finanzschwachen Kommunen helfen wollen, ihre Haushalte zu konsolidieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, maximal herausfordernd wird die vom Landesverfassungsgericht vorgegebene Aufgabe, den kommunalen Finanzausgleich neu auszurichten. Nicht nur die Aufgaben der Kommunen, auch die des Landes müssen bewertet werden, um im Anschluss über eine gerechte Mittelverteilung zu entscheiden. Damit betritt Schleswig-Holstein nach meiner Kenntnis bundesweit Neuland.

Meine Damen und Herren, neben all dem, was sich die Landesregierung neu in den Rucksack gepackt hat, ist auch schon eine ganze Menge an Altverpflichtungen enthalten, die wir zu schultern haben und schultern werden.

Die Versorgungsausgaben werden von 1,24 Milliarden € im Jahr 2018 mittelfristig bis 2022 auf rund 1,7 Milliarden € steigen. Es sind die Altverpflichtungen der HSH Nordbank, 5 Milliarden € bis 8 Milliarden €, die in unseren Haushalt kommen und für die wir Zinsen zahlen müssen - Geld, das uns an anderer Stelle für Zukunftsausgaben fehlt. Und wir haben den Infrastruktursanierungstau: rund 5 Milliarden €.

Das ist eine ganze Menge. Deshalb ist es zentral wichtig, auch die Einnahmeseite im Blick zu haben und sehr genau zu schauen. Deswegen unternehmen wir auf Bundesebene Initiativen zur Steuergerechtigkeit, zur Schließung von Steuerschlupflöchern. Wir haben in der letzten Landtagstagung über diese Initiativen diskutiert. Wir brauchen Steuergerech-

tigkeit, alle müssen sich an der Finanzierung des Staates beteiligen, da darf sich niemand aus der gesellschaftlichen Verantwortung verabschieden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Deshalb haben wir bei der mittelfristigen Stellenplanung auf die Finanzverwaltung geschaut. Wir stärken das Amt für Informationstechnik, damit wir die IT unserer Steuerverwaltung gut ausstatten. Wir erhöhen die Zulage für Steuerprüferinnen und Steuerprüfer im Außendienst. Besonders wichtig ist mir: In den nächsten drei Jahren schaffen wir für jeden neuen Jahrgang von Anwärtnerinnen und Anwärtern im gehobenen Dienst 30 zusätzliche Plätze. Auch das ist sehr gut für die Steuerverwaltung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Der Haushalt ist strukturell ausgeglichen, vielleicht ist deshalb auch vorhin die Sonne herausgekommen. Wir zahlen 185 Millionen € Schulden zurück. Wir stärken Kitas, Schulen und Hochschulen, weil wir in die zukünftige Generation investieren wollen. Wir werden bei der Infrastruktur und bei der Digitalisierung nachlegen, wir wollen da weiter vorankommen. Erstmals liegen die Investitionen bei über 1 Milliarde €.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ökonomie und Ökologie laufen bei uns nicht gegeneinander, sondern miteinander. Dies wird auch in unseren Förderinstrumenten deutlich. Wir stärken die Landesverwaltung.

Das ist eine ganze Menge, die wir uns schon mit dem ersten Jamaika-Haushalt vorgenommen haben. Ja, es könnte überall noch mehr sein. Deshalb werden wir uns anstrengen, damit wir von Jahr zu Jahr noch mehr schaffen. Es ist unser Ehrgeiz, die Herausforderungen von heute zu meistern und uns gleichzeitig mit den Herausforderungen von morgen zu beschäftigen, weil wir unser Land aktiv gestalten wollen. Der Koalitionsvertrag ist dafür eine gute Grundlage. Der Haushaltsentwurf heute ist ein entscheidender Schritt zur Umsetzung des Koalitionsvertrags.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Die Aufstellung eines Haushalts ist eine Team- und Fleißarbeit. Herzlichen Dank an das Team im Finanzministerium, vertreten durch Frau Reese-Cloosters, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich wieder ins Zeug gelegt und unglaublich gut und viel gearbeitet haben. Danke!

(Ministerin Monika Heinold)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Dieser Dank schließt selbstverständlich auch die Kolleginnen und Kollegen in den Fachressorts, insbesondere die Haushaltsbeauftragten, mit ein, die mit uns intensiv an dem Prozess beteiligt waren. Danke an meine Kabinettskolleginnen und -kollegen für das faire Ringen um die besten Lösungen, für spannende Debatten mit den Fraktionen im Arbeitskreis Finanzen. Danke an den Ministerpräsidenten, dass wir es zusammen geschafft haben, dem Parlament einen Haushalt vorzulegen, der solide und ambitioniert ist und der Lust macht, gemeinsam zu regieren.

Der Haushalt 2018 atmet Zukunft. Das ist gut für unser Land. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese zusätzliche Redezeit steht jetzt auch allen Fraktionen zur Verfügung.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ich habe auch nicht gesagt, dass es nicht in Ordnung wäre, Herr Abgeordneter Arp. Vielen Dank für den Kommentar, der ist nicht nötig.

(Heiterkeit)

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Tobias Koch, der Vorsitzende der CDU-Fraktion.

(Zurufe)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedurfte, dass Jamaika funktioniert, dann ist es dieser erste gemeinsame Haushaltsentwurf.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir verbinden finanzielle Solidität mit der Lösung der Probleme unseres Landes: Einerseits legen wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden und mit einer geplanten Schuldentilgung in Rekordhöhe vor. Andererseits sorgen wir gleichzeitig für höhere Investitionen, bessere Bildung und mehr Sicherheit. Mit diesem ersten Jamaika-Haushaltsent-

wurf setzen wir das um, was CDU, Grüne und FDP in ihren Wahlprogrammen angekündigt und was wir gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Und was macht die SPD? - In einer eilig einberufenen Pressekonferenz in der Mittagspause der letzten Landtagstagung werden auf einmal Forderungen im mittleren dreistelligen Millionenbereich aus dem Hut gezaubert. Nichts davon war im SPD-Wahlprogramm enthalten.

(Zurufe SPD)

Zu Straßenausbaubeiträgen und Weihnachtsgeld gab es während der SPD-Regierungszeit kein einziges Wort. Kostenfreie Kitas waren selbst im SPD-Wahlprogramm nur als Langzeitversprechen im Laufe des nächsten Jahrzehnts enthalten.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Als Opposition das Blaue vom Himmel zu versprechen, weil man es selbst nicht mehr umsetzen muss,

(Thomas Hölck [SPD]: Damit kennt ihr euch ja aus!)

ist so durchsichtig und unglaubwürdig, wie es nur geht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Thomas Hölck [SPD]: Kommen Sie mal zur Sache! - Weitere Zurufe SPD)

Konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen stehen nach den Vorgaben unserer Verfassung, nach den Bedingungen der Schuldenbremse nicht für laufende - -

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Bin ich zu laut?

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie sind jetzt regierungstragend, nicht mehr Opposition!)

- Ja. Vielen Dank, Frau Kollegin.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, fahren Sie gern in Ihrer Rede fort. Ich bin sicher, dass die anderen Abgeordneten sich anschließend zu Wort melden werden.

Tobias Koch [CDU]:

Besten Dank, Herr Präsident.

Konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen stehen nach den Vorgaben unserer Verfassung, nach den Bedingungen der Schuldenbremse nicht für

(Tobias Koch)

laufende Mehrausgaben zur Verfügung. Sie müssen zwingend für die Tilgung des in den letzten 50 Jahren aufgehäuften Schuldenbergs eingesetzt werden. Wer das, wie die SPD, ignoriert, will offensichtlich wieder den Kurs einer hemmungslosen Ausgabenpolitik und Schuldenmacherei einschlagen, der unser Land schon einmal an die Wand gefahren hat.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Umso mehr freut es mich, dass sich in der Jamaika-Koalition die Partner zusammengefunden haben, die für solide Finanzen und eine generationengerechte Finanzierung des Landeshaushalts stehen. Alles andere als eine schwarze Null ist für uns als Union nicht vorstellbar. Es wäre ein Armutszeugnis, wieder hinter den strukturell ausgeglichenen Haushalt dieses Jahres zurückzufallen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Außerdem ist uns die Milliardenbelastung, die trotz des positiv verlaufenden Verkaufsprozesses bei der HSH Nordbank auf das Land zukommt, sehr wohl bewusst. Mit der Tilgung von 185 Millionen € Alt-schulden machen wir deutlich, dass wir auch das Anwachsen des Schuldenberges nicht tatenlos hinnehmen werden.

Mein Dank gilt deshalb unserer Finanzministerin Monika Heinold. Mit ihrem solide finanzierten Haushaltsentwurf und den darin enthaltenen politischen Schwerpunkten für Infrastruktur, Bildungsoffensive und innere Sicherheit haben Sie eine ganz großartige Arbeit geleistet.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zum ersten Mal überhaupt steigt das Investitionsvolumen auf eine Summe von über 1 Milliarde €. Das sind 190 Millionen € an Investitionen mehr, als der Haushalt für 2017 ursprünglich vorgesehen hatte. Die Investitionsquote erreicht damit wieder 9 %, nachdem sie in den letzten Jahren zum Teil unter 7 % gefallen war. Das ist längst nicht alles: Aus dem zu erwartenden Haushaltsüberschuss dieses Jahres werden wir weitere Investitionsmittel zur Verfügung stellen. Deshalb ändern wir heute in zweiter Lesung das IMPULS-Gesetz und schaffen die bisherige Begrenzung des Sondervermögens auf 450 Millionen € ab. So können wir den strukturellen Teil des Haushaltsüberschusses vollständig in das IMPULS-Sondervermögen überführen.

Bei der Beschlussfassung über den Haushalt im Februar nächsten Jahres wird es deshalb nicht bei den schon jetzt deutlich verbesserten Zahlen bleiben,

sondern es kommen noch weitere Mittel für Investitionsvorhaben bei Frauenhäusern, Sportstätten, für Barrierefreiheit und vieles andere dazu. Gut möglich, dass wir am Ende sogar eine Investitionsquote von 10 % überschreiten werden. Dann kann die SPD endgültig vor Neid erblassen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, neben dem Infrastrukturausbau ist die geplante Bildungsoffensive das Kernthema für die Jamaika-Koalition. Unser gemeinsames Ziel ist es, allen Menschen in Schleswig-Holstein durch beste Bildung und individuelle Förderung größtmögliche Entwicklungsperspektiven zu öffnen. Wir wollen gerechte Chancen für jedes Kind. Deshalb steht für uns die Stärkung der Qualität von der frühkindlichen Bildung über die allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen bis hin zu den Hochschulen im Vordergrund.

Den Anfang macht Sozialminister Dr. Heiner Garg mit den ersten 5 Millionen € für die Steigerung der Qualität in den Kindertagesstätten und der Tagespflege. Konkret bedeutet das: 700.000 € mehr für die schulische Sprachförderung, erstmalig 500.000 € für die Förderung des Modellprojekts Inklusiv Kita, ein Plus von 250.000 € für Qualifizierungsmaßnahmen in der Tagespflege, und für die Nachmittagsbetreuung in den Kitas steigt die Zuweisung um 3 Millionen €. Bis zum Ende der Wahlperiode werden diese Mittel für Qualitätsverbesserung in der Kita-Betreuung auf 70 Millionen € anwachsen, und das Jahr für Jahr ab 2022.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Hinzu kommen 110 Millionen € jährlich zur Entlastung von Familien und Kommunen, das größte finanzielle Vorhaben in dieser Wahlperiode.

Knapp 2,5 Millionen € sind außerdem bereits im nächsten Jahr für Mahlzeiten in Kitas und der Tagespflege vorgesehen. Außerdem stellt das Bildungsministerium erstmalig 1,5 Millionen € für schulische Mittagsverpflegung bereit. Beiden zuständigen Ministern Karin Prien und Heiner Garg herzlichen Dank für die schnelle Umsetzung der Forderung „Kein Kind ohne Mahlzeit“!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Um ganz andere finanzielle Dimensionen geht es bei der Zielsetzung einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung. Umso mehr heißt es hier: Nicht kleckern, sondern klotzen! Genau das machen wir.

(Tobias Koch)

Gegenüber den bisherigen Planungen werden im nächsten Jahr insgesamt 890 Lehrerstellen mehr zur Verfügung gestellt. Darin enthalten sind 70 zusätzliche Sonderpädagogen zur Umsetzung der Inklusion, 40 zusätzliche Lehrerstellen speziell für die Grundschulen und 20 für die berufsbildenden Schulen. Alle darüber hinausgehenden, zusätzlichen Planstellen dienen dazu, auch bei flüchtlingsbedingt steigenden Schülerzahlen eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung zu erreichen. Allein diese 890 zusätzlichen Lehrplanstellen werden uns zukünftig pro Jahr rund 45 Millionen € zusätzlich kosten.

Liebe Karin Prien, herzlichen Glückwunsch zu deiner damit bewiesenen Durchsetzungskraft! Man sieht, was alles möglich ist, wenn sich Bildungs- und Finanzministerin untereinander einig sind.

(Beifall CDU und FDP)

Darüber hinaus haben sich die Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche auf das nächste Bildungspaket verständigt, mit dem wir ab 2019 die Umstellung von G 8 auf G 9 und den Ganztagsunterricht an Gymnasien unterstützen. Gleichzeitig werden wir in dieser Legislaturperiode 30 Millionen € für den vereinbarten Bildungsbonus bereitstellen, um Grund- und Gemeinschaftsschulen in Orten und Stadtteilen mit besonderen Problemlagen personell besser auszustatten.

Gegenüber diesen finanziellen Dimensionen sind manch andere Maßnahmen zwar weniger umfangreich, dafür aber umso wichtiger. Exemplarisch will ich hierfür die 100.000 € für das Konzept „Gesunde Schule“ zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements nennen, außerdem knapp 100.000 € zusätzlich für die Initiative zur Stärkung der Naturwissenschaften und 40.000 € mehr für Schulsportaktivitäten.

Um deutlich größere Zahlen geht es im Bereich der Hochschulen: Um knapp 12 Millionen € steigt der jährliche Zuschuss an die Universitäten und Fachhochschulen im Land. Das UKSH erhält 2,5 Millionen € mehr für Forschung und Lehre in der klinischen Medizin. Außerdem profitieren die Hochschulen ganz wesentlich von den eingangs genannten zusätzlichen Investitionen: Insgesamt stehen im nächsten Jahr über 100 Millionen € für Baumaßnahmen im Hochschulbereich zur Verfügung. Eine Steigerung um 50 % gegenüber diesem Jahr! Auch an dieser Stelle will ich die kleineren Maßnahmen keineswegs vergessen und in diesem Sinne die 1 Million € zusätzlich für Planung und Bau von Studentenwohnheimen nicht unerwähnt lassen.

Wir bringen den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein aber nicht nur baulich und in der finanziellen Ausstattung voran, mit der Errichtung des neuen Studiengangs für Bauingenieure an der FH Kiel begegnen wir wirksam den Personalengpässen im Planungsbereich. Parallel dazu erhält der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr zehn weitere Stellen für Planerinnen und Planer, über die in diesem Jahr vorgenommene Aufstockung hinaus. Wir wollen alles dafür tun, damit Verkehrsminister Dr. Bernd Buchholz die jährlich 90 Millionen € für die Sanierung der Landesstraßen auch tatsächlich verbauen kann.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es tut sich aber nicht nur etwas bei den Landesstraßen, sondern auch im Bereich des kommunalen Straßenbaus werden über 6 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stehen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart fließen damit wieder 65 % der Bundesmittel an die kommunalen Straßenbauträger.

Hervorheben will ich eine Reihe weiterer Positionen im Haushalt des Wirtschaftsministers: 1,5 Millionen € zusätzlich für die Innovationsförderung für schleswig-holsteinische Werften, 300.000 € für die Einrichtung eines Verbindungsbüros in San Francisco, die Aufstockung der Tourismuskittel für die TASH um 500.000 € und 130.000 € für die Errichtung des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung. Lieber Bernd Buchholz, herzlichen Dank für die neue Dynamik, die Sie unserem Land mit diesen Impulsen verleihen!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, Bildung und Infrastruktur sind aber nicht die einzigen Schwerpunkte des ersten Jamaika-Haushalts. Wir stärken auch Polizei, Justiz und Ehrenamt. Bei den Anwärtinnen und Anwärtern für die Ausbildung in der Landespolizei wird die Kapazitätsgrenze von 400 Neueinstellungen wieder voll ausgeschöpft, um in den nächsten Jahren das Ziel von 500 zusätzlichen Polizeibeamten zu erreichen. Zu diesem Zweck erweitern wir auch die Räumlichkeiten der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin. Neubaumaßnahmen für Wirtschaftsgebäude und Unterkünfte im Volumen von über 20 Millionen € an der PD AFB werden mit diesem Haushaltsentwurf in die Wege geleitet.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Tobias Koch)

Weitere gute Nachrichten konnte unser Innenminister Hans-Joachim Grote bereits auf dem Delegiertentag der GdP im November verkünden: Für die Erhöhung der Erschwerniszulage werden 1,2 Millionen € zur Verfügung gestellt. Die Wochenarbeitszeit bei Wechselschichtdiensten wird verkürzt, und für Beförderungen werden im Polizeibereich 300.000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Alles Maßnahmen, die die Attraktivität des Polizeidienstes verbessern. Damit wird die Nachwuchsgewinnung erleichtert und nicht zuletzt denjenigen Anerkennung gezollt, die sich tagtäglich für den Schutz von uns allen immer wieder ganz besonderen Herausforderungen stellen müssen.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen der Polizei den Rücken stärken. Danke, lieber Hans-Joachim Grote, dass wir unser Wahlversprechen schon mit diesem ersten Haushaltsentwurf umsetzen können!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Auf Begeisterung stößt auch die Fortsetzung des Landesprogramms Einbruchschutz mit 500.000 €. Als CDU-Fraktion wollen wir gern versuchen, diesen Ansatz im Rahmen der vor uns liegenden Haushaltsberatungen weiter aufzustocken.

Zur inneren Sicherheit gehört genauso der Justizbereich. Auch hier sind in allen Bereichen Stellenaufwüchse zu verzeichnen, in der ordentlichen Gerichtsbarkeit ebenso wie in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, bei Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug. Zur Nachwuchsgewinnung werden außerdem 89 zusätzliche Anwärterstellen geschaffen. Die im Polizeibereich genannten Verbesserungen bei Erschwerniszulage, Wechselschichtdienst und Beförderungsmaßnahmen gelten selbstverständlich auch im Justizbereich. Natürlich wird auch hier mehr investiert: Zur Beseitigung des Sanierungsstaus in den Justizvollzugsanstalten stehen im nächsten Jahr über 7 Millionen € mehr zur Verfügung als in diesem Jahr. Unsere Sicherheit ist damit auch bei Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack in den besten Händen.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Zusammenhalt in unserem Land wird aber nicht nur durch ein verbessertes Sicherheitsgefühl gestärkt. Eine ganz besondere Bedeutung hat hier auch das Ehrenamt. Da will ich einen Punkt nennen, der Sabine Sütterlin-Waack sehr am Herzen

liegt, nämlich die ehrenamtliche Arbeit der 19 Betreuungvereine im Land. Deren Arbeit wird deshalb im nächsten Jahr mit 1,2 Millionen € gefördert, 200.000 € mehr als in diesem Jahr.

Diese verstärkte Förderung des Ehrensamtes zeigt sich auch an anderen Stellen des Haushaltsentwurfs. Ich komme noch einmal auf Einzelplan 04 des Innenministeriums zurück. Dort ist im Feuerwehrwesen die Erhöhung der Katastrophenschutzmittel um 1 Million € vorgesehen.

Im Bereich des Sports wird der Zuschuss an den Landessportverband ebenfalls um 1 Million € erhöht. Ein großes Dankeschön gilt an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther, der sich für diese Anhebung der Sportförderung besonders starkgemacht hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und Lars Harms [SSW])

Was im Haushaltsentwurf noch fehlt, sind die Mittel für die vom Landtag beschlossene Sportentwicklungsplanung. Ich werbe deshalb an dieser Stelle dafür, die dafür benötigten 400.000 € mithilfe der Fraktionsanträge im Haushalt bereitzustellen.

Zu den Problemen unseres Landes gehört auch, dass wir noch deutlich besser und schneller werden müssen, um die Zukunft zu gestalten. In Zeiten des demografischen Wandels und der technischen Weiterentwicklung führt kein Weg an dem Schwerpunktthema Digitalisierung vorbei. Umso erstaunlicher war es, dass es unter der Regie von Torsten Albig und in der damaligen Zuständigkeit der Staatskanzlei vorgesehen war, den Breitbandausbau im Lande erst im Jahr 2030 abzuschließen. Die eigenen IT-Mittel des Landes sollten nach dem letzten Eckwertebeschluss vor der Landtagswahl sogar um 10 Millionen € gekürzt werden. Nur gut, dass jetzt Robert Habeck die Verantwortung für die Digitalisierung im Land trägt und dass sich das ganze Kabinett unter Führung des Ministerpräsidenten dieser Aufgabe annimmt. Das spiegelt sich auch im vorliegenden Haushaltsentwurf wider. Die eigenen IT-Mittel des Landes werden im Einzelplan 14 nicht gekürzt, sondern im Gegenteil um 13 Millionen € auf jetzt über 170 Millionen € aufgestockt. Auch die IMPULS-Mittel für IT und Digitalisierung im Einzelplan 16 steigen um fast 10 Millionen €.

Für eine erfolgreiche Digitalisierung braucht es aber nicht nur Netzausbau und Hardware. Auch in den Köpfen der öffentlichen Verwaltung muss sich vieles ändern. Deshalb ist es gut, dass im Haushaltsplan des Ministerpräsidenten erstmals 1 Milli-

(Tobias Koch)

on € für Fortbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Digitalisierung bereitgestellt wird, und zwar deshalb im Einzelplan der Staatskanzlei, weil der Ministerpräsident auch bei dem jetzt neuen und veränderten Ressortzuschnitt die Federführung für die zentrale Personalentwicklung behält.

In diesem Zusammenhang will ich noch eine weitere Position aus dem Einzelplan des Ministerpräsidenten nennen, nämlich die Mittel für Personalgewinnung und -entwicklung sowie Wissenstransfer. Auch diese Mittel werden um 150.000 € auf dann 400.000 € aufgestockt; denn die Herausforderung, das wissen wir alle, besteht mittlerweile nicht mehr darin, zusätzliche Stellen zur Verfügung zu stellen, sondern vor allem darin, qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Mittel für Personalgewinnung und -entwicklung entsprechend aufgestockt werden.

Gute Nachrichten an allen Ecken und Enden dieses Haushaltsplans, aber auch ein wirklich guter Entwurf lässt sich noch ein Stück weit verbessern. Die von uns gewünschten Aufstockungen des Landesprogramms Einbruchschutz und die fehlenden Mittel für die beschlossene Sportentwicklungsplanung habe ich bereits angesprochen. Einige weitere Wünsche will ich an dieser Stelle gern nennen. Als CDU-Fraktion würden wir uns eine Erhöhung der jährlichen Förderung für die Verbraucherzentralen ebenso wünschen wie für die Musikschulen und Volkshochschulen in Schleswig-Holstein.

(Zurufe SPD)

Im Kulturbereich könnten wir uns außerdem sehr gut weitere Investitionen in das kulturelle Erbe unseres Landes vorstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Vorschlägen bewegen wir uns im Bereich von einigen 100.000 € bis hin zu maximal im einstelligen Millionenbereich, der sich realistisch mit einem Fraktionsantrag verändern lässt. Vollkommen illusorisch sind dagegen mittlere dreistellige Millionenbeträge, wie sie die SPD alleine mit den drei Positionen Straßenausbaubeiträge, Weihnachtsgeld und kostenfreie Kitas fordert. Da bin ich wirklich einmal neugierig auf den Haushaltsantrag der Sozialdemokraten.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wer hat das denn versprochen im Wahlkampf? War das die CDU? - Bei schlechteren Haushaltszahlen!)

- Sie haben es jetzt versprochen!

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Nein, nein! Ich habe es nicht im Wahlkampf versprochen! Jetzt

ist gewählt worden! Da hatten wir schlechtere Haushaltszahlen!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Tobias Koch. Wenn Sie sich melden wollen, Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, können Sie das gern tun.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Tobias Koch [CDU]:

Herr Dr. Dolgner, ich weiß sehr genau, was in unserem Wahlprogramm an Versprechen enthalten war. Weihnachtsgeld, die Übernahme von Straßenausbaubeiträgen und kostenlose Kitas waren es nicht.

(Zuruf Peter Lehnert [CDU])

Das sind die Versprechen, die die Sozialdemokraten jetzt machen, wo sie in der Opposition sind. Auch zu Ihren Regierungszeiten gab es diese Versprechen von Ihnen nicht.

(Beate Raudies [SPD]: Das haben Sie vorher schon einmal gesagt!)

Deshalb bin ich gespannt, auf welche der zuvor skizzierten Maßnahmen die SPD denn jetzt verzichten möchte. Soll bei Investitionen, bei Lehrerstellen, bei Kitas, bei Digitalisierung, bei Hochschulen gekürzt werden? Oder will die SPD mehr neue Schulden machen beziehungsweise von der Tilgung von Altschulden absehen? Das wäre dann allerdings nicht mit den Vorgaben der Verfassung und der Schuldenbremse vereinbar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie gesagt, ich bin gespannt. Ihren Haushaltsantrag erwarten wir dann im Februar.

Was man bereits heute festhalten kann, ist Folgendes: Die SPD hätte fünf Jahre Zeit gehabt, um all diese Forderungen in eigener Regierungsverantwortung umzusetzen. Leider fällt das den Sozialdemokraten erst jetzt ein, nachdem sie ein halbes Jahr in der Opposition angekommen sind.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

So plump zu agieren, hat noch nicht einmal mit etwas guter Oppositionsarbeit zu tun.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf SPD)

Dabei will ich die von der SPD vorgebrachten Anliegen inhaltlich überhaupt nicht kritisieren. Natürlich wäre es schön, wenn wir die ganze Diskussion um Straßenausbaubeiträge mit dem Füllhorn des Landeshaushalts beseitigen könnten. Selbstver-

(Tobias Koch)

ständig wäre es noch familienfreundlicher, wenn wir nicht nur zu einer Reduzierung der Elternbeiträge, sondern sogar zu einer vollkommenen Beitragsfreiheit kommen würden. Das Anliegen der Beamtinnen und Beamten kann ich absolut nachvollziehen: Ihnen wurde in schlechten Zeiten das Weihnachtsgeld gekürzt oder ganz gestrichen. Wer will es ihnen da verdenken, wenn sie jetzt - in besseren Zeiten - über eine Wiedereinführung diskutieren?

(Zuruf Kathrin Wagner-Bockey [SPD])

Aber nur, weil der Landeshaushalt jetzt schwarze Zahlen schreibt, sind die Probleme des Landes noch längst nicht alle gelöst.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau dafür müssen wir jetzt aber die gute Haushaltslage nutzen. Die konjunkturelle Hochphase mit jährlich stark steigenden Steuereinnahmen wird nicht ewig anhalten. Genauso wenig werden wir auf alle Zeiten von den jetzigen Niedrigzinsen profitieren. In der Zukunft werden auch wieder einmal schlechtere Zeiten auf unser Land zukommen. Dafür müssen wir dann gewappnet sein, bevor wir den Landeshaushalt wieder mit dauerhaften strukturellen Mehrausgaben für Weihnachtsgeld, kostenfreie Kitas und die Erstattung von Straßenausbaubeiträgen belasten. Alles andere wäre unseriös.

Unsere Botschaft ist deshalb vollkommen klar: Wir wollen eine solide finanzierte Haushaltspolitik, mit der wir ohne neue Schulden den Sanierungstau im Land beseitigen, wir wollen in die Bildung unserer Kinder investieren, und wir müssen uns in der Digitalisierung fit für die Zukunft machen. Erst gilt es, diese Probleme des Landes zu lösen, bevor neue Wohltaten zu verteilen sind.

Deshalb gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere des Finanzministeriums, die an der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs mitgewirkt haben. Stellvertretend für das ganze Kabinett gratuliere ich Finanzministerin Monika Heihold zu dieser hervorragenden Arbeit. Jamaika tut Schleswig-Holstein richtig gut. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, dem Herrn Oppositionsführer, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, bei dieser Debatte um den ersten Haushalt Ihrer Regierung komme ich auf das zurück, was ich bei Ihrer Regierungserklärung gesagt habe, denn es gilt noch immer:

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht schon wieder!)

Wir messen Sie nicht an unseren eigenen Vorstellungen, wir messen Sie nicht an unserem Wahlprogramm oder an unseren Zusagen, das wäre wirklich zu viel verlangt. Aber wir messen Sie schon an Ihren eigenen Aussagen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist in Ordnung!)

Darum möchte ich zu Anfang gern zitieren, was Sie, Herr Günther, in Ihrer letzten Haushaltsrede als Oppositionsführer am 21. September 2016 in diesem Hause gesagt haben. Sie sagten damals sinngemäß an die Adresse von Ministerpräsident Torsten Albig gewandt: Dieser Haushalt ist ein Weiter-so der letzten Jahre. Sie haben Ihre letzte Chance verpasst, Herr Ministerpräsident. Jetzt müssen wir das übernehmen.

(Zuruf: Da hat er recht gehabt! - Demonstrativer Beifall CDU und Kay Richert [FDP])

- Ja, der letzte Teil Ihrer Aussage ist immerhin eingelöst, herzlichen Glückwunsch. Übernommen haben Sie, nur mit welcher Folge, Herr Ministerpräsident? Wo ist das, was jetzt vorliegt, anders als ein Weiter-so der Haushaltspolitik der vergangenen fünf Jahre?

(Lachen CDU und FDP)

Herr Günther, Sie haben eine große Wende angekündigt, und Sie haben dafür mehr Geld zur Verfügung als irgendeine schleswig-holsteinische Landesregierung vor Ihnen.

(Beifall SPD)

Aber in weiten Teilen machen Sie nichts anderes, als die guten alten Projekte der Vorgängerregierung mit mehr Mitteln auszubauen. Das will ich nun wirklich nicht kritisieren, haben wir als Küstenkoalition doch richtig gute Politik gemacht.

(Beifall SPD, SSW und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich dachte, es hätte einen Regierungswechsel gegeben. Dafür, wie Sie die Backen aufgeblasen haben, muss ich schon sagen, dass es weder ein großer Wurf noch hohe Kunst ist: Öffentlichkeitsar-

(Dr. Ralf Stegner)

beit top, neue Ideen flop. Herr Kollege Koch, weil Sie gesagt haben, ich würde vor Neid erblassen, wenn Sie reden: Ich weiß nicht, wie Ihre Weihnachtsfeier war, aber ich müsste schon sehr tief ins Glas gucken, um auf die Idee zu kommen, neidisch auf Sie zu sein. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Das passiert auch einem Gastwirtssohn wie mir nicht.

(Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Lassen Sie mich ein paar Punkte detailliert beleuchten. Im Umweltbereich wollten CDU und FDP im vergangenen Jahr noch radikal kürzen, die CDU beispielsweise 1,2 Millionen € bei der Biotopkartierung, die FDP wollte die gar streichen und noch dazu rund 2,3 Millionen € bei Natura 2000 kürzen. Von beidem ist überhaupt nichts geblieben.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben keine absolute Mehrheit!)

Und nur der Vollständigkeit halber: Auch die Staatssekretärsstelle im Umweltministerium ist nicht, wie von der FDP im letzten Jahr beantragt, gestrichen worden. Nein, Sie packen noch zwei obendrauf. Das ist das, was Sie tun: Man gönnt sich ja sonst nichts.

(Beifall SPD - Zurufe)

Der Begriff „gute Arbeit“ tauchte schon im Koalitionsvertrag nicht auf. Kein Wunder, dass sich dazu im Haushalt auch nicht ein einziger Akzent findet. Das wundert uns nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir machen ja gute Arbeit!)

Im Gegenteil: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, die Beschäftigten des Landes, die Gewerkschaften, alle wissen: Dieses Thema interessiert diese Regierung nicht die Bohne. - Das ist das, was man feststellt.

(Beifall SPD)

Im Bundesrat machen Sie mit Vorstößen gegen den Mindestlohn Furore. Sie eiern beim Thema zusätzliche Feiertage herum. Ihr Wirtschaftsminister rühmt sich dafür, dass er ganz huldvoll sogar Vertreter der Gewerkschaften gelegentlich in seinem Ministerium empfängt. - Na prima, das ist ja großartig! Wenn das gute Arbeit sein soll, dann will ich Kuno heißen. Das ist wirklich schwach, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Gute Arbeit ist eine Leerstelle in dieser Regierung.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD] und Birte Pauls [SPD] - Zurufe CDU: Kuno! Kuno!)

Bei der Sanierung der Landesstraßen hatte die Küstenkoalition in den letzten fünf Jahren die Mittel verdreifacht. Nachdem schon dieser heftige Zuwachs bei Ihnen nur für Kritik gesorgt hatte - Sie haben sich bei Ihrer Kampagne zum Zustand der Landesstraßen ja förmlich überschlagen -, kommt aus dem Staunen gar nicht mehr raus, wer gedacht hat, jetzt kommt „Anpacken statt Rumschnacken“. - Sie planen tatsächlich nicht mehr, sondern sogar weniger für die Landesstraßen ein als das SPD-geführte Verkehrsministerium im vergangenen Jahr.

(Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

- Weniger! Das ist richtig bitter. Große Worte, wenig Taten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und Sie werden unsere Infrastruktur auch nicht in Schuss bekommen, wenn Sie alle Kräfte der Landesregierung darauf verwenden, Unruhe beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr zu stiften und viele, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Monate in Unklarheit über ihre berufliche Zukunft zu lassen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Da ist es ein schwacher Trost, wenn Sie jetzt endlich auf unseren intensiven Druck hin am Ende doch zu einer vernünftigen Entscheidung gefunden haben.

(Beifall SPD - Zurufe CDU)

Die Finanzministerin ist mit ihrer Ansage, Geld sei wichtiger als Personal, gerade noch gestoppt worden. Das muss man hier festhalten. Das war unsere Initiative, und die Beschäftigten wissen das übrigens auch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Auch im Innenbereich setzen Sie auf die Vorarbeit der Küstenkoalition. Bei der Flüchtlingspolitik wissen wir das noch nicht so genau. Warum der Innenminister beim Thema Kirchenasyl unbedingt die Backen so aufblasen musste, habe ich nicht wirklich verstanden. Dafür gibt es eigentlich keinen vernünftigen Grund.

(Zuruf)

Aber insgesamt machen Sie im Innenbereich ja vieles, was wir wollten. Der Innenminister verspricht bei der GdP - bemerkenswerter Abend übrigens - all die Dinge, die zwar nicht in Ihrem Koalitionsvertrag stehen, aber dafür im Wahlprogramm der

(Dr. Ralf Stegner)

SPD. - Chapeau, kann ich da nur sagen. SPD wirkt offenkundig. SPD wirkt.

(Beifall SPD - Zurufe CDU)

Etwas Eigenes, wie Lorient so schön sagt, war nach den wolkigen Absichtserklärungen und den nebulösen Prüfaufträgen in Ihrem Koalitionsvertrag von Ihnen sowieso nicht zu erwarten. Aber selbst da, wo Sie mal konkret werden, zum Beispiel bei der Ausstattung der Landespolizei mit Tablets, finden wir die Mittel, die es zur Umsetzung brauchte, in Ihrem Haushalt nicht vor. Wie wollen Sie das eigentlich machen, Herr Innenminister? Da drin steht nichts.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Dasselbe gilt bei der Justiz, wo Sie zwar ein Modellprojekt für Richterassistenzen ankündigen, Ihnen das bei der Haushaltsplanung aber offenbar schlichtweg durchrutscht. Handwerklicher Murks oder keine Ahnung? - Das ist doch die Frage, die man sich stellen muss, wenn man in den Justizhaushalt hineinschaut.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind fröhliche Menschen in der SPD. Deswegen sind wir wirklich sehr dankbar für die zusätzlichen Lehrerstellen im Bildungsbereich wie auch für die zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten. Es ist ein gutes Signal für unser Land, dass Sie auch in dieser Frage die Politik der Vorgängerregierung konsequent fortsetzen.

(Beifall SPD)

Aber: Wir reiben uns schon ein bisschen die Augen, dass ausgerechnet diejenigen, die noch vor einem Jahr hier im Haus für den Stellenabbaupfad getrommelt haben, plötzlich die größten Befürworter des Stellenaufbaus geworden sind. Um diese Kehrtwende zu kaschieren, haben Sie sich sogar einen eigenen Begriff ausgedacht: Ja zum Abbau, Nein zum Abbau - das heißt bei Ihnen jetzt Stellenmittelfristplanung. Sie schaffen ständig solche Wörter, die man dann für ein Scrabble-Spiel gut verwenden kann. Wunderbar. Ich muss ehrlich sagen, in dieser kreativen Wortschöpfungsarbeit sieht man doch die geballte Kraft, die ein zusätzlicher Regierungssprecher hier einbringen kann. - Das ist wirklich toll, muss ich Ihnen sagen. Das ist große Klasse.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Wir sind sehr gespannt, was Sie mit diesen Worthülsen machen, wenn Sie die Verzögerung bei der A 20 begründen oder die stockende Energiewende

verstecken müssen, die Sie alleine zu verantworten haben.

(Heiterkeit Birte Pauls [SPD])

Es ist ja schön, einen Energiewendeminister zu haben; noch schöner wäre es allerdings, wenn Sie tatkräftig an der Energiewende arbeiten würden,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

zumal Sie die Windplanung der Regierung Albig heftig kritisiert haben und alles viel besser machen wollten. In Wirklichkeit kriegen Sie hier nichts auf die Kette, wie man an den berechtigten Protesten der wichtigen Windbranche in Schleswig-Holstein sehen kann. - Nichts läuft, gar nichts.

(Beifall SPD)

Und ehrlich gesagt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. So richtig trauen wir Ihrem Stellenzuwachs im Bildungsbereich auch nicht. Erst in der vergangenen Woche hat die Pressekonferenz der Koalitionsfraktionen erschreckend deutlich gemacht, dass Sie sich über die finanziellen Konsequenzen Ihrer überstürzten, ohne Dialog und Mitsprache durchgepeitschten G-9-Wende überhaupt nicht im Klaren sind, ganz abgesehen davon, dass Ihr Gesetz mit dem Erfordernis einer Dreiviertelmehrheit, um etwas beizubehalten - nicht etwa, um etwas zu ändern -, einen mehr an die Gepflogenheiten in einer Bananenrepublik erinnert und nicht an eine Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss ich Ihnen schon sagen.

(Beifall SPD)

Glauben Sie wirklich ernsthaft, dass die Kommunen Sie aus der Konnexität entlassen werden?

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das Geld, das Sie dafür werden ausgeben müssen, wird Ihnen an anderer Stelle fehlen. Darauf kommen wir sicher noch einmal zurück. Wir werden Ihnen auf die Finger schauen, wo Sie das zusammenklauben, um damit Ihre unseriösen Wahlversprechen finanzieren zu können.

Wie hat einer Ihrer Koalitionspartner - ich wollte das als kleine Freude für den Kollegen Kubicki sagen; nun ist er heute leider nicht da - gesagt, oder wie habt ihr so schön auf die Plakate geschrieben: „Wollen reicht nicht. Man muss es auch können“. Diesbezüglich herrscht bei Ihnen wirklich tote Hose, wenn man Ihren Haushalt anguckt. Dazu findet man wirklich nichts.

(Beifall SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Was die Inklusion angeht, so ist das Signal der schwarzen Ampel im Norden: Zurück zu den Sonderschulen, und das mit dem europäischen Recht auf Inklusion nehmen wir einmal nicht ganz so wörtlich. - Das ist das, was die Menschen merken, wenn sie sich Ihr Inklusionskonzept angucken.

Und noch ein letzter Punkt im Bildungsbereich, der wirklich vielen Schülerinnen und Schülern, Eltern und Kommunen am Herzen liegt: Wir beobachten in den ganzen vergangenen Monaten mit großer Sorge Ihre Ignoranz gegenüber den Anliegen der Gemeinschaftsschulen. Diese Schulen konnten Sie noch nie leiden. Ihre Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern sind Ihnen schlicht egal. Aber wenn Sie glauben, dass wir diese Schulen stillschweigend vor die Hunde gehen lassen, dann täuschen Sie sich. Seien Sie sich des erbitterten Widerstands der SPD-Fraktion gewiss.

(Beifall SPD)

Wir werden uns vor jede einzelne Schule stellen, die Sie in Gefahr bringen, das kann ich Ihnen sagen - vor jede einzelne Schule.

(Zurufe FDP)

Täuschen Sie sich auch nicht: Da steht die kommunale Familie parteiübergreifend auf unserer Seite. Glauben Sie einmal nicht, dass das nur Sozialdemokraten so sehen, sondern auch andere, sogar die Grünen, haben das früher so betrachtet. Jedenfalls ist es heute so, dass ich Ihnen sagen muss: Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen!

Soll dieser Haushalt wirklich für das neue und innovative Projekt stehen, zu dem Sie Ihre schwarze Ampel seit Monaten mit Ihrer flauschigen Öffentlichkeitsarbeit verklären? Abraham Lincoln hat das einmal so ausgedrückt - ich zitiere -:

„Man kann alle Leute einige Zeit zum Narren halten und einige Leute alle Zeit; aber alle Leute alle Zeit zum Narren halten kann man nicht.“

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Herr Ministerpräsident, ich muss noch einmal sagen - das ist ja nicht das Wahlprogramm, aber lassen Sie sich mit aller Deutlichkeit sagen -: Mit einer SPD-geführten Landesregierung hätten Sie im aktuellen Haushalt unter Garantie mehr Weiterentwicklung im Vergleich zum Haushalt des letzten Jahres, mehr Innovation und mehr neue Projekte gefunden, als das jetzt bei Ihnen der Fall ist.

(Beifall SPD - Lachen CDU)

Herr Ministerpräsident, liebe Frau Heinold, trotzdem legen Sie uns den Haushalt mit einem Vierteljahr Verspätung vor. Warum eigentlich, frage ich mich, wenn ich da reingucke. Was hat da eigentlich so lange gedauert? - Ich will es Ihnen sagen: Die Finanzministerin hat die Zeit offenbar gebraucht, um ihre neuen Koalitionspartner davon zu überzeugen, dass die Haushaltspolitik der Küstenkoalition eins zu eins fortgesetzt werden soll. - Herzlichen Glückwunsch, kann ich nur sagen. Da haben Sie die Zeit ja gut investiert, Frau Ministerin, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD - Widerspruch FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann können Sie ihm ja zustimmen!)

Ich freue mich, dass CDU und FDP etwa nach einem halben Jahr den Erkenntnisstand der Küstenkoalition der vergangenen fünf Jahre erreicht haben. Gute Lernkurve, kann ich da nur sagen. Herzlichen Glückwunsch zu so viel Überzeugungskraft.

Wir hätten es vielleicht ein bisschen schneller haben können, aber man muss ehrlich sein, dieser Haushalt spiegelt letztendlich ganz gut Ihre Leistung der letzten Monate wider: viel Geld, keine Arbeit und überhaupt keine neuen Ideen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Wie denn auch? In den vergangenen Monaten waren wesentliche Akteure der schwarzen Ampel im Kopf vor allem bei ihrer eigenen Berliner Karriereplanung.

(Widerspruch CDU und FDP)

Darum wurde in Schleswig-Holstein nichts angepackt, was den eigenen Ambitionen auf bundespolitischem Parkett auch nur im Geringsten hätte schaden können.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Herr Ministerpräsident, Sie haben angekündigt, dem Land bundespolitisch mehr Einfluss zu verschaffen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das wurde auch Zeit!)

Herausgekommen ist: Im Land tun Sie nichts, und in Berlin haben Sie wochenlang von Balkons gewinkt. - Na großartig, das Kieler Dreamteam hat in Berlin gar nichts ausgerichtet, gar nichts.

(Beifall SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Oder um es andersherum zu sagen: Ohne die SPD läuft in Deutschland offenbar nichts; das kann man ja feststellen, wenn man Ihnen zuguckt.

(Beifall SPD - Widerspruch CDU und FDP)

- So ist es! Wissen Sie, ich bin nicht froh über unser Wahlergebnis, aber ich sage Ihnen schon: Besser als das, was Sie da zustande gebracht haben, sind wir allemal. Das werden Sie noch feststellen.

(Beifall SPD - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, bislang ist alles, was Sie mit Ihren Spielchen - -

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie sind so aufgeregt, die Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß gar nicht, woran das liegt. Wir hatten auch eine Weihnachtsfeier und sind trotzdem fröhlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner hat das Wort. Ich glaube, dass das vielleicht nicht an der Weihnachtsfeier lag.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich verstehe das. Wir sind heute Morgen einfach ein bisschen besser drauf als Sie. Das ist okay.

(Zurufe)

Bislang ist alles, was Sie mit Ihren Spielchen in Berlin erreicht haben, dass Sie dort Ihr großartiges Zukunftsprojekt an die Wand gefahren haben. Und bei uns? - Seit einem halben Jahr heißt es wieder: Schläfrig-Holstein, Stillstand im Land. Das ist das, was man feststellen kann, wenn man Ihnen zuguckt.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Das ist übrigens ein Stillstand, der mit leeren Ankündigungen verziert und mit gebrochenen Wahlversprechen zusammen serviert wird. Und der Haushalt, über den wir heute reden, der spiegelt all das wider.

Ich gebe es zu, bis zum vergangenen Wochenende hatten wir in der SPD die Hoffnung, dass das opulent beworbene, aber klägliche Theaterstück der vergangenen Monate „Hochzeitsreise nach Jamaika“ mit dem Scheitern der Sondierungen in Berlin zu einem Ende gekommen wäre. Doch diese Hoffnung zerschellte. Es gibt ein neues Drama. Gespielt

wird nun das Heldenepos „Was wird mit Robert?“ Und wie hält Schleswig-Holstein das bloß aus? Wer folgt dem Umweltminister, der von der „Hamburger Morgenpost“ jahreszeitgemäß als „Öko-Heiland“ angepriesen wird?

Eines vorweg: Lieber Herr Minister Habeck, wir haben in den vergangenen Jahren mit Ihnen wirklich gut zusammengearbeitet. Dass Sie einer der klugen Köpfe der Grünen sind, das würde hier niemand bestreiten.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich bin der Letzte, der es kritisieren würde, wenn sich schleswig-holsteinische Politiker auf Bundesebene in ihren Parteien einbringen. Im Gegenteil, ich tue das auch. Herr Minister, ich bin aber doch sehr verwundert, dass Sie jetzt bei Ihrer grünen Basis mit oder ohne Änderung der Parteisatzung um eine - wie Sie dies selbst nennen - Übergangszeit von einem Jahr bitten, in der Sie dann noch gern nebenbei ein bisschen Minister in Schleswig-Holstein sein wollen. Das ist unredlich gegenüber dem Land, Herr Minister, denn Ministerämter in Schleswig-Holstein sind keine Übergangsbeschäftigung für solche, die lieber woanders wären.

Zum anderen sagt dies auch ein bisschen über die hochgelobte schwarze Ampel aus. Wie ist es eigentlich um dieses Bündnis bestellt, wenn Wohl und Wehe davon abhängen, ob Robert Habeck noch ein paar Monate länger Minister bleibt oder nicht? Müssen wir jetzt höhere Deiche bauen? Wer schützt das arme Schleswig-Holstein, wenn Kubicki ganz weg und Habeck halb weg sind und wenn der Ministerpräsident allein hierbleibt? Das muss man sich an der Stelle fragen, wenn das so ist.

Aber das ist in Teilen Ihre eigene Angelegenheit. Ich muss sagen, es ist amüsant zu beobachten, wie Sie das machen. Ich will aber doch deutlich sagen: Opposition muss natürlich auch das Aufzeigen von Alternativen leisten. Daher will ich Ihnen an drei Schwerpunkten deutlich machen, wo wir die Alternativen zu Ihrer Politik sehen.

Wir konnten mit unseren begrenzten Mitteln natürlich keinen seriös durchgerechneten Gesamthaushalt vorlegen. Das kann man in der Opposition schlecht.

(Lachen CDU - Tobias Koch [CDU]): Ach!

- Na ja, dass Sie ein großes Finanzministerium haben, wird sogar Ihnen inzwischen aufgefallen sein, nehme ich einmal an, Herr Kollege Koch.

(Dr. Ralf Stegner)

Wir können aber an drei Punkten exemplarisch zeigen, dass eine andere Politik in diesem Land möglich wäre und dass es durchaus vernünftige Alternativen zu den Plänen Ihrer schwarzen Ampel gibt.

Der erste Punkt ist mir persönlich ein besonderes Anliegen. Ich war 2007 Innenminister der Großen Koalition, als wir - CDU und SPD gemeinsam - das Weihnachts- und Urlaubsgeld für einen großen Teil unserer Landesbeamten abgeschafft haben. Wir haben das damals nicht leichtfertig getan, sondern weil die Regierungsfractionen damals der Meinung waren: In der Haushaltsnotlage ist es nötig, so schwer es auch fällt, die Beschäftigten an der notwendigen Konsolidierung des Haushalts zu beteiligen. Aber, Herr Günther, im Namen unserer Koalition, im Namen von CDU und SPD, habe ich damals als Innenminister vor mehreren Tausend Beamten in der Ostseehalle ein Versprechen abgegeben. Ich tat dies damals im Namen beider Parteien: Wenn sich die Haushaltslage des Landes nachhaltig bessert, dann geben wir den Beamtinnen und Beamten ihr Weihnachtsgeld zurück. Das haben wir damals versprochen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, die Haushaltslage des Landes hat sich nachhaltig verbessert. Zum dritten Mal in Folge haben wir einen Überschuss, Sie haben es gerade selbst erwähnt. Und vor zwei Wochen hat die Finanzministerin eine Prognose vorgestellt - wir haben sie genau gelesen -, die deutlich macht: Aller Voraussage nach wird dieser Trend anhalten. Der Zeitpunkt, die Zusage einzuhalten, ist jetzt gekommen. Wenn es nach der SPD geht, soll 2017 für unsere Beamtinnen und Beamten das letzte Weihnachten ohne Weihnachtsgeld sein. Wir haben dazu einen Gesetzentwurf eingebracht, der zeigt, wie wir schrittweise, also seriös, über drei Jahre wieder zum Zustand von 2007 kommen können. Wir fordern insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU auf: Lassen Sie uns gemeinsam die Zusage von 2007 einlösen. Die Beschäftigten haben ihren Teil getan. Jetzt sind wir dran. Sie haben Anspruch darauf, dass wir Wort halten, Herr Kollege Koch und Herr Ministerpräsident. Wir sind dazu bereit.

(Beifall SPD - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Oder, Herr Ministerpräsident, wollen wir wieder die alten Pinocchio-Plakate hervorholen, diesmal mit Ihrem Konterfei, denn Sie waren damals auch schon dabei, als wir das vereinbart haben? - Ich sage Ihnen ehrlich: Die Einlassungen der Frau Finanzministerin sind da alles andere als überzeugend. Außerdem isolieren Sie Schleswig-Holstein

im Wettbewerb mit den anderen Ländern, die das Weihnachtsgeld längst wieder eingeführt oder es gar nicht abgeschafft haben. Auch das ist ein Punkt, auf den ich hinweisen möchte.

Der römische Politiker und Philosoph Seneca hat das so ausgedrückt: Nichtwollen ist der Grund, Nichtkönnen ist der Vorwand.

Genauso verhält sich das auch. Sie wollen das nicht. Es ist nicht so, dass Sie das nicht können, sondern Sie wollen das nicht. Sagen Sie das den Beschäftigten auch. Herr Ministerpräsident, es nützt übrigens nichts, dass Sie immer mal wieder in Reden andeuten, man könne sich vorstellen, sich zu bewegen. Bewegen tut man sich im Haushalt und im Parlament, wenn das beschlossen wird. Herr Ministerpräsident, das ist der Ort, an dem man sich bewegt, und nicht in irgendwelchen wohlfeilen Reden. Also: Machen Sie mit, stimmen Sie zu. Wir haben einen Gesetzentwurf dazu eingebracht!

(Beifall SPD)

Unser zweiter Punkt berührt viele Tausend Familien in Schleswig-Holstein. Die Kosten der Kinderbetreuung sind nach wie vor eine krasse Belastung für die Eltern. Und diesen Eltern helfen weder Kita-Gipfel mit den Kommunen noch vage Versprechen für die ferne Zukunft. Diesen Eltern würden konkrete Entlastungen und ein klarer Schritt in Richtung Beitragsfreiheit helfen. In Rheinland-Pfalz, im benachbarten Hamburg, schrittweise in Mecklenburg-Vorpommern und jetzt auch im Nachbarland Niedersachsen können Sie sehen: Sogar mit dortiger Regierungsbeteiligung der CDU ist die kostenfreie Kinderbetreuung keine Utopie, sondern wird bald gelebte Realität.

(Beifall SPD)

Und was machen Sie? Auch hier isoliert die schwarze Ampel unser Land und verschlechtert unsere Konkurrenzsituation mit all unseren Nachbarn. Was Sie im Kita-Bereich vorlegen, ist nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit Ihrem Haushalt werden Eltern und Kommunen nicht einen einzigen Cent mehr haben. Bildung entscheidet über Lebenschancen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Familien konkret helfen. Das ist unsere Aufgabe in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, will das offenbar nicht. Wir werden Ihnen zeigen, dass hier deutlich mehr möglich gewesen wäre. Wir sind nicht nur hier die bessere Alternative. Sie sollten

(Dr. Ralf Stegner)

auch damit aufhören, Eltern, Kommunen und Beschäftigte gegeneinander auszuspielen. Uns geht es um bessere Qualität, Hilfen für die Kommunen und Entlastung der Eltern. Alle diese drei Punkte müssen wir machen, nichts davon tun Sie.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Zu unserem dritten Punkt, den kommunalen Finanzen, werden wir morgen im Zusammenhang mit den Straßenausbaubeiträgen noch kommen. Auch da legt die SPD nicht nur Haushaltsanträge vor, sondern einen konkreten Gesetzentwurf. Herr Ministerpräsident, im vergangenen September sagten Sie von diesem Pult aus Folgendes, und ich lese das mit besonderem Genuss vor. Herr Landtagspräsident, das ist ein ganz wundervolles Zitat des Herrn Ministerpräsidenten, der es damals hier in diesem Haus noch nicht war. Zitat Daniel Günther an diesem Pult:

„Ich frage mich manchmal, ob Sie eigentlich irgendein Referat im Ministerium haben, das sich damit beschäftigt, Ideen auszubrüten, wie wir die Kommunen besser gängeln und wie wir den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern die Arbeit entsprechend vermiesen können?“

Ich kann Ihnen mit Sicherheit sagen: Ein solches Referat gab es zu unseren Regierungszeiten nicht. Wenn ich mir aber Ihre Pläne anschau, dann frage ich mich, ob Sie es zwischenzeitlich eingerichtet haben, sehr verehrter Herr Ministerpräsident. Das muss man doch so interpretieren.

(Beifall SPD)

Das, was Sie da machen, dieser Murks, den Sie heute Morgen schnell im Innen- und Rechtsausschuss durchgewunken haben, zeigt, dass Sie Ihre Wahlkampfgeschenke jetzt von den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern der CDU vor Ort ausbaden lassen wollen. Frau Finanzministerin, darauf habe ich mich bezogen. Ich habe mich keineswegs auf die Pläne der SPD in unserem Programm vor der Landtagswahl bezogen. Ich habe mich auf die Wahlkampfversprechen Ihres Ministerpräsidenten der CDU bezogen. Ich sage Ihnen aber: Das rächt sich. Wir werden sehen, ob Sie die finanziellen Folgen Ihrer politischen Zechprellerei tragen wollen oder nicht. Sie haben den Leuten versprochen: Die Ausbaubeiträge kommen weg. Sie kommen aber nur in den reichen Gemeinden weg. Was daran ist fair, meine sehr verehrten Damen und Herren? - Nichts daran ist fair.

(Beifall SPD)

Vor allen Dingen: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das ist dokumentiert, was Sie versprochen haben. Das gilt übrigens auch für die FDP. Deshalb kann man so schön darauf zurückkommen. Wir Sozialdemokraten haben solche Versprechen gar nicht gemacht. Es ist also genau umgekehrt, wie Sie es gesagt haben, Herr Kollege Koch. Wir tun das, was wir gesagt haben. Sie tun nicht das, was Sie gesagt haben, und Sie mögen nicht, dass wir Sie daran erinnern, Herr Kollege Koch. Wir tun das aber.

(Beifall SPD - Widerspruch Tobias Koch [CDU])

Sie lassen die Kommunen auf ihren Rechnungen sitzen, während Sie sich für finanzielle Wohltaten an anderer Stelle feiern lassen. Sie führen die Menschen hinter die Fichte. Das lassen wir Ihnen auch zur Weihnachtszeit nicht durchgehen, selbst wenn Ihre PR-Abteilung den Baum noch so sehr schmückt. Bei Loriot hieß es einmal: Früher war mehr Lametta. Das kann man Ihnen wirklich nicht vorhalten. An Lametta fehlt es bei Ihnen nicht. Aber unter dem Baum liegen etliche hübsch eingewickelte Mogelpackungen. Das ist das, was man auch zur Weihnachtszeit hier feststellen muss.

Meine Kollegin Beate Raudies wird in ihrem Beitrag heute Nachmittag auf einige andere Themen eingehen, zum Beispiel auf das Thema Investitionen und darauf, dass das IMPULS-Programm fortgesetzt wird, das vorher übrigens von CDU und FDP so heftig beschimpft worden war: Es sei nämlich komplett wirkungslos, was wir da alles machen. Jetzt machen Sie es selbst, und Sie loben es in den höchsten Tönen, obwohl sich die Welt gar nicht verändert hat. Selbst die Finanzministerin ist dieselbe geblieben. Alles ist wundervoll.

Das sind alles Weihnachtsmärchen, Herr Kollege Koch. Die können Sie Ihren Kindern erzählen, aber nicht der Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein, weil die das nicht glaubt und weil die Menschen in Schleswig-Holstein durchaus in der Lage sind zu vergleichen: Was ist eigentlich vor der Wahl gesagt worden, und was macht man nach der Wahl?

Deswegen noch einmal: Ich will Sie gerne für das loben, was Sie richtigerweise von dem fortsetzen, was wir gemacht haben, obwohl Sie es früher falsch fanden. Ich werde Sie aber kritisieren - und das wird die SPD immer tun - für die Dinge, bei denen wir weit hinter unseren Möglichkeiten bleiben, nichts tun für die Familien in Schleswig-Holstein, nichts tun für gute Arbeit und die Arbeitnehmerinteressen, nichts tun, um den Kommunen wirklich zu helfen, nichts tun, um bei den Beschäftigten Wort

(Dr. Ralf Stegner)

zu halten. In allen diesen Punkten ist bei Ihnen wirklich nur Öde und Leere zu finden; nichts machen Sie da. Aber immerhin: PR-mäßig sind Sie richtig gut.

Insofern komme ich noch einmal zurück auf dieses wundervolle Plakat der FDP im Wahlkampf „Wollen reicht nicht. Man muss es auch können“. Ihr Haushalt ist ein Beleg dafür, dass es Ihnen zwar nicht am Geld, aber am Können fehlt. - Vielen herzlichen Dank.

(Starker Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler des Katharineums zu Lübeck und des Regionalen Bildungszentrums Itzehoe. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben, die Fraktionsvorsitzende.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Ralf Stegner, ich habe mich richtig darüber gefreut, heute nach Ihnen sprechen zu dürfen, weil ich gedacht habe, es wird wieder darum gehen, was wir alles total schlecht machen und dass das der mieseste Jamaika-Haushalt vor dem Herrn sei.

Es ist nun richtig schwierig. Sie haben gesagt, wir machen im Grunde gute Arbeit, weil wir nur das weitermachen, was wir vorher gemacht haben. - Okay, da kann ich jetzt nur sagen: Das finde ich jetzt nicht so schlimm, auch wenn ich das nicht unbedingt teile.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das, was Sie fordern - das werden wir sehen; denn es wird in der zweiten Lesung sehr spannend sein zu sehen, wie sich dies durch konkrete Gegenfinanzierungen darstellt -, kann ich nicht ernst nehmen, weil überhaupt nicht klar ist, woher das Geld dafür kommen soll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

An dritter Stelle sagen Sie noch, dass wir, wenn wir neue Impulse im Haushalt setzen, diese nur auf

Druck der Oppositionsanträge bekommen haben. Ich weiß noch ganz genau: Das ist wie so ein Déjà-vu. Als die Küstenkoalition noch regierte und die Opposition einen Antrag gestellt hatte zu etwas, was die Regierung schon längst geplant hatte, dann hat hinterher Herr Koch immer gesagt: „Gut, dass wir den Antrag gestellt haben; sonst hätten Sie das nicht gemacht.“ Das ist ein Spielchen, das immer wieder gespielt wird. Das kann ich, ehrlich gesagt, als Alternative auch nicht wirklich ernst nehmen.

Im zweiten Teil Ihrer Rede haben Sie sich über den Gemütszustand dieser Jamaika-Koalition ausgelassen sowie über den Gemütszustand der nicht zustande gekommenen Jamaika-Koalition im Bund. Ich wünsche den beiden Parteien - das meine ich jetzt wirklich ernsthaft und ohne zynisch zu sein -, die jetzt versuchen, in Berlin eine Regierung zustande zu bringen, viel Erfolg, weil ich glaube, dass wir diese Regierung auch wegen Europa zügig brauchen. Es mag ja sein, dass Sie sich nicht freuen. Aber ich wünsche Ihnen jedenfalls dafür ernsthaft viel Erfolg; denn wir brauchen eine funktionierende Bundesregierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Lars Harms [SSW] - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wenn es dann auch noch heißt, bestimmte Punkte hätten Sie gerne zusammen mit der CDU im Landtag umgesetzt, dann frage ich mich tatsächlich, warum es dann nicht zumindest auch Gespräche für eine Große Koalition gegeben hat. Somit ist alles das, was Sie hier aufgeführt haben, aus meiner Sicht wirr.

Die Krönung ist, dass Sie sich dann noch damit auseinandersetzen, wie es uns bei den Grünen denn so gehen würde dadurch, dass Robert Habeck angekündigt hat, als Bundesvorsitzender zu kandidieren, um dann infrage zu stellen, wie lange denn seine Übergangszeit sein soll.

Lieber Herr Stegner, seit wir uns kennen, sind Sie im Bundesvorstand der SPD. Wie lange planen Sie denn Ihre Übergangszeit zwischen Fraktionsvorsitz und Bundesvorstand?

(Heiterkeit und Beifall CDU, FDP und Jörg Nobis [AfD])

Ich meine, es müssten auf jeden Fall mehr als fünf Jahre sein.

Wir haben ja auch Außenminister, die schon einmal Bundesvorsitzende waren. Ich will nur sagen: Trennung von Amt und Mandat ist jetzt nicht unbedingt das fette SPD-Thema.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch nun zum Tagesordnungspunkt der heutigen Landtagssitzung. Liebe Frau Heinold und damit stellvertretend auch für die Regierung, Sie als Finanzministerin haben uns für die Jamaika-Koalition in der heutigen Tagung einen Haushalt vorgelegt, für den wir sehr dankbar sind. Wir danken dem gesamten Kabinett und dem Herrn Ministerpräsidenten dafür und vor allem - das ist wohl das Entscheidende - den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und insbesondere im Finanzministerium. Vielen Dank für die Zuarbeit zu diesem Haushalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ein Begriff, der in diesen Tagen oft fällt, wenn es um die finanzielle Lage des Landes Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik geht, das ist der Begriff „sprudelnde Kassen“. Das habe ich auch in der einen oder anderen Pressemitteilung gelesen. Vor dem geschlossenen Auge erscheint ein Brunnen, aus dem die Euros direkt in die Staatskassen fließen. - Ich sehe schon, bei Lars Harms kommt ein gewisses Strahlen über das Gesicht. Und diese sprudelnden Einnahmen rechtfertigen es nun, alles zu fordern und jede Forderung aufzugreifen, die aktuell auf dem Tisch liegt. Alles ist möglich, alles ist finanzierbar, wenn die Politik nur will. Doch stimmt das wirklich?

Ja, das Bruttoinlandsprodukt steigt im Moment stärker als erwartet. Die Steuereinnahmen für 2017 liegen nach der letzten Steuerschätzung knapp 300 Millionen € höher als veranschlagt. Für das Jahr 2018 werden sie jetzt um 185 Millionen € höher geschätzt als noch im Mai. 300 Millionen € mehr; was bedeutet das?

Stellen Sie sich vor, Sie zahlen Ihrem Enkelkind 120 € Taschengeld im Jahr. Jetzt ist Ihre wirtschaftliche Lage gerade so fabelhaft, dass Sie dem Kind das Taschengeld einmalig um 3 € erhöhen. Allerdings: Das Kind hat bei Ihnen noch 270 € Schulden, die es zurückzahlen hat. Das ist mehr als doppelt so viel, wie es überhaupt bekommt und pro Jahr vermutlich auch ausgeben wird.

Die momentanen Steuereinnahmen von Schleswig-Holstein sind gut, aber doch eher relativ gut angesichts von rund 27 Milliarden € Schulden, die Schleswig-Holstein in den letzten 30 Jahren angehäuft hat. 2017 ist ein sehr gutes Haushaltsjahr, und wir werden 185 Millionen € tilgen können. Wenn wir das jetzt jedes Jahr durchhalten sollten, brauchen wir tatsächlich nur noch schlappe 146 Jahre,

um schuldenfrei zu werden; das wäre dann im Jahr 2163 der Fall.

Doch halt! Ganz so glänzend ist die Situation vielleicht doch nicht. Denn nächstes Jahr bekommt das Land die Schlussrechnung für die HSH-Nordbank. Wenn nicht etwas sehr Unvorhergesehenes passiert, können wir dafür wieder ein paar Jahrzehnte draufrechnen, in denen wir unsere Schulden abbauen müssen.

Lieschen Müller würde sich jetzt fragen - vielleicht auch der eine oder andere bei uns -: 100 Jahre, 200 Jahre, das ist ja eh alles so weit weg. Wieso macht das für mich überhaupt einen Unterschied? Dies wirkt in der Tat einigermaßen absurd. Wenn man es eh nicht schafft, kann man es doch auch sein lassen.

Doch etwas Entscheidendes habe ich dabei bisher nicht erwähnt; das sind die Zinsen. 2017 musste Schleswig-Holstein grob 500 Millionen € an Zinsen für seine Schulden zahlen. Das ist wirklich richtig viel Geld, wenn man überlegt, was man damit tun könnte für Bildung, für Infrastruktur und natürlich auch für gute Arbeit und soziale Infrastruktur.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Und das ist sehr viel Geld trotz einer im Moment historisch niedrigen Niedrigzinsphase. Deren Ende wird irgendwann kommen, und dies müssen wir vernünftigerweise einplanen.

Zum Vergleich, was das für einen Unterschied macht: 2016 hatten wir noch 600 Millionen € an Zinszahlungen, 2014 schon 780 Millionen € und 2010 sogar 970 Millionen €. Sie sehen: Das Zinsniveau macht einen klaren Unterschied. Das wird sich dann ganz konkret zum Beispiel in Lehrerinnen- und Lehrerstellen auswirken.

Ihr Enkelkind zahlt Ihnen also, je nachdem, wie Sie das gerade festlegen, auch noch zwischen 5 und 10 € Zinsen im Jahr zurück, wenn es seine Schulden nicht tilgen kann. Das ist pädagogisch absolut sinnvoll; denn es soll ja keine falschen Vorstellungen bekommen, wie unser kapitalistisches Geldsystem funktioniert. Aber weil das Kind schlau ist, wird es jetzt versuchen, möglichst viel zu tilgen, um die Zinslast zu senken.

Man kann dieses Beispiel als junge Mutter auch sehr gut auf Kinder übertragen. Ich bin ja, wie Sie wissen, bekennende Großmutter und betrachte das Thema natürlich mit einer Enkelkind-Brille vor Augen.

(Eka von Kalben)

Meine Damen und Herren, im Sinne der Generationengerechtigkeit lohnt es sich zu tilgen. Mit den Zinsen zahlen die heutige und vor allem die kommende Generation für Schulden, die binnen weniger Jahrzehnte angehäuft wurden. Wir wollen nicht beim ersten Zeichen von finanzieller Erholung jede Haushaltsdisziplin fahren lassen. Wir in Jamaika überlegen uns sehr genau, welche Maßnahmen es wert sind, dass von dieser Linie abgewichen wird, nämlich gezielte Investitionen, die unseren Kindern nutzen, denen wir diesen gewaltigen Schuldenberg hinterlassen.

Dazu gehört zuallererst, dass diese Koalition einen klaren Schwerpunkt auf den Bildungsbereich setzt. Es ist richtig und kommt zum richtigen Zeitpunkt, dass unsere Finanzministerin Monika Heinold jetzt den Stellenabbaupfad für die Lehrerinnen und Lehrer offiziell beendet hat. Hier werden wir 2018 395 neue Stellen schaffen, anstatt, wie bislang vorgesehen, 495 abzubauen. Die Stellen von 500 Lehrerinnen und Lehrern, die in Rente gehen, werden also nachbesetzt, und wir stellen dann noch circa 400 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich ein. Das ist nur der Anfang. Wir sehen durchaus, dass sogar noch mehr nötig wäre, wie es ja auch eindrücklich im Inklusionsbericht des Landesrechnungshofs dargelegt wird. Aber wir schaffen 70 Stellen mehr für Inklusion und 40 Stellen mehr für Grundschulen, 20 Stellen für die Integration an den beruflichen Schulen, 265 Stellen für den DaZ-Unterricht - also Deutsch als Zweitsprache - und 75 Stellen mehr für den Vorbereitungsdienst, um Fachkräfte im Land zu halten. Damit stärken wir die Schulen schon in diesem Entwurf um mehr als 45 Millionen € strukturell, das heißt jährlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mitnichten kommt dieses Geld nicht auch den Gemeinschaftsschulen zugute. Natürlich werden von diesen Stellenaufstockungen die Gemeinschaftsschulen erheblich profitieren. Wir haben - das möchte ich noch einmal erwähnen, auch wenn das noch nicht im Haushalt 2018, sondern erst im Haushalt 2019 eine Rolle spielt - ein Bildungspaket auf den Weg gebracht, um den Umstieg auf G 9 zu erleichtern. Da wir fest davon überzeugt sind, dass die Umstellung auf G 9 auch zu einer Veränderung bei den Gemeinschaftsschulen führen wird, haben wir gesagt, es ist richtig und gut, dass wir den Bildungsbonus, den wir sowieso eingeplant hatten, ein Jahr früher starten und aufstocken; denn wir sind der Meinung, dass auch alle anderen Schulen im Schulsystem ei-

ne Möglichkeit erhalten sollten, ihr Profil zu schärfen.

Was ich überhaupt nicht will - ich habe das im Bildungsausschuss schon einmal gesagt -, ist, dass wir als diejenigen, die wirklich sozusagen an der Seite der Gemeinschaftsschulen stehen und diese Gemeinschaftsschulen stärken wollen, diese selber schlechtreden und sagen, wir müssen uns anketten, damit die nicht geschlossen werden oder so etwas. Ich glaube, wenn wir selbstbewusst und einheitlich hier im Land die Meinung vertreten, dass wir starke und gute Gemeinschaftsschulen mit eigenem Profil, mit Ganztagsangeboten, mit guter Inklusion brauchen und das stärken wollen, dann tun wir den Gemeinschaftsschulen einen großen Gefallen. Ich bitte sehr darum, dass wir in diesem Sinne auch dazu reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Entscheidend, meine Damen und Herren, ist jetzt erst einmal, dass wir diese Stellen so schnell es geht auch besetzt bekommen, um die Unterrichtsversorgung entscheidend zu verbessern. Die tatsächliche Herausforderung auch in den kommenden Jahren ist nämlich der Fachkräftemangel. Auch deshalb ist es gut, dass wir rund 21 Millionen € mehr in die Hochschulen stecken als im vorherigen Haushalt, um unsere Hochschulstandorte nachhaltig zu stärken; denn dort wird letztendlich der Nachwuchs ausgebildet, den wir dann an den Schulen, in den Krankenhäusern und sonst im Land brauchen.

Ein weiteres großes Thema ist die Schulsanierung. So waren zum Beispiel die 10 Millionen € für Schultoiletten im Nachtragshaushalt 2017 sehr schnell verbaut, und nicht alle notwendigen Vorhaben konnten finanziert werden. Ich weiß, das Thema Schulklos wird gerne mal ein bisschen ins Lächerliche gezogen. Das ist jedoch existenziell wichtig. Es geht nicht an, dass Kinder einen Tag lang in der Schule sitzen und sich davor eckeln, da auf Klo zu gehen. Man muss ja immer aufpassen, welche Worte man wählt. Aber im Grunde ist es wirklich ein Misshandeln, wenn man nicht auf Klo gehen kann.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Deshalb ist es super, dass wir an der Stelle weitermachen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Weitermachen. - Wir haben reagiert. Mit der Änderung des IMPULS-Gesetzes wird ermöglicht, dass künftig die Finanzierung von Sanierungsmaß-

(Eka von Kalben)

nahmen in Schulen der kommunalen Träger aus IMPULS erfolgen kann. Ich hoffe, dass der Haushaltsüberschuss 2017 so hoch ausfällt, dass diese und andere Investitionsmaßnahmen mit ausreichend Mitteln unterfüttert werden können.

Auch die Kommunen brauchen jetzt Unterstützung und Planungssicherheit. Das betrifft insbesondere den Bereich Kita. Die Stärkung der Kitas, die wir als ein Leitprojekt im Koalitionsvertrag angekündigt haben, beginnt mit dem Haushalt 2018. Für das kommende Jahr stecken wir zum Beispiel 5 Millionen € zusätzlich in die Qualität, auch zur Absicherung der zweiten Kraft am Nachmittag. In den kommenden Jahren werden die Mittel nach unserer Finanzplanung erheblich aufwachsen, und zwar bis zu einer Gesamtsumme von 456 Millionen € für die Bereiche Kitaqualität, Elternentlastung und Zuschüsse an die Kommunen.

Wenn wir uns Zeit dafür nehmen, ein Konzept zu entwickeln, um die Kitafinanzierung wirklich transparenter und gerechter zu machen, und wenn wir dann ein Konzept haben, durch das eine Entlastung auch wirklich bei den Eltern ankommt, dann ist das gut investierte Zeit. Ich glaube, dass wir uns diese auch nehmen müssen. Ich weiß, dass das den Kommunen zu wenig ist und dass es da höhere Erwartungen gibt. Dazu wird es im Januar Gespräche geben. Trotzdem können wir zumindest heute nicht mehr zusagen. Wir sehen Nöte bei den Kommunen, insbesondere im Kitabereich.

All das und mehr machen wir im Haushalt für die Bildung. Der Haushaltsentwurf 2018 ist ein guter Startschuss für die nächsten fünf Jahre.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Für uns Grüne ist dieser Schwerpunkt vor allem auch eine Frage der Gerechtigkeit. Gute Bildung für alle ist die Grundlage für soziale Gerechtigkeit. Zusammen mit dem verantwortungsbewussten Schuldendienst mit hoher Tilgung ist die Bildungsoffensive ein zentraler Punkt dieser Koalition für mehr Generationengerechtigkeit.

Liebe SPD, Sie wiederum wollen von den Überschüssen oder von den strukturellen Mehreinnahmen - es wäre ja eine strukturelle Ausgabe - eine beträchtliche Summe in das Weihnachtsgeld für Beamtinnen und Beamte stecken. Es ist für mich gar keine Frage, dass unsere Beamtinnen und Beamten unheimlich viel für das Land leisten und dafür große Anerkennung, Wertschätzung und auch gerechte Besoldung verdient haben. Ich würde ihnen dieses Weihnachtsgeld auch von Herzen gön-

nen. Aber ich muss ehrlich sagen, dass unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit oder der Generationengerechtigkeit dieser Punkt für uns zumindest nicht die erste Priorität hat, ähnlich wie die Straßbaumittel für die Kommunen, die Sie ja auch fordern.

Wenn wir einmal ehrlich sind, dann sind unsere rund 50.000 Beamtinnen und Beamten im Land mit oder ohne Weihnachtsgeld in der Gesamtschau deutlich bessergestellt als unsere rund 70.000 Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verdienen bei gleicher Einstufung erheblich mehr netto als ihre Pendanten und haben damit auch zur Weihnachtszeit effektiv mehr Geld im Portemonnaie. Beamtinnen und Beamte haben außerdem noch eine bessere Altersversorgung und eine bessere Krankenversicherung. Ich darf so reden, weil ich selbst eine Beamtin bin und weiß, dass ich an der Stelle bessergestellt bin. Hier für mehr Angleichung zu sorgen, das wäre vielleicht einmal ein würdiges Projekt für die Sozialdemokratie, anstatt mit einer solchen Forderung die Ungleichheit zu ignorieren und zu verfestigen.

Man kann ja noch nicht einmal sagen, dass Beamtinnen und Beamte bislang gar nichts extra zu Weihnachten bekämen. Ich finde, unsere Regelung mit der pauschalen Sonderzahlung von 660 € bis A 10, also gerade für diejenigen, die eine Zusatzzahlung besonders nötig haben, sowie mit der Zahlung von 400 € pro Kind in allen Besoldungsstufen schafft Gerechtigkeit. Insofern verstehe ich nicht, dass das oben auf Ihrer Prioritätenliste ist. Von den circa 1,4 Millionen Erwerbstätigen, die in Schleswig-Holstein leben und die Sie nach Ihrer Ansicht besonders vertreten, bekommt überhaupt nur etwa die Hälfte irgendeine Form von Weihnachtsgeld.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, es wäre gut, unsere Bediensteten für ihre Arbeit so gut wie möglich zu entlohnen. Aber es steht immer auch in Konkurrenz zu anderen Ausgaben, zum Beispiel in der Bildung. Jedenfalls ist das so, wenn man davon ausgeht, dass die Möglichkeit, Geld auszugeben, begrenzt ist. Dann muss man sagen, was dafür wegfallen soll. Das erwarte ich in Form eines entsprechenden Finanzierungsvorschlags.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Wir sind gespannt, wo Sie zum Beispiel diese 140 Millionen € wegnehmen würden. Es muss schön

(Eka von Kalben)

sein, endlich ohne die verantwortungsvoll bremsende Finanzministerin Monika Heinold Haushaltspolitik machen zu können. Aber ich glaube, die Menschen in Jamaika können es auch so ertragen.

Wir dagegen bleiben lieber vorsichtig. Es ist besser, wir sprechen am Ende des Jahres über Tilgungen und Investitionen aus den Überschüssen, die wir hatten, als am Anfang des Jahres Einnahmen zu verplanen, die Mitte des Jahres vielleicht weg sind.

Doch zurück zu dem, was wir machen. Neben der Bildungsoffensive sieht der Haushaltsentwurf auch erhebliche Investitionen in den Bereichen Infrastruktur und Digitalisierung vor. Aus IMPULS stecken wir zurzeit 14,4 Millionen € mehr in die Sanierung von Landesstraßen, 3,6 Millionen € in die Errichtung von Ladestationen für Elektroautos, womit wir die Verkehrswende voranbringen, rund 9 Millionen € mehr in die Bereiche IT und Digitalisierung und vieles mehr.

Zu IMPULS muss man sagen, dass die Summen noch nicht abschließend sind. Das ist wieder dieses Prinzip: erst einnehmen, dann ausgeben. Denn abhängig vom Haushaltsüberschuss ist zu erwarten, dass mit der Nachschiebeliste noch weitere Mittel in das Sondervermögen fließen werden, um weitere Investitionen zu ermöglichen. Ich hoffe, dass wir in unserer Liste der Investitionsmaßnahmen, die wir in den Koalitionsverhandlungen beschlossen haben, bereits im kommenden Jahr einen ordentlichen Batzen in die Infrastruktur umsetzen können. Wie gesagt: Wir verteilen erst das Fell des Bären, wenn er erlegt ist, nicht vorher.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Entschuldigung, ich nehme das zurück. Man sollte gar keine Bären erlegen. Das war nur sinnbildlich gemeint, Frau Kollegin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Generationengerechtigkeit bedeutet auch, unsere Umwelt für die Zukunft zu erhalten. Daher ist mir aus grüner Sicht wichtig zu sagen: Auch im Umwelt- und Naturschutzbereich tun wir im Haushalt einiges. Wir haben in den letzten Jahren in der Küstenkoalition die Mittel für den Vertragsnaturschutz erhöht und werden dies in der neuen Wahlperiode auf hohem Niveau fortsetzen. Wir zeigen damit, dass wir Naturschutz mit der Landwirtschaft machen und nicht gegen sie.

Vom Insektensterben war in den letzten Monaten sehr viel die Rede; zu Recht. Die Entwicklung ist sehr besorgniserregend. Ich bin froh, dass mittlerweile selbst in größeren Talkshows im Fernsehen

das Thema ernsthaft behandelt wird und nicht - ich weiß, Frau Fritzen hat es häufiger erlebt -, wenn wir hier das Thema auf die Agenda gesetzt haben, ein allgemeines Schmunzeln entstanden ist. Wir Grüne haben immer gesagt, dass auch der Schutz der biologischen Vielfalt eine existenzielle Frage ist, genauso wie zum Beispiel die Bekämpfung des Klimawandels.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So sind zum Beispiel zusätzlich zu den bestehenden Maßnahmen im Haushaltsplan 100.000 € für das Projekt „Schleswig-Holstein blüht auf“ vorgesehen, mit der die Anlage von Blühstreifen finanziell unterstützt wird, damit es in unserem Land auch zukünftig kräftig summt und brummt.

Meine Damen und Herren, noch einen Satz zu den beantragten Mitteln für die Tierheime: Lieber SSW, die wirtschaftliche Lage vieler Tierheime in Schleswig-Holstein ist äußerst angespannt. Das betrifft sowohl die laufenden Kosten als auch den Investitionsbedarf. In vielen Tierheimen werden in den nächsten Jahren Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Die Vereine verfügen nicht über ausreichende Mittel, diese durchzuführen. Der Tierschutzbeirat Schleswig-Holstein hat in einer Pressemitteilung vom 20. November 2017 auf die schwierige Lage der Tierheime hingewiesen. Wir wollen daran etwas verändern. Wir können uns auch vorstellen, als Land einen Teil der finanziellen Verantwortung zu übernehmen. Dazu müssen wir aber die Kommunen mit ins Boot holen, denn in erster Linie ist es eine kommunale Aufgabe.

(Beate Raudies [SPD]: Ja!)

Wir Grüne haben deshalb sehr viel Sympathie für den Antrag des SSW und möchten diesen im Ausschuss beraten. Wir werden deshalb Ausschussverweisung beantragen.

Zu rot-grünen Regierungszeiten gab es schon einmal in den Jahren von 2000 bis 2005 einen Fonds mit Landesmitteln für die bauliche Sanierung von Tierheimen. Wir können uns durchaus vorstellen, so etwas wieder einzurichten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für mich ist dieses ein Haushalt im Zeichen der Generationengerechtigkeit. Ich glaube, dass sich auch unsere grünen Schwerpunkte in diesem Haushalt wirklich gut abbilden.

Es gibt aber einen Punkt, wo auch wir sagen, dass wir noch eine deutliche Verbesserung sehen. Ich

(Eka von Kalben)

denke, dass sich Frau Prien über unsere Unterstützung freuen wird: Wir wollen uns auf jeden Fall im Bereich Kultur einsetzen, indem wir als Fraktion noch einmal deutlich nachlegen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] hebt zustimmend den Finger)

Das betrifft Volkshochschulen. Das betrifft Musikschulen. Das betrifft aber auch eine „freie Szene“, die fernab von den staatlichen Institutionen sehr kreativ im Land ist. Das gehört für mich zu einem modernen und auch zu einem weltoffenen Land dazu. Insofern ist das ein wichtiger Beitrag - vielleicht auch -, um die Spaltung in unserer Gesellschaft zu überwinden. Deshalb ist es mir sehr wichtig, auf diesen Punkt noch einmal hinzuweisen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Unterstützung habt ihr!)

- Das freut mich, dann wären wir ja mindestens schon drei Abgeordnete.

(Heiterkeit)

- Ich gehe davon aus, dass es in anderen Parteien auch noch Kulturpolitische gibt.

Wir werden also weiter dafür kämpfen, an vielen kleinen oder größeren Stellen den Haushalt, der uns jetzt schon vorgelegt wurde, noch besser zu machen. Dazu freue ich mich auf die Beratung mit Ihnen allen und wünsche Ihnen, falls ich mich nicht vorher noch zu Wort melde, jetzt schon einen frohen Advent. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war hochspannend, die letzten Redebeiträge verfolgen zu dürfen. Wenn ich für das neue Jahr schon einen Wunsch äußern darf, dann wäre es der, dass wir keine Haushaltsdebatten mehr nach SPD-Weihnachtsfeiern durchführen. Das hat sich heute nicht bewährt. Es war ein Fake-News-Feuerwerk, Herr Dr. Stegner, das Sie heute abgefeuert haben. Ich werde auf den einen oder anderen Punkt noch einmal eingehen.

Kommen wir zunächst zu dem, was wir machen werden. Mit diesem ersten Haushaltsentwurf setzt unsere Koalition wegweisende Akzente, um in Schleswig-Holstein Aufbruchstimmung zu erzeugen, eine neue Dynamik zu entfachen. Gleich zu Beginn der Wahlperiode machen wir sehr deutlich, dass wir konsequent genau dort anpacken, wo es aus unserer Sicht notwendig ist, um unser Land zukunftsfähiger zu machen. Wir werden die Infrastruktur im Land sanieren, wir werden sie modernisieren und auch an künftige Bedürfnisse anpassen.

Wir investieren aber nicht nur in Beton, sondern auch verstärkt in die Köpfe. Wir verbessern die Kitas, die Schulen und die Universitäten in Schleswig-Holstein. Wir stärken Polizei und Justiz und damit unseren Rechtsstaat, den wir konsequent gegen alle Angriffe verteidigen, weil das leider notwendig ist.

Meine Damen und Herren, in der Tat, wir schaffen das alles ohne neue Schulden; stattdessen tilgen wir weiter Schulden aus der Vergangenheit, nämlich 185 Millionen €. Das ist eine weitere gute Nachricht gerade für die junge Generation und für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die noch nicht geboren sind, aber vielleicht noch hinzukommen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dafür leiste ich meinen Beitrag.

(Heiterkeit - Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt AfD)

Viel zu lange wurden auch und ganz besonders in Schleswig-Holstein Haushaltsprobleme gern dadurch gelöst, dass man Jahr für Jahr immer wieder neue Kredite aufnahm, über deren Rückzahlung man sich keine großen Gedanken gemacht hat. Das mag allzu oft auch gut gemeint gewesen sein, stößt aber irgendwann an Grenzen. Es ist schlichtweg nicht fair gegenüber den Jüngeren. Ein Staat, der durch zunehmende Überschuldung an Handlungsfähigkeit einbüßt, ist irgendwann nicht mehr sozial aufgestellt. Das konnten wir auch in den letzten Jahren in vielen Staaten Europas mit ansehen. Das ist kein Vorbild für uns.

Es ist noch nicht so lange her, da waren wir von solchen Haushaltszahlen wie jetzt extrem weit entfernt. Monika Heinold hat das angesprochen: Im Jahr 2005 - Herr Dr. Stegner, Sie wissen hier im Hohen Hause am besten, wer damals Finanzminister war - hatte das Land Schleswig-Holstein ein jährliches Defizit von deutlich über 1 Milliarde €.

(Christopher Vogt)

Ich war damals noch nicht im Landtag, war bei den Jungen Liberalen aktiv. Wir haben damals in unserer Partei vorgeschlagen: Mensch, das kann doch nicht ewig so weitergehen. Lasst uns doch in die Landesverfassung ein striktes Neuverschuldungsverbot schreiben, wodurch innerhalb von zehn Jahren sehr konsequent dieses Defizit abgebaut wird. Ich weiß noch, dass damals Heiner Garg - nicht alle, auch die Landtagsfraktion nicht - noch nicht sofort überzeugt war, dass das der richtige Weg war. Ich bin froh, dass wir das im Jahr 2010 nach einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die dieses Schuldenproblem noch einmal deutlich verstärkt hat, angepackt haben.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Und auch in diesem Hohen Hause waren nicht alle davon überzeugt, dass das so funktionieren wird. Ich glaube, Monika Heinold, wir können feststellen: Das war der richtige Weg, und wir müssen ihn konsequent weitergehen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unser Land auch mit den Spielräumen, die wir uns erarbeitet haben, für die Herausforderungen unserer Zeit fit machen: zunehmender globaler Wettbewerb und Digitalisierung, demografischer Wandel und auch die Integration von Menschen, die zu uns kommen oder zu uns gekommen sind.

Selbstverständlich haben wir die aktuellen Haushaltsdaten nicht allein einer gewissen Haushaltsdisziplin zu verdanken, sondern einer außergewöhnlich langen Aufschwungphase in Deutschland, die auch mit vielen Sondereffekten zu tun hat. Aber für die Einnahmen des Landes, das wurde schon immer gesagt, brauchen wir wirtschaftliche Entwicklung. Die Einnahmen sind dort massiv gestiegen. Das gehört zur Wahrheit auch dazu. Deshalb müssen wir auch darüber sprechen - und das werden wir auch weiter tun -, wie wir zum Beispiel Familien ganz gezielt entlasten können, die mit einer stetig steigenden Steuerlast zu kämpfen haben.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Ganz erheblich profitiert das Land selbstverständlich von den seit Jahren extrem niedrigen Zinsen. Wenn man hoch verschuldet ist, profitiert man davon. Die Sparer finden das nicht so witzig. Aber all dies sind Faktoren, die wir in den letzten Jahren schon beobachten konnten.

Ich möchte einen Punkt ansprechen, der heute noch nicht zu viel thematisiert wurde, und das sind die

Haushaltsrisiken, mit denen wir natürlich auch umgehen müssen. Ich nenne nur die HSH Nordbank - ganz kurz -, weil ich die Stimmung nicht „versauen“ möchte.

(Heiterkeit FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall FDP)

Das Problem ist ja bekannt. - Entscheidend ist aus meiner Sicht letztendlich, was man mit dem Geld anfängt, was man zur Verfügung hat und was nicht. Ein ausgeglichener Haushalt allein sorgt noch nicht für Generationengerechtigkeit.

Es kommt auf die richtige Schwerpunktsetzung an. Dies ist der entscheidende Punkt, über den man sich unterhalten muss. Bei uns sind ganz klar Bildung und Infrastruktur die Schwerpunkte. Trotz der deutlich höheren Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder in die Digitalisierung unseres Landes und der Mehrausgaben für Lehrer, Polizisten und Justizbeamte werden wir zwei Jahre früher als gefordert einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die Konsolidierungshilfen des Bundes werden wie geplant im Jahr 2020 auslaufen können - ein großer Erfolg.

Der Gestaltungswille dieser Koalition drückt sich besonders in den Investitionen aus. Herr Dr. Stegner, das haben wir zu Oppositionszeiten immer sehr betont: Wann sollten wir dieses Thema Infrastrukturanpacken, wenn nicht jetzt?

(Beifall FDP)

In den langen Zeiten, in denen es haushaltspolitisch schwieriger war, hat man immer da angesetzt und gesagt: Na ja, die Investitionen können wir ganz einfach kürzen. - Mit den Auswirkungen haben wir alle jeden Tag zu kämpfen. Wenn man zum Beispiel einen weiten Weg nach Kiel hat, sieht man es an vielen Stellen ganz besonders.

Jetzt müssen wir mit diesem Thema auch umgehen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Mir ist es deutlich lieber, wenn die Bürgerinnen und Bürger über die vielen Baustellen im Land klagen als über Landesstraßen, die gesperrt werden müssen, weil zu viele Schlaglöcher drin sind,

(Beifall FDP, CDU und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

oder über Hochschulen, wo schon die Fassaden herunterkommen. Auch das mussten wir schon erleben.

Jetzt müssen wir den Schalter umlegen, um die Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand auch im nächsten Jahrzehnt zu schaffen. Die im

(Christopher Vogt)

Wortsinn größte Baustelle des Landes ist natürlich das Landesstraßennetz. Es ist ganz entscheidend für unsere Wettbewerbsfähigkeit, dass die Menschen morgens zur Arbeit kommen, um ihre Steuern erarbeiten zu können. Deshalb werden wir die Haushaltsmittel für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr auf insgesamt über 112 Millionen € erhöhen, 90 Millionen € für die Landesstraßen.

(Birte Pauls [SPD]: Nachdem Sie es abschaffen wollten!)

- Frau Pauls, ich weiß nicht, ob Sie den verkehrspolitischen Debatten folgen. Wir wollten den Landesbetrieb nicht abschaffen.

(Zurufe SPD)

Wir wollten das nicht machen. Sie haben uns die Frage LBV eingebrockt, und wir haben sie abgeräumt - um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, ich habe das Jahr 2005 schon angesprochen. Sie hatten gestern Ihre Weihnachtsfeier, ich sehe das ein. Wenn Sie sich aber hinstellen und sagen, wir gäben weniger Geld für Landesstraßen aus als Sie, wird mir einiges klar. Sie können einfach keine Haushaltsentwürfe lesen. Das ist das Problem.

(Beifall FDP und CDU)

Eine interessante Nummer fand ich auch, dass Sie sich über den Stillstand bei der A 20 beklagen - nach all den Jahren, die Sie regiert und nichts gebekommen bekommen haben.

(Beifall und Heiterkeit FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, wer schreibt Ihnen so etwas auf? Lesen Sie es doch vorher einmal! Das kann doch nicht sein!

Wir müssen jetzt sehr viel bei den Planungskapazitäten tun. Diese Koalition wird Sorge dafür tragen, dass die Investitionsprogramme, die wir auflegen, tatsächlich in die Realität umgesetzt werden können. Deswegen wird es nötig sein, zusätzliches Personal beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr einzustellen und die noch offenen Stellen tatsächlich zu besetzen. Da haben wir ein Problem, das wissen wir. Deshalb setzen wir beim Bauingenieurwesen an und starten jetzt einen Studiengang an der Fachhochschule Kiel. Übrigens, meine Damen und Herren von der SPD: Auch in Lübeck wird es mehr Studienplätze in dem Bereich geben. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Frau Pauls, da Ihnen das Thema so wichtig ist, wie ich festgestellt habe: Wir werden dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr eine Perspektive geben. Das wurde im Wirtschaftsausschuss einstimmig beschlossen. Die Bundesstraßen werden weitestgehend beim Land bleiben. Über 15 %, die perspektivisch zur Autobahn werden, werden wir mit dem Bund sprechen. Wenn der Bund es denn zulässt, werden die Bundesstraßen zum 1. Januar 2020 an die Bundesinfrastrukturgesellschaft übergeben. Damit haben wir Klarheit für viele hundert Beschäftigte im LBV geschaffen. Die Verunsicherung kam durch Ihren Beschluss, nicht durch unseren.

(Lachen Birte Pauls [SPD])

- Da mögen Sie lachen, weil Sie es nicht besser wissen.

(Beifall FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Ich erkläre Ihnen das nachher gern noch einmal, Frau Pauls.

Wir werden den öffentlichen Nahverkehr mit Bus und Bahn im Land voranbringen. Da gibt es viel zu tun. Der ÖPNV erfüllt eine wichtige Funktion als umweltfreundlicher Verkehrsträger für die ganze Bevölkerung und kann unsere verstopften Straßen spürbar entlasten. Deshalb werden wir die Regionalisierungsmittel des Bundes - und im Übrigen auch Landesmittel - im verstärkten Maße für Investitionen und Qualitätssteigerung in diesem Bereich einsetzen - WLAN in Bussen und Bahnen und so weiter.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wortmeldung Dr. Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, ich habe schon so lange gesprochen, und erst jetzt melden Sie sich. Ich bin wirklich enttäuscht.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Kollege Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Na gut.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Vogt! Sie haben eben gesagt, wir könnten keine Haushaltspläne lesen.

(Zuruf CDU: Wo er recht hat, hat er recht!)

(Christopher Vogt)

Ich wüsste gern, ob 61 Millionen € - das ist das, was Sie insgesamt für Straßen ausgeben - mehr oder weniger als 80 Millionen € sind, die wir angesetzt hatten. Wir vergleichen die beiden letzten Haushaltsjahre und den Entwurf des Haushalts für 2018. 61 Millionen € - Sie wissen, die Brücke in Lindaunis ist in der Gesamtrechnung mit drin. Sind 61 Millionen € mehr oder weniger als 80 Millionen €? Das wüsste ich gern von Ihnen, es ist eine relativ einfache Frage an einem Morgen wie heute. Vielleicht können Sie mir die netterweise beantworten.

- Herr Dr. Stegner, Sie müssen alle Titel berücksichtigen, dann gibt es ein Gesamtbild.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ist das Ihre Antwort?)

- Ja, Herr Dr. Stegner, noch einmal: Dass man ehemaligen Finanzministern jetzt schon die Zahlen im Haushaltsentwurf zeigen muss, ist wirklich betrüblich.

(Heiterkeit FDP)

Sie haben heute viele Sorgen geäußert. Meine Sorge ist der Zustand dieser Opposition. Der einzige Lichtblick ist mittlerweile der SSW.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Kollege Vogt, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Aber selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es ist eher eine Bemerkung, Herr Kollege Vogt. Sie wissen ja: Vorfreude ist die schönste Freude. Ich meine jetzt nicht Ihre Wahl morgen. Ich will Ihnen die Vorfreude gönnen auf den Beitrag der Kollegin Raudies, die Ihnen nachher im Detail die Titel zusammenzählen wird.

(Lachen CDU und FDP)

Meine Erwartung an einen so ehrlichen Parlamentarier wie Sie ist, dass Sie sich nachher dafür entschuldigen, dass Sie Unfug geredet haben.

(Vereinzelter Beifall SPD - Unruhe CDU und FDP)

- Wenn Sie mir schon mit Frau Raudies drohen: Mir schlottern wirklich die Knie!

(Zurufe CDU)

Kommen wir weg vom Karneval zurück zur ernsthaften Haushaltsdebatte. Auch bei den Hochschulen - -

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Ja, das ist die Frage, von welcher Seite es ausging. Auch bei den Hochschulen - -

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Herr Kollege Dolgner, darf ich den Satz noch einmal anfangen? Auch bei den Hochschulen und Krankenhäusern im Land gibt es einen enormen Investitionsbedarf. Wenn wir weltbeste Bildung und erstklassige Gesundheitsversorgung verwirklichen wollen, müssen wir auch die baulichen Voraussetzungen dafür schaffen und die nötigen Finanzmittel für diese Bereiche dauerhaft sicherstellen, indem wir unsere Haushaltsüberschüsse konsequent in das Sondervermögen IMPULS übertragen. Herr Dr. Stegner, hören Sie zu!

Im nächsten Jahr wird IMPULS mit rund 211 Millionen € einen substanziellen Beitrag zum Abbau des Sanierungsstaus leisten, den Sie uns hinterlassen haben. Doch es reicht nicht aus, das Geld einfach nur zur Verfügung zu stellen, man muss es auch effektiv einsetzen können. Wir werden den Mittelabfluss zukünftig flexibler gestalten können und mit einer Taskforce, über die wir in zweiter Lesung hier auch beraten, ein wirksames Controlling sicherstellen. Ich bin überzeugt, dass wir bei der Umsetzung des IMPULS-Programms deutlich zügiger Fortschritte machen werden. Mit diesem Haushalt erreichen wir eine Investitionsquote von 9 % und damit ein Niveau, das wir zuletzt im Jahr 2011, also zum Zeitpunkt der Konjunkturprogramme des Bundes, hatten, wo wir insgesamt einen deutlich kleineren Haushalt hatten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Nun hat uns vor allem die SPD zu Regierungszeiten immer wieder erklärt, dass die Investitionsquote nicht richtig aussagekräftig sei, weil sie viele Dinge nicht berücksichtige, die auch wichtig seien, wie zum Beispiel Lehrer. Das ist natürlich im Grundsatz richtig: Jede neue Lehrerstelle verringert erst einmal die Investitionsquote. Wir zeigen aber mit unserem Haushalt, dass beides zusammen geht: Wir haben eine deutlich höhere Investitionsquote und geben über 1 Milliarde € für Investitionen aus. Wir steigern trotzdem die Ausgaben im Bereich der Bil-

(Christopher Vogt)

zung. Das eine schließt das andere also nicht aus. Es geht beides, wenn man die richtigen Schwerpunkte setzt.

Ich möchte ein paar Projekte in diesem Bereich ansprechen. Das erste ist eines, das Minister Garg schon in den ersten Monaten energisch vorangetrieben hat: die Kita-Reform. In den kommenden Jahren werden wir im engen Austausch mit Kommunen, Trägern und Eltern die Grundpfeiler eines neuen, transparenten Finanzierungssystems erarbeiten. Hierbei werden wir sowohl die Eltern als auch die Kommunen finanziell stärker unterstützen, und zwar in einem Gesamtumfang von 246 Millionen € bis 2020. Herr Dr. Stegner, hören Sie gut zu! Sie haben hier ernsthaft behauptet, im Kita-Bereich käme bei den Eltern nichts an, bei den Kommunen und bei den Trägern käme nichts an. Alle drei Aussagen von Ihnen waren falsch.

(Beifall FDP und CDU)

Weitere 210 Millionen € sollen in Maßnahmen zur Steigerung der Qualität im Laufe der Wahlperiode fließen. Bereits im kommenden Jahr werden wir unter anderem in die zweite Nachmittagskraft investieren. Die Gewinner dieser grundlegenden Kita-Reform werden nicht nur die Kinder sein, sondern natürlich auch ihre Eltern, die Familie und Beruf künftig besser miteinander vereinbaren können.

Extrem wichtig sind uns auch die Schulen - übrigens alle Schulen, Herr Dr. Stegner. Wir verzichten auf den Abbau von 495 Lehrerstellen und nähern uns damit dem wichtigen Ziel einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung. Zum anderen verbessern wir mit 395 zusätzlichen Planstellen die Grundschulbildung und ermöglichen die bessere Integration zugewanderter Kinder und Jugendlicher. Wir sorgen mit zusätzlichen Sonderpädagogen dafür, dass die Inklusion besser funktionieren kann. Das ist natürlich ein wichtiges Thema. Wir haben also insgesamt 890 Lehrerstellen mehr, als 2018 ursprünglich vorgesehen war. Das können Sie mir ruhig glauben, Herr Dr. Stegner. Das kostet im nächsten Jahr zunächst 19,6 Millionen €. Das läuft dann natürlich auf, ist aber extrem gut investiertes Geld in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall FDP)

Unsere Schulen sollen Lernorte sein, in denen jedes Kind die jeweils richtige Förderung bekommt. Aus seinen Talenten das Beste machen zu können, bedeutet auch, dass wir neben den lernschwachen Kindern auch die besonders begabten Kinder besser fördern. Beides ist uns sehr wichtig. Dafür werden wir mehr Geld ausgeben. Wir werden auch den

MINT-Bereich stärken. Herr Dr. Stegner, die Drohung, dass Sie sich morgen vor die Gemeinschaftsschulen stellen, fand ich bemerkenswert.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Die armen Schüler!)

Dass Sie so tun, als würden die Gemeinschaftsschulen geschwächt, als würden wir einige Schulformen diskriminieren und andere bevorzugen - diese Zeiten sind nun wirklich vorbei, Herr Dr. Stegner. Den Klassenkampf können Sie behalten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden auch die berufliche Ausbildung stärken, um die uns die ganze Welt in Wahrheit beneidet, und wir werden sie noch besser mit der Arbeitswelt verzahnen. Deswegen treiben wir die bereits von der Vorgängerregierung - es war ja nicht alles schlecht, Herr Dr. Stegner, das erkennen wir an - initiierte Gründung eines Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung - kurz SHIBB - voran. Wir werden dieses personell besser ausstatten als bisher geplant und ganz bewusst im Wirtschaftsministerium ansiedeln. Das halten wir für einen richtigen Schritt, um im engen Austausch mit unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft den Nachwuchs qualifiziert und bedarfsgerecht auszubilden. Die Kritik am SHIBB

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: An der Konstellation!)

- an der Konstellation, Frau Kollegin -, wir wollten die Ausbildung durchökonomisieren oder Bildungsministeriumsschulen und Wirtschaftsministeriumsschulen schaffen - das ist alles Unsinn, das ist ein Popanz, den die SPD da aufbaut. Die Allgemeinbildung wird ihren Stellenwert an den beruflichen Schulen selbstverständlich behalten. Für uns bedeutet Bildung viel mehr als nur eine Jobgarantie oder so etwas in der Art, sie ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, und das werden wir stärken und nicht schwächen.

(Beifall FDP, CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil uns Bildung und Forschung so wichtig sind, werden wir knapp 21 Millionen € mehr für die Hochschulen und die Wissenschaft zur Verfügung stellen. Die Hochschulen sind in unserer Gesellschaft schließlich die Zentren für die geistigen und technischen Innovationen, die wir für den Erhalt unserer Freiheit und unseres Wohlstandes dringend brauchen. Wir werden Schleswig-Holstein noch

(Christopher Vogt)

mehr zu einem echten Gründerland machen. Deswegen werden wir die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und gemeinsam mit den Hochschulen auch den Wissens- und Technologietransfer verbessern.

Mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz können wir viel erreichen, indem wir die Tourismusförderung aufstocken. Auch das ist ein wichtiges Feld. Der Tourismus ist und bleibt ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor gerade für den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein. Beim Tourismusmarketing hinken wir im Vergleich zu anderen Bundesländern doch arg hinterher. Deswegen ist auch da eine Erhöhung wichtig. Im Übrigen ist aus meiner Sicht auch eine Stärkung abseits der starken Küsten an Nord- und Ostsee notwendig; das Binnenland bietet noch sehr viel Potenzial für den nationalen und internationalen Markt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Bei all den Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft und Bildung dürfen wir eine wichtige Kernaufgabe des Staates nicht vergessen: Ein funktionierendes Justizsystem und eine gut ausgestattete Polizei sind von elementarer Bedeutung für die Wahrung individueller Freiheit und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen in unserem Bundesland. Von der Durchsetzung geltenden Rechts hängen das langfristige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Staat und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ab. Kriminalität und politischer Extremismus beunruhigen nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger, sondern fordern unsere rechtsstaatlichen Institutionen heraus, wie wir an verschiedenen Stellen merken mussten. Ich nenne nur den G-20-Gipfel im vergangenen Jahr.

Deswegen stärkt die Jamaika-Koalition unserer Justiz und Polizei den Rücken. Das untermauern wir nicht nur mit Worten, sondern auch mit konkreten Taten, indem wir beispielsweise die personellen Ressourcen von Gerichten und Staatsanwaltschaften aufstocken werden. Dazu gehören neue Stellen für Staatsanwälte mit dem Schwerpunkt Terrorismusbekämpfung und Islamismus beim Generalstaatsanwalt oder auch bei der für Staatsschutzsachen zuständigen Staatsanwaltschaft in Flensburg. Auch bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit wird es einen personellen Zuwachs geben. Wir wollen dafür sorgen, dass die vielen Asylverfahren schnell bewältigt werden können. Frühzeitige Klarheit über eine Bleibeperspektive erleichtert die Integration. Wir wollen sicherstellen, dass die Rechtswege nicht verlangsamt werden. Der Rechtsstaat gilt schließ-

lich für alle und muss da sein, wenn er gebraucht wird.

(Beifall FDP und CDU)

Insofern ist auch das uns wichtig gewesen. Wir packen aber auch die Probleme im Justizvollzug an. Auch da gibt es Bedarf. Deswegen steuern wir auch dort nach.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die öffentliche Ordnung, die in Gerichtssälen und Gefängnissen hergestellt wird, sondern es geht auch darum, wie wir das vor Ort machen. Deshalb halten wir unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein und stellen 500 zusätzliche Polizisten bis zum Ende der Wahlperiode zur Verfügung. Wichtig ist uns auch der Erhalt von kleineren Polizeistationen im ländlichen Raum. Ich komme selbst aus einer kleinen Gemeinde im Lauenburgischen. Es darf aus meiner Sicht nicht der fatale Eindruck entstehen, der Rechtsstaat würde sich in irgendeiner Form aus der Fläche zurückziehen. Das müssen wir unterbinden.

(Beifall FDP und CDU)

Die Polizei muss für die Bürgerinnen und Bürger gut ansprechbar sein. Das gilt ganz besonders auch für die vielen ehrenamtlich Engagierten, zum Beispiel in den Feuerwehren. Wir werden - das wurde schon gesagt - im kommenden Jahr die Erschwereniszulage erhöhen. Angemessene Entschädigungen für den Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienst sind nicht zuletzt ein Zeichen der Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten, die für uns jeden Tag im Einsatz sind und es zum Teil sehr schwer haben. Wir freuen uns auch sehr, dass im Haushaltsentwurf 1 Million € für digitale Endgeräte der Polizei veranschlagt sind. Wir müssen unsere Polizei auch technisch ins 21. Jahrhundert bringen. Daran hapert es bisher noch.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit diesem Haushaltsentwurf stellt die Jamaika-Koalition ihren Willen unter Beweis, die Lebenschancen und die Lebensqualität der Menschen in Schleswig-Holstein spürbar zu verbessern. Wir werden unser Land in den nächsten Jahren wirtschaftlich stärken und die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung unserer Dörfer und Städte schaffen. Es ist schließlich kein Naturgesetz, dass wirtschaftliche Entwicklung vor allem im Süden der Republik stattfinden muss. Wir werden unser Land zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland machen, auch auf die Industriepolitik schauen, die

(Christopher Vogt)

man so lange nicht im Blick hatte, und natürlich auf Gründer und Start-ups. Ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn die glücklichsten Deutschen auch noch mehr Lebenschancen und mehr Wohlstand genießen könnten und gerade junge Menschen mehr berufliche Perspektiven im Land hätten und nicht nach dem Abitur oder Studium in andere Bundesländer ziehen müssen, wie es leider allzu oft passiert.

Die richtige Schwerpunktsetzung erfordert in diesen Zeiten, Ausgaben klug gegeneinander abzuwägen und den Realitäten ins Auge zu schauen. Das fiel den Sozialdemokraten öfter schwer. Ich erzähle Ihnen nichts Neues. Herr Dr. Stegner, Ihre bisherigen Vorschläge sind zwar allesamt nicht gerade kostengünstig, aber politisch ziemlich billig.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

- Herr Kollege, Ihre Vorgehensweise ist billig. - Ich finde es ziemlich entlarvend, dass Sie wenige Monate nach Ihrer Abwahl sagen, jetzt müsse endlich mal das Weihnachtsgeld für Beamte schrittweise, aber vollständig wieder eingeführt werden. Das finde ich interessant. Der Kollege Rother, den ich sehr schätze, hat die Pressemitteilung der SPD-Fraktion allen Ernstes damit überschrieben: Die SPD hält Wort.

(Heiterkeit FDP und CDU)

Das ist schon spannend. Auch ich bin zwar grundsätzlich ein Freund davon, dass wir die damalige Zusage an die Beamten nicht vergessen. Auch wenn es andere Regierungen gemacht haben, bin ich ein Freund davon, dass man sich daran hält. Über den Soli wurde schon an anderer Stelle gesprochen, wie glaubwürdig Politik ist. Aber so weit sind wir aus unserer Sicht bei den Landesfinanzen leider noch nicht. Herr Dr. Stegner, auch wenn Sie die Zusage gemacht haben, muss man das ernst nehmen. Aber auch da haben Sie leider wieder Unsinn erzählt. Daniel Günther war 2007 nach meiner Kenntnis noch nicht Mitglied des Landtags. Sie sollten sich einmal ein bisschen genauer mit den Fakten beschäftigen.

Das Agieren der SPD-Opposition ist geprägt von großem Gratismut, wenn ich das einmal so ausdrücken darf. Sie machen es sich in der Opposition richtig schön gemütlich und stellen sich offensichtlich auf eine lange Zeit auf der Oppositionsbank ein. Wir sind auf jeden Fall sehr gespannt auf Ihre Finanzierungsvorschläge. Das wird wirklich schön, was da im Laufe der nächsten Wochen von Ihnen kommt. Nicht nur beim Thema Weihnachtsgeld, sondern auch bei der Kompensation beim Thema

Straßenausbaubeiträge und auch ganz besonders beim Thema frühkindliche Bildung, wo Sie gesagt haben, das sei gar nichts, die halbe Milliarde in fünf Jahren sei quasi nichts. Ich bin gespannt, wie Sie das toppen und finanzieren werden. Darauf freue ich mich schon. Dann werden wir auch sehen, wie Sie es gegenfinanzieren. Dann wird es wirklich lustig, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass die SPD-Fraktion auch noch nicht vergessen hat, dass man konjunkturelle Mehreinnahmen für die Tilgung von Altschulden verwenden muss und nicht so ausgeben kann, wie Sie das hier vorführen.

Meine Damen und Herren, ich finde Ihren Gesetzentwurf zum Thema Weihnachtsgeld wirklich spannend, und auch Ihre Diktion ist interessant. Sie reden dort von der zustehenden Wertschätzung und Anerkennung für die Beamtinnen und Beamte. Ich nehme das ernst, was Sie aufschreiben. Das heißt, in den letzten Jahren haben Sie die nicht wertgeschätzt und das nicht anerkannt, was sie gemacht haben? Ist es Zufall, dass der Gesetzentwurf jetzt kommt? Herr Dr. Stegner, die Nummer ist ein bisschen einfach, das wird Ihnen noch auf die Füße fallen.

Wir helfen zunächst lieber dort, wo die Beamtinnen und Beamte der Schuh besonders drückt, und das ist die Arbeitsbelastung. Deshalb schaffen wir in verschiedenen Bereichen viele neue Stellen. Wir sagen ganz deutlich: Das hat für uns Priorität vor einer vollständigen Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes.

(Beifall FDP, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer meint, die Jamaika-Koalition sei nur zum kleinsten gemeinsamen Nenner fähig - das haben auch Sie immer wieder behauptet -, wird mit diesem Haushaltsentwurf eines Besseren belehrt. Wir sind zwar sehr unterschiedliche Parteien - werden das auch bleiben, wenn ich die Diskussionen verfolge, das ist auch in Ordnung -, aber wir teilen eine klare gemeinsame Vision für Schleswig-Holstein, das zugleich ökologisch und wirtschaftlich stark sein kann, das die Tatkraft der Menschen in unserem Land fördert und das vor allem mutig und optimistisch ist. Das wünsche ich übrigens allen Menschen auch hier in diesem Hohen Hause, Herr Dr. Stegner: Mut und Optimismus - ich glaube, das ist die richtige Herangehensweise, um unser Land stärker zu machen.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

Wir verbinden hier einen strukturell ausgeglichenen Haushalt mit enormen Investitionen in die Bildung und in unsere Infrastruktur, damit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes optimistisch in die Zukunft blicken können. Alle drei Regierungspartner haben dabei ihre verschiedenen Vorstellungen eingebracht. Ich finde, das haben wir sehr seriös und vertrauensvoll zusammengebunden. Ich freue mich auf die nächsten Wochen der Haushaltsberatungen. Die Mehrheit hier im Hohen Hause wird diesen Entwurf, der aus meiner Sicht ein gelungenes Gesamtkunstwerk ist, noch einen Tick weiter verbessern. Darauf freue ich mich. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam die Bürgervorsteherin der Stadt Glücksburg, Dagmar Jonas, auf der Besuchertribüne. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Und wir begrüßen auf der Besuchertribüne ganz herzlich den Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Sven Tode mit Begleitung.

(Beifall)

Nun hat für die AfD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Nach dem Festival der Plattitüden von Herrn Dr. Stegner liegt es jetzt wohl an mir, eine echte Oppositionsrede zum Landeshaushalt 2018 zu halten.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Eine bekannte Liedzeile lautet: „Das bisschen Haushalt macht sich von allein“, sagt mein Mann!“. Ich bin zwar nicht der Mann von Frau Heinold, aber ein Haushalt bei Niedrigzinsen, 5,5 % Mehreinnahmen und brummender Konjunktur macht sich wirklich fast von allein - könnte man meinen. Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt allerdings deutlich, wie sich diese Landesregierung nicht nur beim Koalitionsnamen, sondern auch beim Haushalten Anleihen in der Karibik genommen hat. Die am schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsprodukt

gemessene gesamtstaatliche Schuldenquote aus Kapitalmarktschulden und sonstigen Verpflichtungen des Landes beträgt insgesamt rund 120 % des Bruttoinlandsprodukts und liegt damit schon heute und jetzt über der Schuldenquote des Staates Jamaika. Zur Information: Jamaika hatte Ende 2016 eine Schuldenquote von 118,9 % - nachzulesen auf der Web-Seite des Auswärtigen Amtes. Wir sehen an diesem Haushaltsentwurf: Karibische Haushaltsführung funktioniert nicht.

Trotz aller Freude über die deutlichen Mehreinnahmen dürfen wir als dem Steuerzahler verpflichtete Parlamentarier nicht vergessen, wo wir derzeit wirklich stehen. Das Land Schleswig-Holstein ist hoch verschuldet. Dabei sind die zukünftigen Belastungen aus dem Verkauf der HSH Nordbank noch nicht einmal eingerechnet. Eine sinnvolle Verwendung der Haushaltsmittel bei gleichzeitiger Schuldentilgung sollte also das Gebot der Stunde sein, um ein karibisches Laissez-faire in der Haushaltspolitik zu vermeiden.

(Beifall AfD)

Die Verbindlichkeiten, die wir den nachfolgenden Generationen im Land hinterlassen, sind jetzt schon immens und seit Kurzem wieder auf der Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler im Eingangsbereich dieses Hauses abzulesen. Über 26,3 Milliarden € Verschuldung allein im Kernhaushalt: Pro Kopf macht das eine Verschuldung von über 9.200 €.

Die Zukunftsfähigkeit des Landes lässt sich nur durch einen Zweiklang sicherstellen: haushaltspolitische Stabilität als Basis einerseits und eine moderne, wettbewerbsfähige Infrastruktur andererseits.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die deutlich gestiegene Investitionsquote, aber rügen die im Verhältnis zu den Mehreinnahmen recht geringe Schuldentilgung. Wir sind der Meinung: Hier wäre durchaus etwas mehr drin gewesen, wenn das Land schon einen zusätzlichen Geldregen erhält.

(Beifall AfD)

Es reicht auch nicht aus, eine ordentliche Investitionsquote zu planen, wir haben es heute schon gehört: Sie müssen die geplanten Investitionen dann auch tatsächlich tätigen und auch tätigen können. Da begannen in der Vergangenheit die Probleme: Geld stand bereit, aber es fehlte an Planungs- und Umsetzungskapazitäten. IMPULS 2030 ist vorerst nicht viel mehr als ein großes Sparschwein. Sie füllen dieses Sparschwein, und wie jedermann weiß: Gefüllte Sparschweine wecken Begehrlichkeiten. In

(Jörg Nobis)

der Tat: Schon in den vergangenen Wochen wollten diverse hier vertretene Fraktionen dem Sparschwein mit dem Hammer zu Leibe rücken. Jeder hatte sein eigenes kleines Lieblingsprojekt, das gern noch aus diesem Topf bezahlt werden sollte.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die Aufhebung der Kappung im Sondervermögen IMPULS 2030 kritisch. Wir befürworten und unterstützen eine Modernisierung der Infrastruktur im Land. Der Prozess muss aber stets der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden.

Wir sehen insbesondere kritisch, dass in diesem Sondervermögen völlig unterschiedliche Projekte bedacht werden, bei denen nicht klar ist, warum sie nicht separat finanziert werden. Schuldenabbau und Investitionen stehen oft in einem Zielkonflikt, schließen sich aber nicht aus, ganz im Gegenteil. Beides ist notwendig, um endlich wieder Generationengerechtigkeit herzustellen. Uns ist aber wichtig, hierbei Augenmaß zu beweisen. Nicht jede Investition in irgendein Infrastrukturprojekt ist zukunfts-gewandt.

(Beifall AfD)

Bei 26,3 Milliarden € Schuldenstand und der von Ihnen aktuell ins Auge gefassten Schuldentilgung von 185 Millionen € würde das Land erst in 142 Jahren schuldenfrei sein - Frau von Kalben hat das eben schon gesagt -, aber auch nur dauerhaft gute Konjunktur und Niedrigzinsen vorausgesetzt. Das ist natürlich völlig illusorisch, und das wissen Sie auch. Diese Rechnung berücksichtigt noch nicht einmal die Risiken aus dem HSH-Desaster. 5 Milliarden bis 8 Milliarden € zusätzliche Schulden stehen hier als Risiko Ihrer eigenen Aussage nach im Raum.

Wir erkennen die Bemühungen der Landesregierung und insbesondere des Finanzministeriums an, das Desaster der HSH Nordbank so schonend für das Land abzuwickeln wie irgend möglich. Wir haben es hier mit den Folgen früherer Fehlentscheidungen und dem konsequenten Wegschauen früherer Landesregierungen zu tun. Die damaligen Aufsichtsräte sind ihrer Verantwortung in einem unfassbaren Maß nicht gerecht geworden.

(Beifall AfD)

Die wesentlichen Fehlentwicklungen sind dabei - auch das gehört zu einem transparenten Umgang dazu - von rot-grünen Landesregierungen teils mitgetragen, teils ignoriert worden. Umso wichtiger ist es, heute verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert zu handeln.

Vor diesem Hintergrund verwundert die relativ niedrige und spät wirksame Risikovorsorge für den Themenkomplex HSH. Ihre Risikovorsorge soll erst ab 2019 auch eine Vorsorge für den Bereich HSH Nordbank enthalten. Der Umfang soll erst im Jahr 2022 insgesamt gerade einmal 215 Millionen € betragen - wohlgerne für alle nicht konkret vorhersehbaren Risiken im Haushalt. Bereits ohne die HSH-Risiken sind hier 2018 schon 45 Millionen € vorgesehen. Aber allein der Garantieanteil Schleswig-Holsteins beträgt bekanntlich 5 Milliarden €.

Frau Ministerin Heinold, Ihre Risikovorsorge setzt zu spät ein, und sie ist zu gering angesetzt. Jeder bilanzierende Kaufmann ist verpflichtet, Rückstellungen für bestehende Risiken zu bilden. Sie kommen darum herum, weil Sie in der kameralistischen Buchführung Risiken viel leichter ausblenden können. Die Wirklichkeit lässt sich aber nicht dauerhaft ausblenden. Früher oder später belasten die heute leichtfertig ausgeblendeten Risiken und zukünftigen Verbindlichkeiten auch ganz real den Haushalt in unserem Land.

Die HSH Nordbank, ein nach wie vor bestehender Investitionsstau in vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur und nicht zu vergessen die Pensionslasten, die Sie, Frau Ministerin, als ordentliche Kauffrau schon heute in einer Landesbilanz abbilden müssten - mit anderen Worten: Was Sie hier betreiben, Frau Ministerin, ist eine Mischung aus Augenwischerei und Realitätsverweigerung.

(Beifall AfD)

Sie präsentieren heute vermeintlich gute Zahlen, die schöne Fassade bröckelt aber gewaltig. Aus der Perspektive eines gewissenhaften Kaufmanns und besorgten Steuerzahlers kann ich Ihnen nur sagen: Sie gaukeln der Öffentlichkeit rosige Zeiten vor, doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Sie reden nur über den Teil des Eisbergs, der über der Wasserlinie sichtbar ist. Der weitaus größere Teil ist aber unter Wasser, und so ist es auch hier.

Lassen Sie uns nun einen näheren Blick auf diesen Eisberg werfen. Selbst das, was schon jetzt zu sehen ist, wirft nämlich Fragen auf und zeigt, dass diese Landesregierung zwar gut in Eigen-PR, aber nicht besonders gut darin ist, die Probleme im Land wirklich und grundlegend zu erkennen und anzupacken.

(Beifall AfD)

Frau Ministerin Heinold, gemäß Bildungsmonitor belegt Schleswig-Holstein im Gesamtranking einen schlechten 13. Platz. Nur NRW, Brandenburg und

(Jörg Nobis)

Berlin sind noch schlechter. Beim Beitrag des Bildungssystems zur Ausbildung des akademischen Nachwuchses, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, belegt Schleswig-Holstein einen schlechten letzten Platz im bundesdeutschen Vergleich.

Dieser wichtige Bereich soll nun mit 260.000 € - Zitat! - „wirkungsvoll unterstützt werden“, wie es das Ministerium selber formuliert. Dabei ist dieser Beitrag nicht mehr als der berühmte Tropfen aus dem heißen Stein. Da sollte man jetzt meinen, die Regierung würde eine große Bildungsoffensive anstoßen. - Leider weit gefehlt. Bei den Bildungsausgaben sind wir derzeit vielmehr sogar Schlusslicht in ganz Deutschland, Platz 16 bei den Bildungsausgaben pro Schüler mit bislang lediglich 6.300 € je Schüler.

Geld allein löst natürlich keine Probleme, aber ohne Geld löst man erst recht keine Probleme. Eine echte Bildungsoffensive in unserem Land täte wirklich not.

(Beifall AfD)

Doch in Ihrem Gesamtkunstwerk Haushaltsentwurf 2018 lässt sich eine solche Bildungsoffensive leider nicht erkennen.

Im Einzelnen: Ihrer Presseerklärung war zu entnehmen, dass ein zentraler Punkt die Schaffung von 395 neuen Lehrerstellen im nächsten Jahr sei. Doch machen wir einmal den Faktencheck: Sie wollen 40 neue Stellen an Grundschulen, 70 neue Stellen an Förderzentren zur Stärkung der Inklusion, 20 neue Stellen an berufsbildenden Schulen und 265 neue Stellen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung schaffen. Letzteres klingt nach einer Lehrerververtretungsfeuerwehr, um dem Unterrichtsausfall entgegenzuwirken. Das klingt ja sinnvoll, aber wo sollen diese Stellen tatsächlich eingesetzt werden? - Im Kleingedruckten erfahren wir es dann: Sie wollen hiermit Deutsch als Zweitsprache stärken. Ich übersetze das einmal für all diejenigen, die Politsprech nur als Zweitsprache beherrschen: Hier soll im Sprachförderunterricht Flüchtlingskindern Deutsch beigebracht werden. Das ist zwar einerseits sinnvoll und richtig, aber andererseits doch nur die direkte Folge einer falschen Politik der offenen Grenzen, die Frau Merkel vor drei Jahren begonnen hat.

(Vereinzelter Beifall AfD - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also versuchen Sie doch bitte nicht, uns diese notwendigen Konsequenzen als eine Stärkung des re-

gulären Bildungssystems zu verkaufen, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Die Regelschulen profitieren hiervon nicht. Sie werden bestenfalls weniger belastet. Auch die Stärkung der Förderzentren ist letztlich in weiten Teilen eine Reaktion auf die Migrationskrise. Das Schulsystem wird - -

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da kommt man ins Stocken! - Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Schulsystem wird durch Schüler belastet, die kulturell und sprachlich oft nicht in den regulären Schulbetrieb integriert werden können. Sie versuchen nun, dies mit viel Mitteleinsatz auszubügeln.

In erster Linie wollen Sie die Menschen im Land an der Nase herumführen. Sie sprechen von einer Bildungsoffensive, die nicht im Ansatz eine Offensive ist. Sie verbreiten Fake-News, Frau Ministerin. Denn es stimmt zwar, dass 395 neue Stellen für Lehrkräfte geschaffen werden sollen, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Sie lassen nämlich völlig unerwähnt, dass in diesem Jahr 2017 77 Stellen an Gymnasien, 288 Stellen an Gemeinschaftsschulen und andere Stellen aufgrund der Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zum 31. Juli 2017 weggefallen sind. Betrachten wir den Gesamtsaldo an Stellen für Lehrkräfte, stellt man nämlich fest, dass es am Ende gerade einmal 24 zusätzliche Stellen im Vergleich zum Beginn 2017 geben soll. Das sind Fake-News: 395 neue Stellen. Das sind die Stellen, die vorher in diesem Jahr abgeschafft worden sind.

(Vereinzelter Beifall AfD - Dennys Bornhöft [FDP]: Wir reden über den 2018er-Haushalt!)

Natürlich wissen wir um die insgesamt leicht gesunkenen Schülerzahlen und den deshalb laut Stellenzuteilungsplänen eigentlich vorgesehenen Stellenabbau. Solange aber schon die theoretische Unterrichtsversorgung nicht einmal zu 100 % erreicht wird, bleiben die Maßnahmen wieder ein Tropfen auf dem heißen Stein. Im Zeitraum 2015 bis 2017 hat sich der Unterrichtsausfall weiter verstärkt. 2 % aller Unterrichtsstunden fallen ersatzlos aus, und der Anteil der nicht planmäßig erteilten Unterrichtsstunden, also der Vertretungsunterricht, hat sich auf 7,5 % deutlich erhöht. An den berufsbildenden Schulen ist die Unterrichtsversorgung mit 91 % noch schlechter. Frau Heinold, angesichts der

(Jörg Nobis)

Mehreinnahmen hätte ich mir im Bildungsbereich noch deutlich mehr gewünscht.

(Beifall AfD)

Eine Bildungsoffensive ist das jedenfalls nicht. Mit Ihrer Politik der schönen Worte ist es kein Wunder, dass wir in den vorhin genannten Vergleichswerten des Bildungsmonitors so miserabel abschneiden.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tun wir gar nicht!)

Mit Ihrer Politik des schönen Scheins wird sich daran auch nichts ändern. Hochschule und MINT: 16. Platz. Förderinfrastruktur: 15. Platz. Betreuungsbedingungen: 15. Platz. Internationalisierung: 14. Platz. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

In der Bildungspolitik gehe ich zumindest davon aus, dass Sie auch keinen Spaß daran haben, am laufenden Band diese schlechten Vergleichsplatzierungen einzufahren. In diesem Sinne besteht hier im Haus vermutlich ein ungefähr deckungsgleiches Problembewusstsein - bei allen unterschiedlichen Auffassungen im Detail.

In einem anderen Aufgabenbereich geht die Landesregierung hingegen von völlig falschen Grundvoraussetzungen aus. Im Aufgabenbereich Asyl und Integration veranschlagen Sie 468 Millionen €. Sie, sehr geehrte Frau Heinold, haben dazu im Oktober 2017 gesagt, dies sei angesichts der Haushaltsenge eine gewaltige solidarische Leistung. - Nein, Frau Ministerin, das ist keine gewaltige solidarische Leistung, das ist ein gewaltiger politischer Unfug. Die Integration aller derzeit in Deutschland registrierten Flüchtlinge, unabhängig davon, ob sie einen Anspruch auf Asyl haben, kann und darf nicht das Ziel sein.

(Widerspruch Lars Harms [SSW])

Bereits heute steht fest, dass die ganz überwiegende Anzahl der Asylbewerber hier keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus erhalten wird. Es ist daher vielmehr dringend geboten, die Asylbewerber und Flüchtlinge möglichst schnell auf die Heimkehr oder Rückkehr in ihre Heimatländer vorzubereiten und sie dann auch dorthin zurückzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall Claus Schaffer [AfD] - Dennys Bornhöft [FDP]: Ist das Ihr Haushaltsbeitrag? - Martin Habersaat [SPD]: Das ist nur peinlich, Herr Nobis!)

- Dann gehen Sie doch raus, Herr Habersaat, Sie müssen nicht hier sein.

(Thomas Hölck [SPD]: Sie können auch aufhören zu reden, Sie müssen hier nicht reden!)

Unsere Integrationsbemühungen sollten sich auf diejenigen Flüchtlinge konzentrieren, die tatsächlich einen Anspruch auf Asyl haben, und natürlich auf Einwanderer, die eines Tages - nach einem noch zu schaffenden Einwanderungsgesetz - nach Deutschland kommen.

(Beifall AfD)

Und Sie befeuern diesen Irrweg auch noch, indem Sie beispielsweise für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration mit völlig zweifelhaften Erfolgsaussichten für diese Personengruppe mal eben 5 Millionen € ausgeben wollen. Sie tun damit diesen Menschen genauso wenig einen Gefallen wie unserem Land.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie belasten den Haushalt und - viel schlimmer noch - den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland.

(Thomas Hölck [SPD]: Das tun Sie! Ein Hetzer sind Sie! - Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer dauerhaft hier leben soll, also zum Beispiel anerkannte Asylbewerber oder Flüchtlinge mit Schutzstatus und langfristiger Bleibeperspektive, der soll gern in unsere Gesellschaft integriert werden. 100.000 Syrer oder Wirtschaftsmigranten aus Afrika, dem Balkan oder dem Nahen Osten gehören aber nicht zu dieser Gruppe. Eine Integration macht schlichtweg keinen Sinn, wenn in den nächsten 12 bis 36 Monaten eine Heimkehr absehbar ist.

(Beifall Claus Schaffer [AfD] - Lars Harms [SSW]: Sie sind hier nicht integriert! - Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die übergroße Mehrheit dieser Personen hat keine dauerhafte Bleibeperspektive. Für sie gilt: Integration ist ein teurer Irrweg. Remigration in die Heimatländer mit unserer Unterstützung: Das ist auf Dauer gut für die Betroffenen, gut für ihre Heimatländer und selbstverständlich auch gut für unser Land.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Zumindest das haben Sie offensichtlich auch erkannt. Dafür möchte ich Sie ganz ausdrücklich loben, Frau Ministerin. Für die Rückführung von Flüchtlingen veranschlagen Sie mit über 3,4 Millionen € für 2018 mehr als doppelt so viel wie noch in diesem Jahr. Sie begründen dies nachvollziehbar

(Jörg Nobis)

mit der deutlich angestiegenen Anzahl von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen.

Ich wage einmal eine Prognose: Für 2019 und die Folgejahre wird es hier noch weitere Steigerungen geben müssen. Sie gehen hier - wenn auch noch zaghaft - einen Schritt in die richtige Richtung. Jeder Euro für Rückführungen in die jeweilige Heimat ist gut investiert. Herzlichen Glückwunsch, Frau Heinold, zu dieser Entscheidung!

(Beifall AfD)

Bei den Kosten für Asyl und Integration wird aber auch deutlich, in welchem Umfang der Landeshaushalt von den rechtswidrigen Entscheidungen der Bundeskanzlerin und ihrer zum Glück nur noch geschäftsführenden Regierung betroffen ist. Die Belastungen für den Landeshaushalt im Bereich der Ausländer- und Migrationsangelegenheiten steigen geplant von 133,7 Millionen auf 176,9 Millionen €.

Gleichzeitig versprochen Sie, Herr Ministerpräsident, es werde mehr Geld für die Polizei ausgegeben. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Die Landesregierung plant, 2018 bei der Polizei weiter zu sparen. Die Ausgaben sinken leicht auf 403,4 Millionen € nach tatsächlichen Ausgaben von 423,9 Millionen € im Jahr 2016. Herr Ministerpräsident, Sie sind gut im Ankündigen und Versprechenmachen. In der jamaikanischen Realität kommt davon aber fast nichts an. Stärkung der Polizei? - Fehlannonce.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch die AfD klatscht nicht einmal!)

Meine Damen und Herren, es ist damit amtlich: Sie geben rund 65 Millionen € mehr für die Bewältigung der Migrationskrise aus als für die gesamte Landespolizei in Schleswig-Holstein.

(Beifall AfD)

Dabei gäbe es so viel zu tun. Die Landespolizei müsste tatsächlich gestärkt werden; personell und auch bei der technischen Ausstattung. Leider passiert auch in diesem wichtigen Bereich der inneren Sicherheit viel zu wenig.

Auf der ministerialen Führungsebene hingegen werden Stellenaufstockungen problemlos durchgewunken. Allein im Innenministerium gibt es zukünftig zwei Ministerialdirigenten und drei Ministerialräte mehr. Fakt ist: Auch 2018 werden die Bürger in Schleswig-Holstein keinen zusätzlichen Polizeibeamten auf der Straße sehen.

(Beifall AfD)

Die zusätzlichen Anwärterstellen, auf die Sie immer wieder stolz verweisen, sind löblich und finden der Sache nach auch unsere Unterstützung. Sie führen aber nicht zu einer dauerhaften Erhöhung der Personalstärke, sondern ersetzen diejenigen Polizisten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen. Und die dringend benötigte zweite Einsatzhundertschaft bleibt derweil sowieso in völlig visionärer Ferne; Umsetzung frühestens in der nächsten Legislaturperiode oder auch gar nicht.

(Beifall AfD)

Gleichzeitig bleibt eine weitere Großbaustelle: 10.800 Salafisten gibt es nach Einschätzung des Bundesamtes für den Verfassungsschutz. Ein Teil dieser islamistischen Gefährder treibt auch bei uns in Schleswig-Holstein sein Unwesen. Für dieses Aufgabengebiet stellen Sie nun neun neue Staatsanwälte ein. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber letztlich auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, wenn die Polizeistärke vor Ort nicht auch an diese Bedrohungslage angepasst wird.

Auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit wollen Sie stärken. Zu den vorhandenen 88 Richterstellen sollen 13 weitere Stellen hinzukommen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Es ist aber auch ein notwendiger Schritt. Die Verwaltungsgerichte sind von der Migrationskrise nämlich am stärksten betroffen. Die Fallzahlen steigen, die Vielzahl der Asylklageverfahren überlastet die Gerichte schon heute.

(Beifall AfD)

Jetzt heißt es, einmal ehrlich zu sein: Die gestiegenen Kosten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, aber auch weitere Bedarfe bei der Staatsanwaltschaft und dem Verfassungsschutz ebenso wie im Bildungsbereich, im Wohnungsbau und an anderen Orten sind nichts anderes als unmittelbare Folgekosten der Migrationskrise. Hier gibt es eben keine Kostenerstattungen vom Bund. Diese Kosten trägt das Land ganz allein: Unterbringungskosten, Kosten für nicht genutzte Container und andere Übersprunghandlungen aus den vergangenen zwei Jahren sind nur der Anfang. Die wahren Folgekosten werden erst peu à peu im Haushalt sichtbar werden. Sie verstecken sich in harmlos klingenden Haushaltstiteln oder gehen in größeren Sammelpositionen unter.

Als Fazit bleibt daher festzustellen: Diese Folgekosten der Asyl- und Migrationskrise, seien sie offen oder verdeckt, sind eine deutliche Belastung für den Landeshaushalt in diesem Jahr, im nächsten Jahr und auf unabsehbare Zeit, meine Damen und Herren.

(Jörg Nobis)

(Beifall AfD - Martin Habersaat [SPD]: Tausend Jahre!)

Im Ergebnis muss ich resümieren: Bei aus Haushaltssicht guten Rahmenbedingungen, hohen Einnahmen, guter Konjunktur und niedrigsten Zinsen machen Sie sicher nicht alles falsch, aber leider eben zu vieles. Der Schuldenabbau geht zu langsam voran, die Investitionen werden an der Umsetzung scheitern, in zentralen Politikfeldern packen Sie die Probleme nicht an der Wurzel. Sie nutzen stattdessen das Füllhorn, um parteipolitische Gräben mit vielen Talern zuzuschütten, und das ist zu wenig; zu wenig für den Anspruch, den ich Ihnen eigentlich unterstelle, zu wenig für unsere Kinder und Enkel, zu wenig für Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren. Unser Land hat mehr verdient als diese erratisch Geld ausgebende Baukastenregierung: karibisches Wünsch-dir-was, ein Lieblingsprojekt von Grün, ein Lieblingsprojekt von Magenta-Gelb und dann noch irgendetwas, was dem Herrn Ministerpräsident gefällt. Das bisschen Haushalt macht sich also nicht von selbst, und die gesamte Regierung trägt Schuld an der weiteren Verschleppung der Probleme in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Liebe Kolleginnen und Kollegen ich war eben zu schnell. Nun aber begrüßen wir ganz herzlich den hamburgischen Bürgerschaftsabgeordneten Sven Tode zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern aus Barmbek. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich die eigentliche Rede beginne, möchte ich etwas auf das erwidern, was der Kollege Nobis eben gerade gesagt hat, denn ich finde, man muss ganz kurz darauf eingehen. Ich finde, das war gerade eben eine Rede, die nur so vor Flüchtlingshass und Menschenhass an sich strotzte. Es war eine Rede, die darauf aufgebaut ist, die Schwächsten dieser Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, und ich finde: Ganz ehrlich, meine Damen und Herren, das ist ein widerliches Menschenbild, das wir hier niemals zulassen sollten. Wir sollten Menschen in Not weiterhin helfen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, zu Beginn möchte ich gern die Gesamtsituation des Landes beleuchten, insbesondere natürlich die Situation des Landeshaushalts. Wie schon in der letzten Wahlperiode können wir sagen, dass die Einnahmen des Landes stetig steigen, und wir können sogar feststellen, dass die Steigerungsraten tatsächlich für die nächsten Jahre sogar noch besser aussehen als je zuvor. Das kann uns natürlich alle freuen, meine Damen und Herren.

Zu erreichen, dass die Landeshaushalte schon in den letzten Jahren der Küstenkoalition mit schwarzen Zahlen abschließen konnten, war allerdings etwas schwieriger als heute. Es gab in den letzten Jahren schwarze Zahlen, trotz der immensen Aufwendungen, die wir in der Flüchtlingskrise haben stemmen müssen. 2015 und vor allem 2016 haben wir hohe dreistellige Millionensummen aufwenden müssen, um uns den Herausforderungen in dieser Frage stellen zu können; und das, und das ist ganz wichtig, ohne dass es einem einzigen Menschen in diesem Land schlechter ging als je zuvor.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, das ist eine große gesamtgesellschaftliche Leistung, die wir als Landtag, als Land, als Kommunen, als Ehrenamtliche und als Gesamtgesellschaft geleistet haben. Ich kann Ihnen sagen, darauf bin ich immer noch ganz stolz.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Ich finde nämlich, wir alle können stolz darauf zurückblicken, dass gerade Deutschland und wir als Schleswig-Holsteiner diese Herausforderung gemeistert haben. Natürlich sind wir hier noch nicht am Ende angelangt, aber ich finde, die Zwischenbilanz ist recht positiv. Inzwischen normalisiert sich die Lage wieder, und das ist natürlich auch dem Landeshaushalt anzumerken. Manche Ausgabe, die früher noch eingeplant war, kann nun wegfallen, und manches ist jetzt verstetigt, weil Integration natürlich eine dauerhafte Aufgabe noch über Jahrzehnte hinweg ist und wir hier durchaus noch Aufgaben zu bewältigen haben.

Das sage ich aus zwei Gründen deutlich: zum einen, weil wir sehen können, dass wir im Haushalt immer noch die Luft haben, hier das eine oder andere zu tun. Ich glaube, die zweite Lesung des Haushalts sollten wir durchaus dafür nutzen, um zu sehen, ob wirklich jede sinnvolle Maßnahme in diesem Bereich, also im Flüchtlingsbereich, schon aus-

(Lars Harms)

kömmlich finanziert ist oder ob wir hier noch ein bisschen nachlegen müssen. Zum anderen zeigt die finanzpolitische Entspannung im Flüchtlingsbereich bei gleichzeitig weiter markant steigenden Einnahmen für das Land, dass die neue Landesregierung weitaus größere Spielräume hat als die Vorgängerregierung. Auch das ist erst einmal nichts Schlimmes, denn es gilt, diese Spielräume klug zu nutzen. Es ist aber auch immer daran zu denken, dass die Zinsen irgendwann einmal steigen können und dass auch die Risiken der HSH-Nordbank natürlich noch nicht aus dem Weg geräumt sind. Gleichwohl: So rosig, wie die Haushaltslage heute ist, war sie noch nie. Aber wir müssen auch Vorsicht walten lassen.

Betrachten wir die Steuerschätzungen, wird dies, so glaube ich, sehr deutlich. Hatten wir noch im Jahr 2011 knapp 6,8 Milliarden € an Steuereinnahmen, so werden es im folgenden Jahr, 2018, 9,85 Milliarden sein. Das sind also rund 3 Milliarden € oder 34 % mehr Steuereinnahmen innerhalb von sieben Jahren. Das ist gewaltig, und wir alle hätten nie gedacht, dass es so kommt.

Bis 2021 sollen die Steuereinnahmen sogar auf 10,7 Milliarden € steigen. Mit so viel Luft im Haushalt konnte man bei Weitem nicht rechnen. 2015/2016 haben wir fast 1 Milliarde € für die Flüchtlingsfrage gestemmt. Auch das ist eine reife Leistung. Aber da ist jetzt auch eine Lücke im positiven Sinne entstanden, weil das Geld nicht komplett verbraucht wird. Es ist also genügend Spielraum vorhanden, allerdings - auch das muss man ehrlich sagen - nicht Spielraum für unendlich.

Im Übrigen - das ist in der Betrachtung für die zukünftige Finanzplanung vielleicht auch ganz wichtig - geht es auch den Kommunen so gut wie nie zuvor. Das wird die Kommunen natürlich freuen, heißt aber auch, dass deren Finanznot nicht mehr so groß ist, wie dies in der Vergangenheit immer behauptet worden ist. In Zahlen ausgedrückt sieht das wie folgt aus:

Die Steuereinnahmen in 2011 betragen 3,3 Milliarden €; in 2018 werden es dann schon knapp 4,8 Milliarden € sein, also rund 44 % Mehreinnahmen. Das sind somit noch höhere Steigerungsraten als beim Land. In 2021 werden die Kommunen in Schleswig-Holstein laut November-Steuerschätzung bei knapp 5,3 Milliarden € liegen, meine Damen und Herren. Die Not bei den Kommunen ist also bei Weitem nicht mehr so groß, und die Reform des kommunalen Finanzausgleichs durch die ehemalige Küstenkoalition hat das Geld auch noch gerecht auf der kommunalen Ebene verteilt. Hier gibt es also keine großen Baustellen mehr.

Sollte die neue Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich tatsächlich ändern wollen - das kann man sicherlich tun -, dann wird dies nicht an vielen Stellen möglich sein, zumal - auch das bitte ich zu bedenken - wir ja auch noch eine Evaluation des kommunalen Finanzausgleichs erwarten. Das ist ja in das Gesetz eingearbeitet worden. Ich fand es immer recht schlau, zunächst abzuwarten, wie die Mechanismen überhaupt wirken, um dann zu gucken, an welchen Stellschrauben man drehen kann. Das muss nicht immer unbedingt die große Stellschraube sein. Aber darüber werden wir sicherlich noch an anderer Stelle diskutieren.

Deshalb ist es heute vornehmlich zunächst vernünftig, das überschüssige Geld - das hört sich wirklich klasse an, ist aber nun einmal so; das ist ja der Springbrunnen - in den Schuldenabbau einzuspeisen. Dazu sind wir ohnehin verpflichtet, was die konjunkturellen Einnahmen angeht. Aber man darf natürlich auch gerne ein bisschen mehr tun. Ebenso vernünftig ist es, das überschüssige Geld natürlich auch in das IMPULS-Programm einzuspeisen. Ich muss ehrlich gestehen: Für mich ist es immer wieder eine Genugtuung zu sehen, dass das IMPULS-Programm von der neuen Landesregierung fortgeführt wird. Denn was haben wir uns damals als Küstenkoalition alles anhören müssen? Unser damaliger Kollege Garg, der jetzt Minister ist, sagte hierzu - ich zitiere wörtlich -:

„IMPULS ist eine Handreichung zur Auto-suggestion!“

Der liebe Heiner hat es sogar noch besser gesagt - das ist ja immer seine typische Formulierung -:

„IMPULS ist hochgradig albern!“

Das ist natürlich nicht so. Aber der Kollege Koch sagte es auch nicht anders. Er sagte nämlich, das sei ein „Infrastrukturverrottungsprogramm“.

(Heiterkeit)

Dieses Verrottungsprogramm wird also nun von der Landesregierung weitergeführt. Ich glaube, es ist somit nicht hochgradig albern.

(Beifall SSW und SPD)

Ich glaube, dass die Kolleginnen und Kollegen, die das damals kritisiert haben, nun geläutert sind und sich darüber freuen, dass die damalige Küstenkoalition so vorausschauend gehandelt hat. Das ist doch ganz gut, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lars Harms)

Ich finde, es ist in der Politik durchaus ein gutes Zeichen, dass man voneinander lernen kann beziehungsweise auch einmal sagt: „Ach, da hat doch jemand anderes etwas besser gemacht, als wir dies eigentlich gedacht hatten. Deshalb führen wir das fort.“ Es ist ja auch eine gewisse Kontinuität. Ich weiß ja, lieber Heiner, dass du von mir immer gern lernst. Wir werden uns ja demnächst treffen. Ich bin gespannt, was wir dann voneinander lernen werden. Aber ich glaube, es ist wirklich wichtig, auch in der heutigen politischen Landschaft deutlich zu machen, dass demokratische Parteien trotz aller Unterschiede gut zusammenarbeiten und auch Programme fortführen können. Gerade das IMPULS-Programm ist ein gutes Beispiel dafür, meine Damen und Herren.

Nun liegt uns heute ein weiterer Gesetzentwurf zum IMPULS-Programm in zweiter Lesung vor. Neben den bisherigen Fördermöglichkeiten aus diesem Programm sollen nun auch zusätzlich noch Gelder für den Küstenschutz und für die Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Gerade die Wasser- und Bodenverbände haben bei ihren Anlagen einen erheblichen Investitionsstau, sodass diese Maßnahme von uns auf uneingeschränkte Zustimmung trifft. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Die älteste Anlage zur Entwässerung im Land Schleswig-Holstein stammt aus dem Jahre 1913, ist also etwas mehr als 100 Jahre alt. Ich halte es für notwendig, dass man nach einer solch langen Zeit endlich damit anfängt, die Wasser- und Bodenverbände, die ja kommunal getragen sind, mit modernen Anlagen zu unterstützen.

(Beifall SSW)

Gleiches gilt natürlich auch - das ist ebenfalls ein starker Unterschied zur AfD - für die Förderung von Frauenhäusern. Ja, natürlich, das ist Landesinfrastruktur und muss unterstützt werden. Da gibt es eben keine anderen Möglichkeiten, auch nicht auf der kommunalen Ebene. Ich bin froh, dass wir die bestehenden Häuser unterstützen können, und würde mir wünschen, dass wir noch mehr Frauenhäuser bekommen, damit die Bedarfe entsprechend gedeckt werden können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt natürlich auch für den investiven Naturschutz. Da gibt es viele Organisationen vor Ort, die wirklich hervorragende Arbeit leisten. Wir wollen immer viel haben; aber dies muss auf kommunaler Ebene auch mit guter Ortskenntnis geleistet

werden. Deshalb ist es richtig, dass auch der investive Naturschutz unterstützt wird.

Beides sind landesweit relevante Aufgaben, die oft von ehrenamtlichen Trägern übernommen werden. Deshalb muss das entsprechend unterstützt werden.

Zu guter Letzt hat uns sehr gefreut, dass auch Schulen mit Investitionsmitteln bedacht werden und dass bei diesem Sonderprogramm kein Unterschied gemacht wird zwischen öffentlichen Schulen, freien Schulen und dänischen Schulen, sodass alle gefördert werden können. Dies halten wir für richtig und begrüßen dies deshalb auch ausdrücklich.

(Beifall SSW)

Wir hätten uns allerdings im Ausschuss eine kleine, aber feine Ergänzung des Gesetzentwurfs gewünscht, die heute auch schon angesprochen worden ist. Es gibt nämlich einen Investitionsstau in den Tierheimen des Landes. Die Gesamtsumme dürfte hier bei etwa 2 Millionen €, vielleicht auch 2,5 Millionen € liegen. Das ist für das IMPULS-Programm eigentlich eine überschaubare Summe.

Leider konnten wir die Regierungskoalition im Ausschuss nicht davon überzeugen, auch die Tierheime in das IMPULS-Programm aufzunehmen. Deshalb müssen wir uns vornehmen, in der zweiten Lesung insoweit noch weiter zu gucken, ob wir den Tierheimen Investitionsmittel, vielleicht aber auch dauerhaft Mittel zur Verfügung stellen können. Denn ich glaube, wir brauchen diese Investitionsmittel in den Tierheimen, und wir benötigen dafür auch eine Beteiligung des Landes an der institutionellen Förderung der Tierheime.

Eines sage ich auch ganz deutlich: Andere Bundesländer beteiligen sich schon an der Finanzierung ihrer Tierheime. Wir meinen, dass dies auch Schleswig-Holstein gut zu Gesicht stehen würde; denn unsere Tierheime sind unterfinanziert. Dagegen muss man etwas tun, wenn man es mit dem Tierschutz wirklich ernst meint. Ich glaube, das tun wir alle zusammen.

(Beifall SSW, SPD und Christopher Vogt [FDP])

Nun sind wir schon mehr oder weniger mitten drin im allgemeinen Haushalt. Er ist, ebenso wie die Vorgängerhaushalte, sehr stark geprägt von Förderungen für und in die Wirtschaft. Ich spreche dabei aber nicht nur von Handwerk und Industrie, wie man das sonst immer macht, sondern ich spreche insbesondere auch von der Landwirtschaft und gerade auch von der Kulturwirtschaft. Hier sind in der Vergangenheit Impulse gesetzt worden, die jetzt ih-

(Lars Harms)

re Fortsetzung finden. Ich glaube, das funktioniert ganz gut.

Was uns besonders - auch wieder klein, aber fein - freut, ist, dass zum Beispiel auch die Kontaktstelle für den Denkmalschutz und die Umsetzung des Denkmalschutzgesetzes im zuständigen Ministerium aufrechterhalten werden. Damit musste man angesichts der Kritik, die es vorher in der Debatte zum Denkmalschutzgesetz gegeben hat, nicht unbedingt rechnen. Dass das jetzt aber doch geschieht, ist gut für den Denkmalschutz und ist auch gut für den Tourismus in unserem Land.

Gleichwohl gibt es einen großen Bereich, der immer noch etwas aus dem öffentlichen Fokus herausfällt. Wir wissen viel vom Handwerk, von Industrie und von vielen einzelnen Wirtschaftszweigen. Aber ein Bereich, der wirklich eine wirtschaftliche Relevanz hat, fällt in der öffentlichen Wahrnehmung immer ein bisschen raus, und das ist der Sport, der im Übrigen noch nie so gut gefördert wurde wie in den letzten zwei oder drei Jahren. Auch hier haben wir wieder den Übergang zwischen der Küstenkoalition, die mit der Förderung begonnen hat, und der Jamaika-Koalition, die das weiterführt.

Dass dies fortgesetzt und verstetigt wird, ist eine richtige Maßnahme. Eine neue Untersuchung sagt nämlich aus, dass der Sportsektor 5 Milliarden € Umsatz macht, dass wir 250 Millionen € Steuereinnahmen durch den Sport in unserem Land generieren, von denen auch wir als Land partizipieren, dass insgesamt 45.000 Menschen im Sport hauptamtlich Arbeit gefunden haben - das ist übrigens mehr als bei der maritimen Wirtschaft - und dass wir über 168.000 Ehrenamtliche im Sport Tätige haben. Das ist eine riesige Ehrenamtsbewegung, meine Damen und Herren.

Einen allumfassenderen Bereich als den Sport kann man sich schlichtweg nicht vorstellen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, den Breitensport, aber auch den professionellen Sport so umfassend wie möglich zu fördern. Deshalb ist es richtig, dass Schleswig-Holstein ein noch bedeutsameres Sportland wird, als es dies ohnehin schon ist.

Das ist ein Wirtschaftsfaktor. Das ist manchmal auch ein Tourismusfaktor. Aber es ist vor allen Dingen auch ein hoher gesellschaftlicher Faktor. Da sind fast 1 Million Leute involviert. Das ist ein Drittel der Menschen, die in unserem Land leben. Ich glaube, das ist es schon wert, sich wenigstens Gedanken darüber zu machen, wie man den Sport in diesem Land weiterentwickeln kann.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Der Haushalt spiegelt aber manchmal auch eine Rolle rückwärts im Bildungssystem wider. Gegen die Rückkehr zu G 9 an den Gymnasien mag man ja grundsätzlich nichts einzuwenden haben. Unser Baby war das ja nie. Aber wenn das System geändert wird, dann sollten die Betroffenen zumindest umfassend beteiligt werden.

Allerdings sieht es leider bisher genau anders aus. Es gab keine fairen Anhörungsfristen. Es gibt keine echte Selbstbestimmung der Schulkonferenzen, sondern nur dieses hohe Quorum. Es gibt bisher noch kein Konzept dazu, wie der neunjährige Weg zum Abitur inhaltlich ausgestaltet werden soll. Es ist ohne einen Schimmer, welche Verschiebungen von Schülerströmen zu erwarten sind und welche Konsequenzen dies für einzelne Schulen, aber auch für die Menschen haben wird; auch das wissen wir nicht. Es gibt kein belastbares Personalkonzept. Und das alles, ohne auch nur im Ansatz die Kostelawine beziffern zu können, die auf die Schulträger zurollt - das ist unser eigentliches Problem -, und ohne eine klare Zusage, welche Kosten das Land von den Kommunen übernimmt. Ich glaube, da ist noch viel zu tun. Es spiegelt sich noch nicht im Haushalt wider, ob es da in irgendeiner Art und Weise Absprachen gibt.

Wir meinen, es muss möglich sein, dass die Kommunen einen entsprechenden Ausgleich erhalten. Die Schulträger sollten nicht auf den Zusatzkosten sitzen bleiben. Wir haben dazu ja auch einen Antrag eingebracht. Er wird hier an anderer Stelle beraten werden. Wir meinen wirklich, es ist notwendig, dass man sich mit den Kommunen zusammensetzt. Auch wenn vielleicht die endgültigen großen Auswirkungen erst in den 20er-Jahren dieses Jahrhunderts zu spüren sein werden, also erst in vier, fünf oder sechs Jahren, ist es fair, mit den Kommunen zu reden und mit ihnen vorher eine Vereinbarung zu treffen, wie man zukünftig mit den Kosten umgeht. Das mahnen wir zumindest an, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen, wenn wir gerade bei den Schulen sind: Manchmal macht sich die Regierung Probleme, wo eigentlich keine sind. Schulen, meine Damen und Herren, gehören ins Bildungsministerium. Warum die beruflichen Schulen nun in der Verantwortung des Wirtschaftsministeriums liegen sollen, erschließt sich einem, zumindest mir, immer noch

(Lars Harms)

nicht. Die Zusammenarbeit dieser Schulen mit der Wirtschaft war und ist hervorragend. Die Weiterentwicklung hin zu Produktionsschulen funktioniert. Die Jugendberufsagentur ist innovativ, und die Schulabschlüsse sind oft die gleichen und fast immer mit denen der öffentlichen Schulen vergleichbar. Das heißt, auch die administrative Unterstützung durch das Ministerium seinerzeit kam immer kompetent aus einer Hand.

Dass nun für das Abitur, die Fachhochschulreife oder den mittleren Schulabschluss in Zukunft zwei Ministerien Verantwortung tragen sollen und diese sich bezüglich der Grundlagen und auch bei der Administration ständig abstimmen sollen, ist für uns völlig unverständlich. Wir gehen davon aus, dass da Abstimmungsprobleme vorprogrammiert sind, dass die Prozesse wesentlich länger dauern und dass alles auch mehr Ressourcen kostet. Im FDP/CDU-Sprech würde das heißen: Das ist ein Bürokratiemonster. So etwas braucht kein Mensch.

(Beifall SSW)

Was wir aber brauchen, sind Sozialpädagogen und anderes Fachpersonal in den Schulen, die bei der Inklusion mitwirken. Hier haben wir eine Herausforderung, die eben noch nicht adäquat angegangen wird. Natürlich wird man immer auch Förderschulen brauchen, einerseits als Zentrum für die entsprechenden Pädagogen und andererseits als Unterrichtsstätte für die Kinder und Jugendlichen, die nicht allgemein beschult werden können; das ist völlig klar.

Aber es muss auch immer das Ziel sein, möglichst vielen Kindern die Möglichkeit einer möglichst normalen Beschulung zu geben. Das geht eben nur an den Regelschulen. Hier stehen wir gerade am Anfang der Entwicklung, und hier müssen wir weitermachen. Allerdings kann man das Gefühl haben, dass die Landesregierung hier noch zögert. Wenn wir das Zögern auflösen könnten, glaube ich, wären wir auf dem richtigen Weg.

Wo aber einiges wirklich im Argen liegt, das ist die Lehrerbesoldung. Ich erinnere noch einmal daran, dass noch keine Landesregierung so viel Geld zur Verfügung hatte wie diese Landesregierung. Wir meinen, dass auch die Landesbediensteten hiervon partizipieren sollten, wobei auch klar sein muss, dass man nicht das komplette Füllhorn ausschütten kann, auch wenn wir das alle gern wollten.

In der Vergangenheit hat die Küstenkoalition die Eingangsbesoldung bei Polizisten, im Justizbereich und auch im Strafvollzug erhöht. Gleichzeitig haben wir damals auch beim Besoldungsaufstieg

Maßnahmen getroffen, die relativ vielen Bediensteten ein besseres Auskommen ermöglichten. Wir hatten damals allerdings noch nicht so viel Spielraum, eine andere Ungerechtigkeit zu beenden. Dieser Spielraum ergibt sich aber jetzt. Es ist für uns mit nichts zu rechtfertigen, dass Grundschullehrerinnen immer noch eine Gehaltsstufe schlechter bezahlt werden als ihre anderen Kollegen. Wir finden, das ist ein Punkt, an den wir ran müssen. Wir als SSW hatten uns dieses Thema schon im Wahlkampf vorgenommen. Wir hatten da noch die Maxime, dass das 2020 möglich sein sollte. Angesichts der Entwicklung des Haushalts meinen wir, dass da vielleicht noch mehr Spielraum ist. Wir finden, dass es nicht nur eine berufliche Diskriminierung, sondern auch eine Schlechterstellung von vorwiegend Frauen in den Grundschulen gegenüber vorwiegend männlichen Kollegen an den weiterführenden Schulen ist. Mit dieser Ungerechtigkeit muss endlich Schluss sein. Grundschullehrerinnen müssen die gleiche Bezahlung erhalten wie alle anderen Kollegen.

(Beifall SSW und SPD)

Wenn wir schon bei der Personalstruktur sind, will ich auf eine weitere Herausforderung hinweisen. Wir haben als Küstenkoalition seinerzeit die Zahl der Ausbildungsstellen bei der Landespolizei erhöht. Das wird fortgeführt. Das ist gut. Dort haben wir also jetzt das maximal Mögliche erreicht. Auch beim Verfassungsschutz haben wir schon in der Vergangenheit mehr Stellen schaffen können. Deren Notwendigkeit - ebenso wenig wie bei der Polizei - wird niemand infrage stellen wollen.

Was wir jedoch noch nicht haben, ist die Sicherheit, dass derzeit bestehende Stellen, insbesondere im Polizeibereich, auch in Zukunft bestehen bleiben werden. Es gibt hier noch viele Stellen, die mit einem kw-Vermerk versehen sind. Sie werden also künftig wegfallen, wenn man diese Vermerke nicht aufhebt. Nun mag man der Auffassung sein, dass wir unsere neu ausgebildeten Polizisten in drei, vier oder fünf Jahren in der Landespolizei ohnehin auf weiter bestehenden Stellen, deren Stelleninhaber möglicherweise in Pension gehen, unterbringen können. Ich bezweifle das allerdings. Im Gegenteil, der Wunsch des SSW wäre es sogar, so viele Stellen zu schaffen, dass auch über den Bedarf für die von uns selbst ausgebildeten Polizisten hinaus Stellen vorhanden sind, die wir möglicherweise mit externen Menschen besetzen können. Der Bedarf wird nicht geringer, meine Damen und Herren, sondern eher größer. Es reicht eben nicht, nur einige kleine Polizeidienststellen erhalten zu wollen, sondern wir

(Lars Harms)

brauchen auch Polizisten für unsere Polizeidienststellen. Deshalb muss hier dringend nachgearbeitet werden, und Stellen müssen entfristet werden.

Kommen wir nun noch einmal zum eigentlichen Haushaltsplan zurück. Für den SSW kann ich sagen, dass wir natürlich schon ein bisschen das Augenmerk auf die Minderheitenpolitik richten. Wer sollte es uns verdenken, meine Damen und Herren?

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können feststellen, dass die Minderheitenpolitik in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte gebracht hat. Es sind mehr sprachliche Rechte eingeführt worden. Die zweisprachige Beschilderung in Nordfriesland ist beschlossen worden und wird jetzt auch von der neuen Regierung Stück für Stück umgesetzt. Wir haben auch unsere Verfassung geändert und die Minderheitenrechte dort noch stärker verankert,

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

übrigens eine Besonderheit, die unsere Verfassung stark von anderen Verfassungen unterscheidet. Das allein ist eigentlich schon einen Feiertag wert.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch die Gleichstellung der dänischen Schulen umgesetzt und mit einigen Minderheiteninstitutionen erstmalig Ziel- und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Dieser Weg sollte weiter beschritten werden. Deshalb begrüßen wir es, dass es für einige Minderheitenorganisationen im Haushalt 2018 weitere Budgeterhöhungen gibt. So erhält der dänische Kulturverband SSF jetzt 20.000 € mehr. Zwar wünscht man sich dort noch mehr, weil die Aufgabenlast in den letzten Jahren extrem gestiegen ist. Aber darüber lässt sich sicherlich im Rahmen von weiteren Verhandlungen sprechen. So wie es aussieht, besteht die Möglichkeit, auch hier zu Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu kommen. Wir würden dies zumindest begrüßen.

Einen Schritt weiter sind wir da schon beim Nordfriesischen Institut. Dort gibt es schon eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit in der Vergangenheit starken Zuschusssteigerungen. Diese Vereinbarung läuft nun aus. Im Haushalt sind, obwohl noch keine Nachfolgevereinbarung besteht, weitere 15.000 € für das Nordfriesische Institut eingeplant. Wir sehen diesen Schritt sehr positiv und als ersten Schritt hin zu einer neuen Ziel- und Leistungsvereinbarung in dieser Wahlperiode.

Als Drittes gibt es dann auch erstmals vonseiten des Landes Projektfördermittel für die deutsche Minderheit in Dänemark. Diese 20.000 € extra, das hört sich erst einmal wenig an. Sie sind aber ein gutes Zeichen, weil man damit kleine Projekte eigenständig fördern kann. Ich glaube, das ist ganz gut für die deutsche Minderheit in Dänemark.

Genauso im Übrigen wie die Tatsache, dass weiterhin 500.000 € für die Sprachförderung in den Kindergärten zur Verfügung gestellt werden. Das Programm ist schon klasse angelaufen, und im Jahr 2017 sind schon, ohne dass das Programm sonderlich bekannt gemacht worden ist, zwei Drittel der Mittel zur Sprachförderung von Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch verausgabt worden. Wir rechnen damit, dass der Topf im kommenden Jahr vollständig ausgeschöpft wird, insbesondere weil im Süden des Landes bisher noch nicht viele Anträge gestellt wurden. Dort gibt es aber viele Sprachangebote in Niederdeutsch, sodass dort mit markant mehr Anträgen zu rechnen ist. Es würde uns freuen, wenn der Pott ausgeschöpft wird, weil es dann sichtbar ist, dass wir hier Sprachenvielfalt leben, gerade in den Kindertagesstätten, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch noch eine etwas vorausschauende Anmerkung machen. Wenn die Kita-Finanzierung auf neue Füße gestellt wird, was wir grundsätzlich begrüßen, dann darf es nicht dazu kommen, dass die Förderung der Sprachangebote in Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch unter die Räder gerät. Es muss auch in Zukunft solche Fördermöglichkeiten geben, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW)

Alles in allem kann man also sagen, dass die Minderheiten- und Sprachenpolitik weitergeführt wird. Aber auch das ist klar: Es darf keinen Stillstand geben. Die neue Koordinierungsstelle für das Niederdeutsche zum Beispiel, die das Niederdeutsche Institut in Bremen ersetzen soll, muss mit Leben gefüllt werden. Wir müssen mit der Gründung einer Stiftung für das friesische Volk weiterkommen und die rechtlichen Grundlagen hierfür im nächsten Jahr schaffen. Wir müssen schauen, dass auch andere Einrichtungen und Institutionen der dänischen und friesischen Minderheit sowie der Sinti und Roma fest vereinbarte Ziel- und Leistungsvereinbarungen bekommen. Dann haben wir noch alles, was mit Sprachförderung in diesen Sprachen zu tun hat.

Es gibt also genug zu tun, meine Damen und Herren. Aber wir erkennen als SSW durchaus an, dass

(Lars Harms)

die Jamaika-Koalition und die Landesregierung positiv auf die Minderheiten- und Sprachenpolitik schauen. Das sehen wir sehr positiv und werden es selbstverständlich weiter begleiten. Vielen Dank auch dafür, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, richtig viel zu tun gibt es auch im Verkehrsbereich. Ich muss zugeben: Der Landeshaushalt 2018 setzt hier einen eindeutigen Schwerpunkt, meine Damen und Herren. Schaut man sich den Wirtschaftsplan des Landesbetriebs Straßenbau an, dann sind IMPULS-Mittel für die einzelnen Projekte – ich habe es nicht haargenau im Kopf - in Höhe von etwa über 100 Millionen € erhalten; ich meine, 115 Millionen € im Kopf zu haben.

(Beifall CDU)

Ich gebe ehrlich zu: Die alte Regierung hat es nicht geschafft, an die 100 Millionen € heranzukommen.

(Zuruf CDU)

Das ist so. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir sehr, dass gerade auch im Verkehrsbereich etwas gemacht wird. Sie wissen ja: Ich stehe darauf, dass auch ein wenig geteert wird.

(Heiterkeit CDU und Landesregierung)

Ich finde das gut. Jede Teerdecke, die gemacht wird, ist eine gute Teerdecke, meine Damen und Herren. Wir begrüßen das sehr.

(Heiterkeit CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb ist es wichtig, neidlos festzustellen: Da wird mehr Geld zur Verfügung gestellt. Dass dieses Geld mehr zur Verfügung gestellt wird, das begrüßen wir. Das kann man ja auch einmal machen.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, das lässt natürlich hoffen. Allerdings gilt hier immer wieder die Einschränkung, dass bei den vielen Mitteln, die wir haben, diese Projekte nur dann umgesetzt werden können, wenn genug Personal vorhanden ist und wenn die Planungsverfahren erleichtert werden.

Was den ersten Punkt, das Personal, angeht, hat schon die Küstenkoalition einen alternativen Weg verfolgt und zumindest bei Erweiterungen und Sanierungen von Straßen die Planungen an Externe abgegeben. Das entlastet die Beschäftigten im

LBV. So mag es dann überall etwas schneller gehen, meine Damen und Herren. Wir glauben auch, dass die Ausgliederung einer besonderen Planungsabteilung und die Angliederung an das Verkehrsministerium richtig sind, damit man sich dort ausschließlich auf die anstehenden Planungsverfahren konzentrieren kann. Das ist alles richtig, meine Damen und Herren, allerdings müssen wir auch immer wieder neues Personal gewinnen. Das wird eine richtig schwere Nummer und ist nicht so ganz einfach.

Wir wollen jetzt auch Bauingenieure ausbilden. Das ist gut, aber bis wir sie ausgebildet, bis wir alles aufgebaut haben, die Ausbildung in Gang ist, die ersten Bachelor-Studiengänge nach drei Jahren, die Master-Leute nach viereinhalb Jahren fertig sind, gehen noch fünf bis sieben Jahre ins Land, bis sie wirklich da sind. Das ist wichtig, das ist schön, das ist vorausschauend. Aber sie sind noch nicht da.

Wir müssen aber jetzt schon versuchen, die Stellen zu besetzen. Das heißt auch, dass wir am freien Markt konkurrieren, und dort sind die Bedingungen in den privaten Planungsbüros oft einfach besser. Das muss man wissen. Das habe ich hier schon mehrfach gesagt. Es ist wunderbar, dass das alles im Plan steht. Aber ob wir es wirklich hinkommen? Da stehen wir vor großen Herausforderungen. Aber wir werden schauen, wie wir weiterkommen. Ich zumindest würde es nicht zur Kritik machen, dass Leute nicht eingestellt werden können, denn wenn jemand woanders 1.000 € mehr verdienen kann, geht er dorthin.

(Christopher Vogt [FDP]: Beides!)

Diese selbstlosen Leute, die beim Land Beamte werden möchten, finden sich sicherlich auch, aber eben nicht überall, meine Damen und Herren. Auch da müssen wir möglicherweise noch einmal schauen, wie wir den Beamtenstatus beziehungsweise die Besoldung und die Nebenbedingungen, die dort bestehen, noch verbessern können. Das mag der Haushalt in den nächsten Jahren durchaus hergeben, meine Damen und Herren.

Das ist aber nur die eine Restriktion, meine Damen und Herren. Alles ist nichts, wenn wir es nicht auch hinkommen, dass die Planungsverfahren vereinfacht werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Wir haben auch hierzu einen Antrag an den Landtag gestellt; der ist jetzt im Ausschuss. Schauen wir einmal, was daraus wird. Der ist eigentlich ziemlich gut.

(Lars Harms)

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren, selbst wenn wir viel Geld hätten - und das sieht gar nicht so schlecht aus -, wenn wir auch jedwedes Personal hätten, und alle, die wir haben wollen, da sind, in ihren Büros sitzen und arbeiten wollen, dann würden wir nicht all das bekommen, was wir uns wünschen, weil Straßenbauprojekte, aber auch Schienenbauprojekte, manchmal sogar Fahrradwege nicht umgesetzt werden können, weil uns das Planungsrecht im Wege steht. Man könnte auch sagen: Da ist einfach zu viel Beteiligung.

So möchte ich das ja gar nicht sagen, aber das Planungsrecht ist einfach nicht schlank genug, meine Damen und Herren. Wir wollen nicht, dass die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden. Wir wollen auch nicht, dass die Möglichkeiten der einzelnen beteiligten Institutionen und Organisationen eingeschränkt werden. Wir wollen aber, dass es trotzdem schlanker wird, dass die Prozesse einfacher, dass die Beteiligungsprozesse vorgezogen werden, damit es gar nicht erst zu Konflikten kommt. Das gibt das Planungsrecht bis jetzt noch nicht her.

Deshalb ist alles toll, was im Haushalt steht, aber es ist Makulatur, wenn wir es nicht umsetzen können, weil uns die Planungsgrundlagen alles verhaseln. Deshalb ist der Haushalt in diesem Bereich nur tragfähig, wenn auch die Rahmenbedingungen endlich stimmen. Und die heißen eindeutig, meine Damen und - das ist eine Riesenummer -: ein verschlanktes Planungsrecht.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Rahmenbedingungen, wenn wir schon darüber reden, stimmen im Übrigen in der Windenergie. Die Grundlagen liegen vor. Der größte Anhörungsprozess der Landesgeschichte ist abgeschlossen. Nun muss die Anhörung ausgewertet werden. Es darf allerdings nicht dazu kommen, dass das Verfahren wieder neu aufgerollt wird, weil dann der jetzt vorhandene Stillstand fortgesetzt werden würde. Schon jetzt sind massiv Arbeitsplätze - insbesondere bei mir zuhause an der Westküste - bedroht, weil es in der Planung nicht mehr weitergeht. Jede Verzögerung kostet Arbeitsplätze. Deshalb wäre es fahrlässig, weiter auf der Bremse zu stehen. Die beste Wirtschaftsförderung, die möglicherweise im Haushalt steht, nützt nichts, wenn man einen bestehenden, florierenden Wirtschaftszweig im Land blockiert. Deshalb brauchen wir hier dringend sichere Planungsgrundlagen auf Basis des von der Vorgängerregierung angestoßenen Prozesses.

Inständig bitte ich die Landesregierung darum, bloß nicht das Fass wieder neu aufzumachen, bloß nicht wieder neue Planungsprozesse zu machen, sondern wirklich das Ganze für September 2018 zum Abschluss zu bringen, damit es mit der Windenergie weitergehen kann. Sonst sehe ich - gerade bei mir zuhause an der Westküste, aber das betrifft auch andere Regionen - Arbeitsplätze wirklich massiv gefährdet. Da nützt uns die beste Wirtschaftsförderung nichts, wenn wir das eine aufbauen und mit dem anderen Bein wieder etwas umhauen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Kommen wir nun zum Fazit. Das fällt relativ kurz aus: Ja, Jamaika macht nicht in allen Bereichen schwerwiegende Fehler, sondern natürlich nur in ausgewählten Bereichen.

(Heiterkeit SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie bauen auch oft auf der guten Vorarbeit der Küstenkoalition auf. Es wäre allerdings auch dumm gewesen, es nicht zu tun; es war ja eine gute Arbeit. Sie setzen auch einige gute neue Schwerpunkte. Das muss man neidlos anerkennen. Natürlich gibt es politische Unterschiede, aber dafür gibt es die Haushaltsberatungen.

Wir freuen uns darauf, auch in den nächsten zwei Monaten darüber zu beraten, was man an dem vorgelegten Haushalt noch verbessern kann. Wir freuen uns auf die zweite Lesung des Haushalts, werden uns daran konstruktiv beteiligen, auch mit konkreten Vorschlägen. Dabei will ich es belassen und Ihnen einen schönen „Tag der Landesverfassung“ wünschen.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr. Dann machen wir weiter mit den Haushaltsberatungen.

Es stehen allen Fraktionen noch rund 12 Minuten und dem SSW 2 Minuten Redezeit zur Verfügung.

(Unterbrechung: 13:19 bis 15:07 Uhr)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Meine Damen und Herren, wir fahren fort, obwohl der Sozialausschuss noch tagt. Das ist der Grund dafür, dass hier einige Plätze noch leer sind.

(Vizepräsident Oliver Kumbartzky)

Bevor wir weitermachen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack erkrankt ist und an der heutigen Nachmittagssitzung nicht teilnehmen kann. - Wir wünschen ihr gute Besserung.

(Beifall)

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort. Als Erster wird heute Nachmittag für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Ole Plambeck reden.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der SPD scheint es seit dem Bedeutungsverlust nach der Landtagswahl nur noch drunter und drüber zu gehen, anders lassen sich die Ausführungen von Herrn Dr. Stegner hier nicht erklären.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unserer Finanzministerin scheinen Sie vorhin nicht ordentlich zugehört zu haben. Wir machen sehr wohl etwas für unsere Beschäftigten. Das Beispiel ist vorhin schon genannt worden: Die Außendienstzulage der Steuerprüfer steigt von 40 beziehungsweise 60 € auf 80 € pro Monat. Auch bei der Polizei werden die Erschwerniszulagen um 1,2 Millionen € erhöht, und die Wochenarbeitszeit bei Wechselschichten wird gekürzt. Es ist auch eine halbe Million € für Beförderungen in diesem Bereich vorgesehen, sodass wir da im Jahr 2018 erheblich etwas tun.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Beim Straßenbau scheinen Sie eins und eins nicht zusammenzählen zu können. Lars Harms hat es vorhin richtig gesagt: Wir tun mehr für unsere Straßen, und das ist auch richtig so, weil wir da einen erheblichen Investitionsstau haben. 53,6 Millionen € Investitionsmittel bekommt der LBV aus Einzelplan 06 Kapitel 14 und 58,0 Millionen € aus Einzelplan 16 Kapitel 06, also aus IMPULS; somit werden dort insgesamt 112 Millionen € zugeführt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs steigen die Mittel im Vergleich zu 54 Millionen € 2016 und 52,3 Millionen € 2017 auf über 100 Millionen € im Haushaltsjahr 2018. Wir tun wirklich viel, um unsere Straßen im Land zu sanieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber Sie wissen auch, dass eingeplantes Geld nicht alles ist. Wir brauchen auch die Köpfe, die das umsetzen. Man muss ehrlicherweise sagen: Gerade in den letzten Jahren haben Sie, liebe SPD, es sträflich vernachlässigt, dass wir das nötige Personal dafür bekommen. Erst Jamaika schafft das nötige Personal, das wir brauchen, um unseren Sanierungsstau abzubauen zu können.

(Thomas Hölck [SPD]: Wovon redet der eigentlich? - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie sagen, wir täten nichts für Gemeinschaftsschulen. Das ist schlichtweg falsch. Wir werden 2019 mit dem Bildungsbonus Schulen in sozial benachteiligten Gebieten fördern, und auch die Gemeinschaftsschulen werden von den zusätzlichen Lehrerstellen profitieren, die wir 2018 schaffen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie sehen: Wir packen an und schnacken nicht nur rum.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Anfang 30 gehöre ich zu den Jüngeren in diesem Hohen Haus und damit zur jungen Generation. Wenn man diesem Haushalt etwas bescheinigen möchte, dann ist es vor allem Generationengerechtigkeit. Die Generationengerechtigkeit hat in der Jamaika-Koalition einen ganz hohen Stellenwert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nicht nur, dass wir 2018 die schwarze Null erreichen und damit keine neuen Schulden aufbauen werden, sondern wir planen eine Schuldentilgung von 185 Millionen €, so viel wie keine Regierung vor uns. Das ist ein Meilenstein, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Aber nicht der einzige, denn wir werden deutliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur, innere Sicherheit - wie eben schon beschrieben -, Soziales und Digitales vornehmen. Ein deutliches Zeichen dafür ist der Anstieg der Investitionsquote auf 9 % im Haushaltsentwurf 2018. Damit ist die erste Jamaika-Investitionsquote so hoch wie seit über fünf Jahren nicht mehr.

Die Nachschiebeliste kommt ja erst noch. So, wie Tobias Koch das vorhin beschrieben hat, könnten wir die 10 % durchaus realistisch erreichen. Daran

(Ole-Christopher Plambeck)

sieht man sofort, dass die SPD in diesem Land keine Verantwortung mehr trägt und dort ist, wo sie hingehört, und zwar in der Opposition.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Denn anders als Sie, Herr Dr. Stegner, packen wir an und schnacken nicht nur rum. Ihre Forderungen und via Presse angekündigten Fraktionsanträge, einfach mal das Weihnachtsgeld wieder einzuführen oder die Straßenausbaubeiträge für die gemeindlichen Straßen zu übernehmen, zeigen, wie unsolide Sie Haushaltspolitik machen.

(Zurufe Beate Raudies [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Umsetzungen Ihrer Forderungen - das hat Monika Heinold heute auch schon gesagt - sind natürlich sehr wünschenswert, nur sie müssen auch strukturell bezahlt werden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ach nee! - Lachen CDU)

- Doch, das müssen sie. Sie müssen strukturell bezahlt werden. Und Sie von der SPD benennen einmal wieder nicht, worüber Sie das finanzieren wollen, wo Sie das Geld herholen wollen, ob Sie vielleicht lieber auf Lehrerstellen verzichten wollen, um das zu bezahlen.

(Christopher Vogt [FDP]: Nun komm doch nicht mit Fakten!)

Ich sage dazu: Kompetenzen der SPD-Haushaltspolitik - gleich null!

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Wissen Sie, was viel schlimmer ist? - Alle Ihre Forderungen hätten Sie in den letzten fünf Jahren schon umsetzen können. Sie haben selbst gesagt, dass das nicht das erste Haushaltsjahr ist, in dem wir einen Überschuss haben. Wir haben schon zum dritten Mal einen Haushaltsüberschuss. Das heißt, Sie hätten auf jeden Fall schon einmal zwei Jahre Zeit gehabt, in denen Sie zumindest Anträge hätten stellen können. Das haben Sie aber nicht gemacht. Sie haben es nicht einmal versucht. Jetzt spucken Sie große Töne. Das ist - so finde ich - wirklich schlecht.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anders als die SPD mit ihrer Pressearbeit liefern wir Inhalte statt großer Töne. Anders als die SPD mit ihren Bildungsministerinnen in der letzten Wahlperiode stärken wir mit einer großen Bildungsoffensive die Schulen im Land. Dazu gehören

auch die Gemeinschaftsschulen. Denn Bildung ist unser Kernthema und ist mit unserer Bildungsministerin Karin Prien bestens besetzt.

(Beifall Tobias Koch [CDU] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Im Jahr 2018 sollen nicht - wie ursprünglich vorgesehen - 495 Stellen abgebaut, sondern 395 Stellen geschaffen werden. Damit stehen für 2018 insgesamt 890 Stellen zur Verfügung. Die entsprechenden Mehrausgaben belaufen sich im Jahr 2018 auf 19,6 Millionen € und im Jahr 2019 auf 44,6 Millionen €. Die neuen Stellen werden maßgeblich dazu beitragen, dass wir unser Versprechen einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung bis zum Jahr 2022 erfüllen werden. Auch mit der Umstellung von G 8 auf G 9 setzen wir eines unserer Wahlversprechen um. Und ja, G 9 ist in diesem Land gewünscht.

Mit dem Haushaltsjahr 2018 beginnt zudem unser Weg zu einer umfassenden Neuausrichtung der Kita-Finanzierung. Für 2018 werden als erster Aufschlag zusätzliche 5 Millionen € bereitgestellt. Diese werden im Wesentlichen für die Qualitätssteigerung, für die vorschulische Sprachförderung und für Familienzentren eingesetzt werden. Gerade die Sprachförderung ist essentiell für die weitere schulische und persönliche Entwicklung unserer Kinder.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aber die zusätzlichen Mittel sind nur der Anfang. Sie dienen einer umfassenden Kita-Reform, die nicht nur die Eltern und Kommunen entlasten wird, sondern erheblich die Qualität steigern werden.

Sie sehen, wir packen das Problem mit inhaltlicher Kompetenz an

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unfassbar!)

und nicht wie die SPD mit der Gießkanne: einmal über alle hinüber. Wir, Jamaika, investieren in die Zukunft unserer Kinder.

Wir, Jamaika, machen Schleswig-Holstein sicherer. Wir werden für Polizei und Verfassungsschutz zusätzlich 5,2 Millionen € auf den Weg bringen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Landespolizei werden wir im Jahr 2018 durch die Bereitstellung von 2 Millionen € etwa 400 Polizeianwärter in den Dienst aufnehmen. Insgesamt wollen wir 500 zusätzliche Stellen schaffen. Wir bringen die Polizei zurück in die Fläche.

(Ole-Christopher Plambeck)

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle sei einmal ganz klar gesagt: Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten täglich Großartiges für unser Land - auf den Revieren und im Außeneinsatz. Sie riskieren für uns alle ihr Leben. Die Praxis zeigt, dass der Dienst nicht immer einfach ist, auch nicht für die Familienangehörigen. Umso wichtiger ist es - unser Innenminister Hans-Joachim Grothe setzt es um -, dass wir unseren Polizistinnen und Polizisten sowie ihren Angehörigen den Rücken stärken.

Ich habe die Maßnahmen ganz am Anfang bereits beschrieben: Erschwerniszulage, Wochenarbeitszeit und Beförderung. Ich glaube, dass das der Polizei wirklich helfen wird. Weiter werden wir im Polizeibereich dafür sorgen, dass mit 1 Million € die digitale Ausstattung der Polizeifahrzeuge verbessert werden wird.

Klar ist aber auch, eine starke Polizei macht nur Sinn, wenn wir auch eine starke Justiz haben. Die Justiz muss erheblich unterstützt werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zur Stärkung der Justiz erhalten die Verwaltungsgerichte und Staatsanwaltschaften je neun neue Stellen für Richter und Staatsanwälte. Um den Personalbedarf auch zukünftig decken zu können, wird im Nachwuchsbereich auf 89 Stellen aufgestockt. Es werden auch weitere Studienplätze für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, die Schleswig-Holstein zugebilligt werden, in Hildesheim bereitgehalten. Die Erschwerniszulagen - das wurde bereits gesagt - im Justizvollzug wird um weitere 200.000 € angehoben.

Ja, wir in Jamaika stärken auch unserer Justiz den Rücken und sorgen damit für einen starken Rechtsstaat.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Aber vor allem in dem Bereich.

Eines hat dieser Haushaltsentwurf schon gezeigt: Jamaika ist die Investitionskoalition.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir machen das nicht zum Selbstzweck, sondern wir packen auch hier die Probleme an der Wurzel an. Unser Ziel ist es, den im Infrastrukturbericht beschriebenen Sanierungsstau zügig abzubauen, das Land zu modernisieren und in die Zukunft zu investieren.

(Zurufe Thomas Hölck [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das wurde in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Allein für das Sonderprogramm IMPULS sind 211 Millionen € vorgesehen. Unsere Schwerpunkte liegen hier ganz klar - wie schon beschrieben - bei den Landesstraßen, den Hochschulen, den Krankenhäusern, den Justizvollzugsanstalten, den klimaneutralen Liegenschaften, der IT und bei der Digitalisierung.

Neben diesen Schwerpunkten haben wir natürlich auch noch einige andere Investitionen vorgesehen, wie zum Beispiel in die Barrierefreiheit in der Landesfeuerwehrschule oder auch in die Akademie für Hörgeräteakustik.

Wir investieren viel in dieses Land, und ich bin auch froh, dass wir die Investitionen in Frauenhäuser in das Sondervermögen IMPULS aufgenommen haben. Wir werden die vorgesehenen 3 Millionen € zügig einsetzen. Denn anders als es bisher die AfD sieht, sind Investitionen in Gebäude, die Schutz für Frauen bieten, auch Investitionen, sogar ganz wichtige Investitionen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das, was Sie vorhin zu den Asylkosten gesagt haben, ist einfach nur schlimm und konterkariert das, was die Menschen im Land in diesem Bereich leisten. Dem ist auch nichts weiter hinzuzufügen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, Verkehr ist unser Thema.

(Beifall CDU)

Der Sanierungsstau der Landesstraßen ist eine große Belastung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Deshalb werden wir den Bereich erheblich stärken. Ich habe es vorhin schon gesagt: Um das tatsächlich umzusetzen, brauchen wir noch weitere Köpfe. Nur dann kann das bereitgestellte Geld auch tatsächlich in Projekte umgesetzt werden. Deshalb werden wir die noch offenen Stellen beim LBV mit Planern besetzen und zusätzliche zehn Stellen schaffen.

Um das Problem auch zukünftig in den Griff zu bekommen, setzen wir auf den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein. Mit dem neuen Studiengang Bauingenieurwesen an der Fachhochschule Kiel

(Ole-Christopher Plambeck)

werden wir in dem Bereich weiteren Nachwuchs ausbilden, genauso wie am Hochschulstandort Lübeck.

Mit dem Haushaltsentwurf steigt ebenfalls das Budget für Digitales um 170 Millionen €- Geld, welches wir in alle Bereiche investieren werden, um flächendeckend eine gute digitale Infrastruktur sicherzustellen. Bei WLAN und beim Breitbandausbau wird es mit uns keine weißen Flecken mehr geben. Verfahrensbeschleunigung durch Einführung der elektronischen Verfahrensakte, Modernisierung der IT-Infrastruktur im Polizeibereich und E-Government sind nur einige Beispiele, denn Jamaika macht aus Schleswig-Holstein endlich Schleswig-Holstein 4.0.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, bei all den wichtigen Projekten darf natürlich nicht vergessen werden, was unsere Gesellschaft zusammenhält

(Unruhe SPD)

- auch das könnte die SPD interessieren -: das Ehrenamt und vor allem der Sport. Wir werden die Zulage an den Landessportverband um 1 Million € erhöhen, auch in kommunale Sportstätten investieren und zusätzlich 1,1 Millionen € für Katastrophenschutzfahrzeugen des Landes zur Verfügung stellen. Die Betreuungsvereine bekommen mehr Geld, und auch Minderheiten sind wichtig. Dort werden wir mehr Geld bereitstellen.

Sie sehen also, wir investieren in alle Bereiche. Es ist richtig, dass wir auch den Stellenabbaupfad zu einer Stellenmittelfristplanung verändert haben, denn wir brauchen gute Menschen, die unser Land vorantreiben. Mitarbeitergewinnung und vor allem Mitarbeiterentwicklung haben in dieser Landesregierung einen hohen Stellenwert. Das Wichtigste ist - und das unterscheidet uns von der SPD -: Alle Projekte sind gegenfinanziert, und wir werden das Ziel der Schuldenbremse klar erreichen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, eine solide Haushaltsführung, eine konservative Finanzplanung - die HSH Nordbank und zukünftig steigende Zinsen dürfen wir nicht vergessen - und der Mut, Themen anzupacken, führen dazu, dass wir 2018 so gut dastehen. Deswegen auch noch einmal von mir als finanzpolitischer Sprecher einen ganz, ganz großen Dank an die Finanzministerin Monika Heinold, an unseren Ministerpräsidenten Daniel Günther und das gesamte Kabinett für diesen hervorragenden Haushaltsentwurf. Und - das wurde, glaube ich,

heute noch nicht gesagt - ein großer Dank gilt vor allem auch unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land, die durch viel Fleiß, Durchhaltevermögen und Können überhaupt dafür gesorgt haben, dass wir finanziell so gut dastehen. Dafür mein persönlicher und sicher auch unser aller Dank. - Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne Gäste von der CDU aus dem Kreis Steinburg.

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Plambeck, bei jedem Ihrer Worte wurde klar: Sie können eigentlich gar nicht verstehen, wieso wir an diesem tollen Haushalt etwas zu kritisieren haben, nicht?

(Beifall und Zurufe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der ist so toll, Sie sind ja regelrecht berauscht von Ihrer Investitionsquote, von dieser Milliarde, und dem Überschuss. Genießen Sie es! Genießen Sie es einfach!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Profitieren Sie von der guten Vorarbeit der Küstenkoalition,

(Widerspruch CDU und FDP)

der Sie etwas zu verdanken haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu komme ich gleich noch mal. Sie werden sich irgendwann noch an diese Zeiten erinnern.

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Das stimmt!)

Herr Plambeck hat gesagt: Jamaika ist die Investitionskoalition. - Wow!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Beate Raudies)

Lassen Sie mich gern noch einige Aspekte zu dieser Debatte beitragen. Wir haben gehört - das ist unstrittig -: Die Investitionsquote steigt, zumindest auf dem Papier. Das liegt auch daran - -

(Zurufe und anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Falls es jetzt die Taktik ist, meine Redezeit durch Ihr Klatschen zu verringern - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wir erleben ja so selten so gute Argumente von den Sozialdemokraten wie heute! - Heiterkeit CDU - Zuruf CDU: Wir nehmen einfach die Rede!)

- Gut. - Es liegt auch daran, dass Sie jetzt Investitionen umsetzen, die die Küstenkoalition schon vorbereitet hat. Ein Blick auf IMPULS zeigt Ihnen: Bei diversen Haushaltsstellen konnte nichts umgesetzt werden. Verschoben. Die Finanzministerin hat es heute Morgen gesagt. Da können Sie jetzt lachen und klatschen wie Sie wollen, das ist ein weiterer Punkt.

Ihre Eckwerte zeigen bisher nicht, dass die Investitionsquote in den kommenden Jahren steigen wird. Im Gegenteil, nach Ihren Plänen soll sie sogar sinken.

Wir bleiben dabei, was wir schon zum Nachtrag gesagt haben: Was nützt die beste Quote, wenn nichts verausgabt wird? Auch dazu heute Morgen als Kronzeugin Ihre Finanzministerin. Ein zweistelliger Millionenbeitrag konnte im Jahr 2017 nicht verausgabt werden. Es gibt also viel Arbeit für Ihre Taskforce, Frau Heinold, denn die soll ja vor allen Dingen darauf aufpassen, dass das Geld auch ausgegeben wird. In einem Jahr sind wir klüger, da schauen wir alle weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition - -

(Heiterkeit und Zurufe)

- Entschuldigung, ich meinte die Koalition, hier steht es. Ich freue mich, dass ich so zu Ihrer Erheiterung beitragen kann, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Sie freuen sich jetzt so über IMPULS. Aber tut mir leid, das kann ich Ihnen nicht ersparen. Der Kollege Harms hat es heute Morgen auch schon gesagt. Mir fällt dazu immer diese Hustenbonbonwerbung ein: Wer hat es erfunden? - Sie nicht!

(Beifall SPD und SSW)

IMPULS ist ein Programm - Herr Garg ist heute Morgen schon zitiert worden: hochgradig albern hat er es genannt; auch der Kollege Koch ist zitiert worden: Sie haben es als Schattenhaushalt bezeichnet -, inzwischen sind der schwarze und der gelbe Teil von Jamaika geläutert. Jetzt hat man die Möglichkeiten erkannt, die Deckelung wird aufgehoben, also die maximale Summe des in Sondervermögen anzusparenden Geldes ist nicht mehr begrenzt, weil Sie gar nicht wissen, wohin mit dem vielen Geld, was am Jahresende übrig bleibt.

(Annabell Krämer [FDP]: Wir sind eben sparsam!)

Umso unverständlicher ist es, dass Sie unseren Vorschlägen von SSW und SPD nicht gefolgt sind. Wir hatten kleine zusätzliche Investitionsvorschläge gemacht. Die Beschaffung von Katastrophenschutzfahrzeugen oder Investitionszuschüsse für die Tierheime - das haben wir vorhin gehört - wären aus unserer Sicht durchaus eine sinnvolle Ergänzung gewesen.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Im Haushalt vergeblich gesucht habe ich bisher das für die Frauenhäuser und den Schulbau versprochene Geld. Immerhin gab es von Ihrer Seite vorhin dazu Ankündigungen. Genauso ist es bei einem anderen Thema, auch versprochen, nämlich die Sanierung der Sanitäreinrichtungen an öffentlichen Schulen. Da ist von der Frau Finanzministerin im Oktober in den Zeitungen zu lesen gewesen, sie wolle das Programm fortsetzen. Auch das findet sich im Haushaltsplan nicht wieder. Aber auch dazu habe ich vorhin gehört: Das soll kommen. Ich frage mich allerdings, warum wir den Haushalt heute erst in erster Lesung diskutieren. Seit Oktober 2017 wäre doch auch Zeit gewesen, das mit einzubauen.

Jetzt ein Wort zu den Landesstraßen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Jetzt wird es spannend!)

- Genau. Wir erinnern uns, das war ein Wahlkampf-schlager. Jetzt wird es spannend.

Im Koalitionsvertrag hat Jamaika versprochen, jährlich mindestens 90 Millionen € in die Sanierung der Landesstraßen zu investieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Was auch passieren wird!)

Tolle Aussage. Folgerichtig führen Sie dem LBV im nächsten Jahr aus dem Haushalt und aus IMPULS rund 112 Millionen € für Investitionen zu. Das bestreite ich nicht.

(Beate Raudies)

(Beifall CDU und Annabell Krämer [FDP] - Zurufe SPD)

- Aber, und jetzt, Herr Plambeck, kommen wir zu dem bekannten Spiel: Steuerberater und Steuerbeamte sind immer unterschiedlicher Meinung. Von diesen 112 Millionen € geben Sie nicht alles für die Landesstraßen aus. Das vergessen Sie, hier zu erzählen.

Ich lasse Sie gern an meiner Rechnung teilhaben. Für die Erhaltung der Landesstraßen planen Sie 21,4 Millionen € ein, für kleinere Maßnahmen 6,6 Millionen €, das sind rund 27 Millionen €; dann kommen 58 Millionen € aus IMPULS dazu. Das sind summa summarum 85 Millionen € und ein paar Zerquetschte.

(Tobias Koch [CDU]: Das sind aber mehr als 80 Millionen!)

Wenn ich dann aber den Neubau der Straßen- und Eisenbahnbrücke Lindaunis mit 18 Millionen € da rausrechne, liegt Jamaika für 2018 bei knapp 67 Millionen € und damit sogar unter dem Ansatz der Küstenkoalition von 2017.

(Vereinzelter Beifall SPD - Widerspruch CDU und FDP - Johannes Callsen [CDU]: Das ist eine Landesstraße! - Weitere Zurufe CDU)

- Ah, ja, ja. Herr Buchholz wird uns das im Finanzausschuss sicher ganz ausführlich noch einmal erklären. Damit ist jetzt aber - glaube ich - der Hinweis, wer hier den Haushalt nicht lesen kann, erledigt.

(Zurufe CDU und FDP - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Frau Kollegin, lassen Sie --

Beate Raudies [SPD]:

Nein, ich möchte keine Zwischenfrage zulassen.

(Zurufe CDU und FDP)

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zur HSH Nordbank, Frau Finanzministerin. Der Haushaltsentwurf enthält keinerlei Aussagen zur Risikoversorge, keinerlei neue Aussagen. Herr Koch, dieser Punkt war Ihnen in den letzten Jahren ja immer extrem wichtig.

Deshalb hat es mich gewundert, dass Sie vorhin darauf nicht wirklich groß eingegangen sind. Denn

inzwischen wissen wir ja schon relativ viel: Die Höhe ist klarer, die Zahlen sind relativ konkret, und der Zeitpunkt der Inanspruchnahme rückt auch näher. Ich glaube also, mit der Nachschiebeliste, Frau Ministerin, müssen wir dann vielleicht tatsächlich noch ein bisschen konkreter werden.

Jetzt aber noch zu unseren drei Punkten, auf die heute schon mehrfach eingegangen worden ist. Wir wollen das Geld in drei Punkten anders ausgeben als Sie. Das ist das Wichtige: Wir wollen es anders ausgeben, alternativ, nicht additiv, nämlich für das Weihnachtsgeld, als Kompensation für die Straßenausbaukosten und als Entlastung für die Eltern unserer Kita-Kinder. Zugegeben, das sind dicke Brocken. Wie man das aber auf einen hohen dreistelligen Millionenbetrag addieren kann, ist mir doch schleierhaft. Putzig finde ich auch immer den Hinweis auf die Gegenfinanzierung. Das ist hier heute die erste Lesung des Haushaltsentwurfs, und soweit ich weiß, ist die Opposition nicht verpflichtet, einen alternativen Haushaltsentwurf vorzulegen. Also: Wir haben im Verfahren noch genügend Zeit, unsere Vorschläge mit Haushaltsanträgen zu unterlegen. Das will ich sagen.

Klar ist aber auch, und darüber waren sich heute alle Redner einig: Der Haushalt bietet zum ersten Mal seit Jahren größere Spielräume, und die Finanzplanung ist durchweg positiv. Angesichts des sich abzeichnenden Haushaltsüberschusses 2017 besteht wohl kaum die Gefahr, dass zu wenig Geld für Investitionen und Schuldentilgung zur Verfügung steht. Mehr als 600 Millionen € Mehreinnahmen weist der Haushaltsentwurf aus, die Sie bereits komplett verplant haben, damit sich - Frau Heinold, das Zitat von heute Morgen war einfach zu schön - alle mit ihren Topthemen wieder im Haushalt finden können. Das ist ein super Zitat. Wir hätten andere Topthemen, um das auf den Punkt zu bringen.

Das ist zum einen - noch einmal in Erinnerung gerufen - die Kompensation für die Straßenausbaubeiträge. Darüber reden wir morgen noch in aller Ausführlichkeit. Wir haben nicht versprochen, sie abzuschaffen. Wir haben auch keine Kompensation versprochen, aber wir erlauben uns, Sie immer wieder daran zu erinnern, dass Sie das versprochen haben.

Das zweite Thema ist die Beitragsfreiheit. Unserer Auffassung nach muss 2018 hier der nächste Schritt kommen, und dieses Ziel werden wir auch nicht aus den Augen verlieren.

Zum Thema Weihnachtsgeld möchte ich nur darauf hinweisen, dass nach unserem Vorschlag die Wiedereinführung über drei Jahre verteilt werden soll,

(Beate Raudies)

dass also mitnichten 140 Millionen € bereits in voller Höhe im Jahr 2018 anfallen werden. Entweder haben Sie unseren Gesetzentwurf nicht gelesen, oder Sie wollen ihn absichtlich missverstehen. Liebe Eka von Kalben, unsere Aufforderung, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen, richtet sich natürlich vor allem an die CDU, die ja 2007 Teil der Regierung war und sich durch dieses Versprechen damals gebunden fühlen müsste.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, dann musst du sie vielleicht nicht verteidigen. Das müssen die dann schon allein hinkriegen. Unser Ministerpräsident war damals übrigens Landesgeschäftsführer der CDU, wenn ich das richtig recherchiert habe. Er war vielleicht nicht Mitglied des Landtages.

Liebe Frau Finanzministerin und liebe Redner der Koalition, Sie haben heute viele schöne Worte für die Beschäftigten des Landes gefunden, aber ich bin immer noch der Auffassung: Engagierte und loyale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen mehr als warme Worte. In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen im Finanzausschuss. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Fraktionsvorsitzende hat mir mehr Redezeit als 1 Minute und 11 Sekunden gesprochen, und sie hält ihre Versprechen. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir den Redebeitrag von Herrn Dr. Stegner von heute Morgen und jetzt auch die Konkretisierung von Frau Raudies anhöre, dann habe ich ein bisschen das Gefühl, dass das Ganze unter der Überschrift stehen könnte: Irgendetwas müssen wir als Opposition ja kritisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir verstehen das zum Teil auch nicht, was mit der SPD im letzten halben Jahr hier im Parlament haushaltspolitisch passiert ist. Frau Raudies, Sie haben eine entscheidende Frage zum IMPULS-Gesetz gestellt. Und zwar haben Sie gefragt: Wer hat es er-

finden? Ich kann Ihnen die Antwort liefern: Monika Heinold. Das, was Monika Heinold vor ein paar Jahren auf den Weg gebracht hat, setzten wir jetzt fort. Darüber sollten Sie sich als Mitakteur von einst auch freuen, denn natürlich haben auch Sie Ihren Verdienst daran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich finde, dass in der Folge eine ganze Reihe Ihrer Kritikpunkten nicht so ganz stichhaltig sind, und ich will das an ein, zwei Beispielen festmachen. Frau Raudies, Sie haben beispielsweise das Thema Katastrophenschutz und unsere Ablehnung Ihres Änderungsvorschlags zum IMPULS-Gesetz genannt. Sie haben aber vergessen, zu erwähnen, dass wir uns an anderer Stelle, nämlich im Landeshaushalt, genau darum kümmern und dass deshalb Ihr Antrag zur Änderung des IMPULS-Gesetzes überflüssig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sie haben kritisiert, dass die Mittel für die Frauenhäuser nicht im Einzelplan enthalten sind, wissen aber gleichzeitig, dass das genau eine der Maßnahmen ist, die wir, nachdem wir den Haushaltsüberschuss festgestellt haben und die Höhe des Haushaltsüberschusses kennen, über IMPULS und über die Nachschiebeliste in diesem Jahr durch die Regierung verankern werden. Sie kennen das Verfahren ganz genau. Deshalb finde ich es etwas unredlich, das hier anders darzustellen und etwas zu kritisieren, was Sie bei der zweiten Lesung nicht mehr durchhalten können, weil Sie dann die Mittel finden werden. Auch das muss hier erwähnt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Was mich am allermeisten irritiert hat, waren einige Sätze aus dem Beitrag des Kollegen Stegner von heute Morgen. Und zwar hatte der Kollege Stegner angekündigt, dass man das mit der Gegenfinanzierung als Opposition nicht so ganz genau nehmen müsse. Ich habe den Beitrag von Frau Raudies Gott sei Dank etwas anders verstanden. Ich habe Sie in den letzten Jahren auch anders kennengelernt. Herr Kollege, wir werden aber haargenau darauf achten, wie Sie Ihre großen Maximalversprechen gegenfinanzieren wollen. Diese einfach nur gegen die Verschuldung laufen zu lassen, kann keine Antwort sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

(Rasmus Andresen)

Bei allem Streit mit dem demokratischen Teil der Opposition möchte ich auch ein oder zwei Sätze der rechtspopulistischen Opposition nicht stehen lassen. Wir wissen, seit Frau Ulrich oder Frau von Sayn-Wittgenstein - wie immer Sie auch heißen mögen -, in ihrer Parteitage Rede das deutlich gemacht hat, dass Sie das mit der Integration nicht so genau nehmen und an Integration kein Interesse haben. Herr Nobis, auch das, was Sie hier gesagt haben, ist eine harte rechtspopulistische Rede aus dem Lehrbuch gewesen. Sie haben rumgestänkert, Sie haben gegen Minderheiten gehetzt. Sie haben keine eigenen Vorschläge gemacht, und Sie haben hier mit Falschbehauptungen agiert. Das muss scharf zurückgewiesen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Wir glauben, dass Ausgaben für den Integrationsbereich zentral wichtig sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bei uns. Sie sind super wichtig dafür, dass alle Menschen Teilhabe bekommen, dass alle Menschen eine Chance bekommen und auch eine Bildungsperspektive haben werden. Dafür stehen im Haushalt eine ganze Menge an Maßnahmen, und ich kündige es gern für meine Fraktion an, dass wir uns noch einmal ganz genau angucken, wo man an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch nachjustieren kann. Ich glaube, das ist vorhin von der SPD und auch vom SSW erwähnt worden. Wir sind gern mit dabei, das noch einmal zu überprüfen. Man kann gar nicht genug Integration machen. Wir haben ein gemeinsames Interesse, diesen Rechtspopulismus zurückzuweisen. Das hat nichts mit Sicherheitspolitik zu tun. Das ist das Gegenteil von mehr Sicherheit und mehr Zusammenhalt, was Sie hier veranstalten, und das geht so nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Wir hingegen wollen mehr Zusammenarbeit, wir wollen mehr Integration für alle Menschen bei uns im Land. Daher der Bildungsschwerpunkt, den viele Redner vor mir schon erwähnt haben. Daher auch ein Mehreinsatz für Gleichstellung und für Vielfalt. Wir wollen den Kulturbereich aufwerten. Das ist für uns als Grüne ein ganz wichtiger Punkt, weil gerade im Kulturbereich sehr viele Menschen mit sehr wenig Mitteln, aber mit sehr viel Herzblut dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft zusammengehalten wird. Das gilt besonders für die freie Szene und für die Soziokultur. Auch hier werden wir im Haushalt sicherlich noch nachlegen.

Wir freuen uns auf die Beratungen in der neuen Koalition und konstruktiv auch mit dem demokratischen Teil der Opposition. Wir fangen ja heute erst damit an. Deswegen ist es viel zu früh, hier eine Globalbewertung zu machen. Uns stehen in den nächsten Wochen noch intensive Beratungen im Parlament bevor. Wir werden diese mit aller Ernsthaftigkeit führen und als Fraktion dort noch starke Schwerpunkte setzen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich für meine Fraktion noch einmal zu Wort gemeldet, da wir, genauer gesagt der Kollege Herr Dr. Stegner und ich, eine Meinungsverschiedenheit hatten. Der Herr Oppositionsführer, Herr Dr. Stegner ist Oppositionsführer, hat heute Morgen deutlich gemacht, dass diese Koalition weniger Geld für die Landesstraßen ausgeben werde, als Sie es getan hätten. Das hat Frau Raudies gerade versucht zu erklären. Das ist nur von vorn bis hinten misslungen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Stegner, Sie haben gesagt, ich hätte Sie darauf hingewiesen, dass Sie hier auf einem falschen Trip seien. Dann haben Sie noch einmal nachgelegt und gesagt: Nein, ich könne den Haushalt nicht lesen, Sie können das viel besser und Frau Raudies werde nachher noch einmal kommen und mir das erklären. Ich könne mich dann bei Ihnen entschuldigen. Das haben Sie vorhin so gesagt. Das habe ich sehr ernst genommen und habe mich die ganze Mittagspause darauf gefreut, was denn nun kommt und wie Sie das begründen. Ich sage mal: Das Ding ist komplett ins Klo geplumpst.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Rechnung ist wirklich sehr interessant. Sie haben gesagt, bei Ihnen seien das rund 81 Millionen € gewesen, bei uns seien es um die 60 Millionen €.

Ich habe jetzt noch einmal in den Wirtschaftsplan des Landesbetriebes für das Jahr 2018 geguckt. Das empfehle ich auch jedem anderen. Wenn man sich

(Christopher Vogt)

das einmal anschaut, dann gibt es dort Investitionen und Zahlungen im Bau in Höhe von 99,7 Millionen €. Hiervon stammen aus IMPULS 58 Millionen €. Des Weiteren planen wir sonstige Investitionen und Unterhaltungsaufwendungen in diesem Bereich in Höhe von 6,5 Millionen €. Dem Wirtschaftsplan des LBV ist somit direkt ein Planansatz in Höhe von 106,2 Millionen € zu entnehmen.

Zusätzlich - das können Sie nicht wissen - hat mir so ein Vöglein gezwitschert, wird die Landesregierung zusätzlich 17 Millionen € nicht verbaute Gelder aus IMPULS ins Jahr 2018 übertragen. Vielleicht einmal die Details. Ich mache das jetzt ganz detailliert; denn ich möchte, dass wir alle die gleiche Faktenlage haben.

Wenn man auf die Seite 98 des Wirtschaftsplans schaut, sieht man Bauleistungen in Höhe von 37,2 Millionen € plus Ingenieursleistungen in Höhe von 26,5 Millionen €. Im Vorjahr, Herr Dr. Stegner, also im Haushaltsentwurf 2017, standen dort im Gegensatz zu den 99,7 Millionen € 52,4 Millionen €. Das wäre ein Plus von 90 %.

Jetzt haben Sie sich wahrscheinlich den Nachtragshaushalt zu Gemüte geführt, was natürlich ein Vergleich von Äpfeln und Birnen ist. Sie haben nämlich über den Nachtragshaushalt im März 2017 - das war die Zeit des Landtagswahlkampfes - mal eben ganz schlank gesagt, wir packen aus IMPULS noch einmal 30 Millionen € drauf, wohl wissend, dass Sie die so kurzfristig gar nicht verbauen können.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wären Sie aber immer noch bei nur 82,4 Millionen €. Noch nicht eingerechnet habe ich hier zwei Titel: „Kleine Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen“ in Höhe von 5,4 Millionen € und „Unterhaltungsinstandsetzung“ in Höhe von 1,2 Millionen €.

Herr Dr. Stegner, erklären Sie mir das bitte noch einmal. Sie haben ja vorhin sehr hart gesagt, ich könne nicht rechnen, ich solle mich bei Ihnen entschuldigen. Sagen Sie mir bitte, wie Sie angesichts der Zahlen darauf kommen, dass wir weniger ausgeben als Sie.

Wir haben eben von einer Landesstraßenbrücke gehört, auf der auch ein Gleis liegt; da ging es um 18 Millionen €, und es wurde gesagt, das sei ja keine Landesstraße, sondern irgendetwas anderes. Das finde ich interessant. Vielleicht machen wir die

Landesstraße weg und bauen nur ein Gleis; die Leute werden dann begeistert sein.

(Heiterkeit FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Stegner, hier geht es darum, wie wir miteinander umgehen. Aber weil Sie vorhin sagten, ich solle mich bei Ihnen entschuldigen, frage ich Sie: Was machen Sie denn jetzt? - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die AfD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein das Wort.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:

Herr Präsident! Vielen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, hier eine unparlamentarische und unerhörte Angelegenheit anzusprechen.

Das, was Sie, Herr Kollege Andresen, sich eben geleistet haben, war unter aller Kanone. Der Kollege Vogt hat eben von dem Griff ins Klo gesprochen. Das war das, was Sie sich eben geleistet haben. - Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Ich möchte innerhalb von 2 Minuten einige Punkte zusammenfassen, die ich in meiner ersten Rede zwar schon genannt hatte, aber jetzt noch einmal in Erinnerung rufen möchte.

Ich glaube, zunächst muss man sich darüber Gedanken machen, dass wir die Schuldenbremse haben. Deshalb sind wir in der Tat nicht in der Lage, alles das zu finanzieren, was wir uns möglicherweise alle wünschen. Daran werden natürlich auch wir uns halten.

Ich glaube, es wird sehr schwierig werden, Maßnahmen, die 100 oder 150 Millionen € kosten, in irgendeiner Form aufzusatteln. Das mag vielleicht im nächsten oder im übernächsten Jahr gehen, aber in diesem Jahr wird das, wie ich das sehe, wohl sehr schwierig werden.

(Lars Harms)

Für uns gibt es aber mehrere Punkte, die wichtig sind und die wir auch in die weiteren Beratungen einbringen werden. Das eine ist das Problem der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Das ist allerdings eine richtig große Hausnummer, die im Endeffekt schlappe 33 Millionen € ausmachen wird; das ist durchaus ein nennenswerter Betrag.

Die Maßnahmen für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und alles das, was mit der Entfristung von deren Stellen zu tun hat, kosten zunächst einmal nichts. Aber wir werden darüber nachdenken müssen, dass da noch etwas mehr passiert.

Für uns ist natürlich auch das Minderheitenthema ein wichtiges Thema, über das wir uns auch noch einmal unterhalten müssen, um zu sehen, ob wir auch auf diesem Gebiet in der zweiten Lesung des Haushalts noch den einen oder anderen kleinen Fortschritt erzielen können.

Was die Problematik bei den Tierheimen betrifft, nehme ich durchaus positiv wahr, dass verschiedene Redner aus den Koalitionsfraktionen gesagt haben, das sei auch für sie ein Thema. Wir sollten deshalb in der Tat noch einmal gemeinsam darauf schauen, weil ich glaube, dass es wirklich wichtig ist, den Tierheimen ein tolles Signal zu geben.

Dem Kollegen Rasmus Andresen gebe ich immer noch recht: Integration ist in der Tat eines der Megathemen, die wir haben. Das können wir nicht einfach so schleifen lassen. Wir haben hier bereits viel getan, und wir tun weiterhin sehr viel. Es muss auch möglich sein, dafür noch mehr zu tun; denn ich glaube, wir sind es den Menschen schuldig. Sie haben es schwer genug. Deshalb ist es unsere Aufgabe, es diesen Menschen zu erleichtern.

Vor dem Hintergrund, dass wir am 24. Dezember ein Fest der Nächstenliebe feiern werden, sollte dies auch jedem klar sein. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Jetzt kommen wir zu den Dreiminutenbeiträgen. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte heute Morgen das Vergnügen, vor dem Kollegen Dr. Stegner reden zu dürfen. Insofern habe ich jetzt das Vergnügen, mich mit seiner Rede von heute Morgen auseinandersetzen zu können.

Sie haben heute Morgen der Landesregierung Tatenlosigkeit und Stillstand vorgeworfen. Sie haben sogar das alte Stichwort vom schläfrigen Schleswig-Holstein wieder zitiert. Im gleichen Atemzug haben Sie die Landesregierung dafür gelobt, dass sie all das Gute fortsetzen und es weiter so machen würde wie die Vorgängerregierung. Eine solche Chuzpe muss man erst einmal haben, diese beiden Argumente auf diese Weise zusammenzubringen. Aber vielleicht überlegen Sie selber einmal, ob diese Argumentationskette heute Morgen wirklich so schlüssig gewesen ist.

Noch bemerkenswerter fand ich aber die Frauenförderung, die Sie in der SPD-Fraktion betreiben. Kaum taucht in der SPD-Fraktion neben Herrn Dr. Stegner eine neue Hoffnungsträgerin in Person von Beate Raudies auf, schon wird sie von ihrem Fraktionsvorsitzenden im Regen stehengelassen. Erst behauptet Herr Stegner hier alle möglichen unhaltbaren Sachverhalte und verweist darauf, dass dies die Kollegin Raudies anschließend noch erklären werde.

Ich habe gesehen, wie verzweifelt Sie, Frau Raudies, versucht haben, anschließend die Zahlen des Kollegen Stegner auf irgendeine Weise nachzuvollziehen und hinzurechnen. Es ehrt Sie, dass Sie versucht haben, Ihrem Fraktionsvorsitzenden eine Brücke zu bauen, auch wenn Sie dafür andere Brücken ignorieren mussten. Aber trotzdem: Sie haben es einfach nicht verdient, Frau Raudies, von Ihrem Fraktionsvorsitzenden so ausgenutzt zu werden. Das würde es bei uns nie geben.

(Beifall CDU - Zurufe SPD: Oh!)

Nun aber zu den Falschmeldungen, die Sie, Herr Dr. Stegner, heute Morgen verbreitet haben. - Vielleicht hören Sie kurz zu und beenden Ihr Telefonat. Das Thema Straßenbaumittel haben die Kollegen Plambeck und Vogt ja bereits sehr schön dargelegt. Aber egal, welchen Vergleich man nimmt - Haushaltsstellen oder Wirtschaftsplan -, man kommt immer auf größere Beträge als im letzten Jahr. Dennoch ist darin ein großer Gedankenfehler enthalten; denn Sie vergleichen das immer mit dem Haushaltsplan 2017 inklusive Nachtragshaushalt, also inklusive weiterer IMPULS-Mittel. Die kommen bei uns im Februar 2018 ja noch dazu. Dann werden die Zahlen eben noch größer werden. Ich sage schon jetzt: Dann werden Sie vor Neid erblassen.

Aber, Herr Dr. Stegner, Sie haben hier noch weitere Falschaussagen verbreitet. Ich zitiere dazu aus Ihrer Rede. Sie haben zum Innenminister gesagt, er verspreche bei der GdP all die Dinge, die zwar nicht in

(Tobias Koch)

Ihrem Koalitionsvertrag, dafür im SPD-Wahlprogramm stehen würden.

Insoweit gebe ich Ihnen einen Tipp. Da gibt es bei den PDF-Dokumenten eine Suchfunktion. Da kann man eine Lupe anklicken und einen Begriff eingeben, und dann sieht man, wo an welcher Stelle das in dem Dokument zu finden ist. Geben Sie die Stichworte „Erschwerniszulage“ und „Beförderungen“ ein. Dann werden Sie auf Seite 77 des Koalitionsvertrages verwiesen, auf der das geregelt ist. Auch die Wechselschichtdienste sind dort genannt. Ich zitiere:

„Die Berücksichtigung besonders belastender Dienste wollen wir weiter ausbauen.“

Das alles können Sie aus unserem Koalitionsvertrag entnehmen.

Sie haben außerdem gesagt, Herr Dr. Stegner, Sie würden im Haushalt die Ausstattung der Landespolizei mit Tablets nicht finden. Es mag zutreffen, dass Sie das tatsächlich nicht gefunden haben. Deshalb sage ich Ihnen: Schauen Sie auf Seite 88 im Einzelplan 04. Dort finden Sie dann 1 Million € für den Erwerb von Soft- und Hardware, die in den Einzelplan 14 übertragen werden.

Nun ist meine Redezeit leider schon zu Ende. Ich will Ihnen aber nicht den letzten wunderschönen Satz vorenthalten: Wir als Opposition können mit unseren begrenzten Mitteln keinen seriös durchgerechneten Haushaltsentwurf vorlegen. - Dieses Armutszeugnis, das Sie hier abgegeben haben, würden Sie keiner anderen Opposition durchgehen lassen. Wir erwarten von Ihnen einen seriösen Haushaltsantrag, der nicht Additives, sondern Alternatives mit einer Deckung für Ihre Vorschläge zum Inhalt hat.

Wir sind gespannt auf den Februar. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Jetzt hat Herr Abgeordneter Lasse Petersdotter von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich nehme einmal, wie es für mein Naturell üblich ist, ein bisschen die Schärfe heraus.

(Heiterkeit)

Ich will gar nicht auf das Pingpong in der Debatte eingehen, sondern die Möglichkeit nutzen, ein paar Worte zu den Tierheimen und zu der Tierschutzarbeit vor Ort zu sagen; das ist ja auch Teil dieser Diskussion.

Die Arbeit, die dort vor Ort passiert, gerät viel zu häufig aus dem Blickwinkel der Gesellschaft, ebenso wie die Tierheime selbst. Die Tierheime sind häufig stark sanierungsbedürftig und in Randregionen angesiedelt, weil sich Anwohner durch das Bellen der Hunde gestört fühlen könnten. Man muss dabei immer wieder bedenken, dass das Bellen der Hunde das Bellen von Lebewesen ist, die einmal ein extrem wichtiger Wegbegleiter von Menschen im Alter oder in der Jugend waren, teilweise der einzige Wegbegleiter für Menschen in Einsamkeit.

Trotzdem landen Tiere häufig im Tierheim. Dafür gibt es ganz unterschiedliche Gründe. Manche Menschen verlieren die Kontrolle über die Liebe zu ihren Tieren und häufen immer mehr an. Wenn die das Tier besitzende Person stirbt und die Erben das Erbe ausschlagen, dann muss ein Tierheim dafür geradestehen. Es kann passieren, dass ein Tierheim einen Anruf bekommt, dass - das ist ein Fall aus Schleswig-Holstein - aufgrund eines Todesfalls etwa 80 Hühner und eine unbestimmte Anzahl von Katzen aufzunehmen sind. Damit müssen sich die Tierheime auseinandersetzen. In Solidarität werden diese Tiere dann verteilt. Aber kein Tierheim ist ein Geflügelhof, der einfach so damit umgehen könnte.

Andere verlieren das Interesse an ihren Tieren. Das ist etwas, was ich gerade in dieser Sitzung kurz vor Weihnachten einmal betonen möchte: Tiere sind kein Geschenk. Tiere sind Lebewesen, für die man Verantwortung übernimmt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Jörg Nobis?

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Bitte.

(Vizepräsident Oliver Kumbartzky)

Jörg Nobis [AfD]: Ich wollte nur fragen: Wir sind doch noch in der Haushaltsdebatte, oder nicht?

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Richtig.

(Jörg Nobis [AfD]: Okay, danke!)

Genau. Wenn Sie die Tagesordnung lesen, dann sehen Sie auch, welche Tagesordnungspunkte beziehungsweise welche Drucksachen im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte diskutiert werden. Dazu zählt der Antrag des SSW zur Unterstützung von Tierheimen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Andere Menschen verlieren das Interesse an ihren Tieren - ich habe es gerade angesprochen -, und dann werden diese Tiere abgegeben. Längst handhaben es nicht alle Kommunen oder Kreise in gleicher Weise, ob es dafür eine Erstattung für die Tierheime gibt oder nicht. Das ist ein großes Problem, weil die Tierheime sich einfach mit der Situation auseinandersetzen müssen.

Einige Menschen verlieren jeglichen Respekt und jede Empathie für die Tiere. Die Tiere müssen beschlagnahmt werden. Da muss der Staat eingreifen. Auch dafür gibt es nicht immer eine Unterstützung.

Tierheime bieten allen diesen Tieren ein Zuhause. Genau deswegen ist das, was in Tierheimen passiert, die Tierschutzarbeit, eine gesellschaftliche Aufgabe. Die Spenden vor Ort reichen nicht aus. Die Erbschaften, die dort hingelangen, sind häufig viel zu gering. Auch das, was an Weihnachten gespendet wird, reicht nicht aus, um ein Tierheim zu betreiben. Die Kommunen beteiligen sich nur unzureichend, und es ist die Frage, ob das an eigenen Zwängen oder an einer falschen Prioritätensetzung liegt. Deshalb will ich noch einmal dafür werben, dass wir ernsthaft darüber diskutieren, wie sich das Land an diesen Kosten beteiligen und Verantwortung vor Ort übernehmen kann. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Jetzt hat die Abgeordnete Beate Raudies von der SPD-Fraktion das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf drei Punkte eingehen. Das eine ist, dass hier immer Haushaltsentwurf und Haushaltsanträge verwechselt werden. Ich glaube, da werden so ein bisschen Äpfel und Birnen vermischt. Natürlich sind wir als Opposition nicht in der Lage, einen alternativen Haushaltsplanentwurf vorzulegen. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Ich weiß gar nicht, wer hier dieses Gerücht in die Welt gesetzt hat. Auf nichts anderes hat sich die Aussage von Herrn Stegner bezogen. Lesen Sie das noch einmal nach, Herr Koch. Sie können allerdings bei den Haushaltsanträgen seriöse Gegenfinanzierungen von uns erwarten. Das ist das Erste.

Zweitens. Was die Straßen angeht, so freue ich mich sehr darauf, mir im Finanzausschuss den Wirtschaftsplan des LBV anzugucken, um zu sehen, wie viele der geplanten Investitionsmittel für Landesstraßen, für Bundesstraßen, für Bundesautobahnen, für Gebäude, für die Anschaffung von Fahrzeugen und für anderes verwendet werden. Ich bitte um Nachsicht, dass ich mich bei den Zahlen auf die Pressemitteilung der Finanzministerin vom November 2017 zum Haushalt bezogen habe, in der Frau Heinold davon spricht, dass für die Sanierung von Landesstraßen 58 Millionen € und im Wirtschaftsplan des LBV noch einmal 27 Millionen € für die Landesstraßen vorgesehen seien.

Das, was das Vögelchen Ihnen geflüstert hat, hat es mir nicht geflüstert. Insofern war ich da ein bisschen im Nachteil. Das kann passieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Dann gucken Sie in den Haushaltsentwurf! - Weitere Zurufe)

- Er hat sich auf das Vögelchen und das, was ich nicht weiß, bezogen. Oder das waren Sie, Entschuldigung.

(Zurufe)

Das Letzte, Herr Koch, war das mit der Frauenförderung. Vielleicht war es nett gemeint von Ihnen.

(Zuruf: Nein!)

Aber war es wirklich nett gemeint, oder war es eine Unverschämtheit? Ich bin mir nicht ganz sicher. Ich glaube, ich habe es nicht nötig, mich verteidigen zu lassen. Ich stehe für meine Fehler ein, wenn ich welche mache. Meine Rechnung ist meiner Ansicht nach aber korrekt. Wir werden im Finanzausschuss viel Zeit und viel Freude darauf verwenden. Es ist reizend, dass Sie versuchen, mich in Schutz zu nehmen. Aber das kann ich selbst tun. - Vielen Dank.

(Beate Raudies)

(Beifall SPD)

Vizepräsident Oliver Kumbartzky:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zu a): Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/142, Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/199.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/142, unverändert anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in der Drucksache 19/142 einstimmig angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt weiter, den Antrag, Drucksache 19/199, anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Da müsste ich jetzt einmal bei der SPD-Fraktion - -

(Zuruf CDU: Die ist nicht anwesend! - Weitere Zurufe)

Das ist der Antrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/199, zu dem der Finanzausschuss die Annahme empfohlen hat. Darüber stimmen wir jetzt noch einmal ab. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Zweitens. Abstimmung zu b), c) und d), Gesetzentwürfe der Landesregierung, Drucksachen 19/360, 19/361, und Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 19/368 (neu). Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe, Drucksachen 19/360, 19/361 und 19/368 (neu), dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Drittens. Abstimmung zu e), Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/355. Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/355, dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist dann einstimmig so beschlossen.

Viertens. Abstimmung zu f), Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2015, Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/4912, und Bemerkungen 2017 des Landesrech-

nungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2015.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, der Landesregierung gemäß Artikel 63 Absatz 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und § 114 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Weiter empfiehlt der Ausschuss die Annahme seiner Beschlussempfehlung, Drucksache 19/364, Absatz 2. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig angenommen.

Fünftens. Abstimmung zu g), Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2016, Drucksache 19/366. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/366, dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Das war es zum Thema Haushalt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Energie- und Klimaschutzziele in Schleswig-Holstein umsetzen!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/369

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Thomas Hölck für die antragstellende SPD-Fraktion.

Thomas Hölck [SPD]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz hat die gute alte Küstenkoalition für Schleswig-Holstein eine gesetzliche Grundlage für den Klimaschutz und die Energiewende geschaffen. Die Weltgemeinschaft hat sich mit dem Pariser Abkommen völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, die globale Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen. Daher sind alle gefordert, weltweit, in der EU, national und auf Ebene der Bundesländer und in den Kommunen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

(Thomas Hölck)

Wir haben mit diesem Gesetz eine Planungsgrundlage geschaffen, um die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen im Land zu ergreifen.

Mit konkreten Effizienzvorgaben für die Landesliegenschaften übernimmt das Bundesland eine Vorreiterrolle. Hierzu sind im Gesetz verschiedene Regelungen enthalten; unter anderem soll bis zum Jahr 2050 eine CO₂-freie Strom- und Wärmeversorgung von Landesliegenschaften erreicht werden. Das Gesetz legt insbesondere landesweite, verbindliche Ziele der Energiewende- und Klimaschutzpolitik fest. Das Gesetz wurde damit zum Ausdruck der Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins in der Energiewende.

Nun gibt es bekanntlich diese merkwürdige Jamaika-Koalition 4.0.

(Zuruf CDU)

Zwei Parteien haben damals dem Gesetz nicht zugestimmt, und die Grünen haben diesem Paradedgesetz zugestimmt. Im Koalitionsvertrag von Jamaika genießt das Landesnaturschutzgesetz Bestandschutz. Wie ist es mit diesem Energie- und Klimaschutzgesetz? Zu Recht stellt sich die Frage: Wo steht diese Koalition bei der Energiewende? Laufend werden hier Prosaanträge gestellt, die alle folgenlos sein werden. Der Ausbau der Windenergie an Land ist zum Erliegen gekommen; es herrscht Stillstand. Ohne Planungssicherheit, ohne Flächen, ohne Genehmigungen wird das Windland Schleswig-Holstein abgehängt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Quatsch!)

Nicht nur die Klimaschutzziele, sondern auch tausende Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein sind in Gefahr. 1.500 bis 2.000 Stellen in der Zukunftsbranche sind bereits verloren gegangen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Milliardeninvestitionen liegen auf Eis. Die Ausbauziele des Energiewendegesetzes sind kaum noch realisierbar. Wer hätte je gedacht, Herr Kollege Arp, dass die Wirtschaft vor CDU und FDP geschützt werden muss und die Energiewende vor den Grünen, meine Damen und Herren?

(Beifall SPD)

Wenn Jamaika 4.0 im Bereich der Energiewende Zukunft atmet - ich glaube, da bekommt man Brechreiz.

(Zuruf CDU: Was?)

Der Markenkern dieser Koalition ist: Planlos, ziellos, hilflos bei der Energiewende. Immerhin war

der Kollege Oliver Kumbartzky von der FDP für FDP-Verhältnisse erstaunlich ehrlich, als er in einer Presseerklärung zur Übergabe der Unterschriften der Volksinitiative erklärte:

„Abstandsregelungen in Höhe des Zehnfachen der Anlagenhöhe, wie von einer der Volksinitiativen gefordert, würden das Thema Windenergie im Land zwischen den Meeren vollkommen zum Erliegen bringen. Das wollen ... wir nicht.“

(Beifall SPD)

Zu dieser ehrlichen Aussage war die CDU nicht bereit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir werden uns größeren Abständen zur Wohnbebauung nicht verschließen, wenn diese im Rahmen der Regionalplanung, im Rahmen des Verfahrens unter Einhaltung der Ziele des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes erreichbar sind.

(Beifall SPD)

Wir werden aber die Bürgerinnen und Bürger im Gegensatz zur schwarzen Ampel nicht täuschen. Wir stehen zur Energiewende, so wie wir die Ziele und die Grundlagen im Gesetz beschlossen haben. Wer allerdings 2 % Landesfläche für Windenergie freigeben will, wer 10 GW zusätzlichen Strom aus Windenergieanlagen an Land verspricht und gleichzeitig behauptet, die Abstände zur Wohnbebauung erhöhen zu können, der belügt die Menschen in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Da hilft es auch nicht, wenn Sie jetzt vollmundig erklären, die Offshore-Windenergie müsse stärker ausgebaut werden. Zu viele Hürden stehen dem derzeit noch im Weg, und es ist mehr als fraglich, ob diese Pläne die nicht genutzten Flächen an Land kompensieren können. Sie müssen endlich aufhören, die Akzeptanz beim Ausbau der Windenergie gegen Planungssicherheit auszuspielen. Sie müssen endlich aufhören, Energiewendeprosa zu veranstalten. Sie müssen sich zu dem bekennen, was hier im Landtag beschlossen worden ist, was Gesetzeslage ist. Dazu waren Sie bisher nicht bereit. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Andreas Hein.

Andreas Hein [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Ihr Antrag lautet: Energie- und Klimaschutzziele in Schleswig-Holstein umsetzen. Die neue Landesregierung verfolgt weiterhin die ehrgeizigen Ziele der Energiewende- und Klimaschutzpolitik. Weiterhin strebt sie an, die Energiewende- und Klimaschutzgesetze entlang der energiepolitischen Ziele des Koalitionsvertrags zur Mitte dieser Legislatur zu überprüfen. Um diese ehrgeizigen Ziele überhaupt erreichen zu können, müssen Klimaschutzbelange nicht nur in der Energiepolitik, sondern auch in weiteren Handlungsfeldern wie Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik integriert werden.

Dies steuert die Landesregierung über Energiewende- und Klimaschutzprogramme. Seit Jahren legt sie dazu Energiewende- und Klimaschutzberichte vor, in denen sie über Ziele, Maßnahmen und Monitoring berichtet. Dabei ist es vorrangiges Ziel, die Auswirkungen des Klimawandels verlässlich abzubilden und in den betroffenen Bereichen Maßnahmen zur Anpassung zu entwickeln und umzusetzen.

Klimaveränderndes Verhalten, meine Damen und Herren, macht keinen Halt vor Grenzen. Deshalb gibt es schon länger weltweite Klimaschutzkonferenzen. Aber die Äußerungen von Machthabern auf der anderen Seite des Atlantiks - zum Beispiel: „Den Klimawandel haben die Chinesen erfunden!“ - und auch die jüngsten Handlungen machen deutlich, welche Aufgaben noch vor uns liegen.

Der Strom aus erneuerbaren Energien erreichte im Jahr 2013 in Schleswig-Holstein einen Anteil am Bruttostromverbrauch von 75 % und bundesweit von 26 %. Damit lag der Anteil in Schleswig-Holstein rund dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2014 konnte die erzeugte Strommenge den Jahresverbrauch im Land rechnerisch decken. Mit dem weiteren Ausbau können die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2025 voraussichtlich 300 % des Stromverbrauchs bereitstellen.

Bundesweit ist der Stromsektor für über 40 % der CO₂-Emissionen verantwortlich. In den letzten beiden Jahren sind die CO₂-Emissionen bundesweit angestiegen, maßgeblich aufgrund zunehmender Verfeuerung von Braunkohle. Nach dem Atomausstieg ist der Ausstieg aus der Kohlenutzung von großer Bedeutung für die Erreichung unserer Klimaschutzziele.

Hierbei spielt für Schleswig-Holstein das Abschalten des Heizkraftwerkes Wedel eine wesentliche

Rolle. Deshalb ist es wichtig, dass die Hansestadt Hamburg hier auch tätig wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Schleswig-Holstein kann damit jährlich circa 1,4 Millionen t Kohlendioxid einsparen.

Die erneuerbaren Energien müssen stärker als bisher Verantwortung für das Gesamtsystem der Energieversorgung übernehmen, indem sie Aufgaben erledigen, die bisher vorrangig von konventionellen Kraftwerken gewährleistet wurden. Dazu sind auch Speicherlösungen zu entwickeln, die wirtschaftlich betrieben werden können.

Sehr geehrter Herr Hölck, nun haben Sie ein paar Minuten auf den Internetseiten des Landes Schleswig-Holstein verbracht und diesen kreativen Antrag formuliert. - Bravo!

(Thomas Hölck [SPD]: Das kann ich auch so, ohne Internet!)

Das spiegelt sehr eindrucksvoll wider, dass Sie zu mehr politisch kaum in der Lage sind.

(Zuruf SPD: Och nee! - Martin Habersaat [SPD]: Harte Attacke!)

Anstatt hier mit kreativen Ideen und konstruktiv mit Lösungen aufzuwarten, grämen Sie sich im Keller bei Kerzenschein. Wir brauchen niemanden, der uns erzählt, dass im Keller das Licht brennt. Wir brauchen verlässliche Lösungen, damit auch in Ihrem Keller künftig der Strom aus erneuerbaren Energien kommt und das Licht angeht.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD] - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Für unsere Monitore brauchen wir keinen Kerzenschein!)

- Lieber Kollege Hölck, wenn Sie sich konstruktiv einbringen wollen, sagen Sie mir Bescheid. Wir unterhalten uns gern.

Ich kann mir aber schon vorstellen, wie Ihnen in der SPD-Fraktion zumute ist, nachdem Sie erleben müssen, dass wir in der Jamaika-Koalition zukunftsgerichtet und konstruktiv an Lösungen arbeiten

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

und unser Ministerpräsident Daniel Günther und seine Regierung gerade dabei sind, unser Land wachzuküssen und aus dem jahrelangen Dornröschenschlaf zu wecken.

(Beifall CDU und FDP)

(Andreas Hein)

Von diesem Aufbruch und dieser Dynamik profitieren dann auch der Energie- und Klimaschutz. Packen wir es an!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Werter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hölck, über Ihre Rede müssen wir heute zum Glück nicht abstimmen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich denke, die überarbeiten Sie vielleicht noch einmal, und wir können später im Ausschuss bei anderen Themen einmal darüber diskutieren.

Mit dem Klimaabkommen von Paris haben wir uns dem Ziel verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, die nötig sind, um die Temperaturerhöhung auf deutlich unter 2 °C zu halten. Die Tatsache, dass wir ein Klimaschutzgesetz haben, heißt nicht, dass sich alle darin festgehaltenen Ziele von allein erfüllen. Wir müssen beim Klimaschutz schnell handeln, wir müssen schnell vorankommen. Es ist wichtig, dass wir uns jetzt die Frage stellen: Haben wir alle notwendigen Weichen für das Erreichen dieser Ziele rechtzeitig gestellt?

Das Klimaschutzgesetz schreibt bewusst wenige ordnungsrechtliche Maßnahmen vor und setzt auf die Kompetenzen von relevanten Akteuren im Land. Im Folgenden möchte ich auf die drei im Antrag betonten Ziele eingehen: Treibhausgasemissionen, erneuerbarer Strom und Wärme.

Die Treibhausgasemissionen müssen bis 2020 um 40 % reduziert werden. Sie wissen, dass es eng werden wird, dieses Ziel zu erreichen. Wir müssen den Verbrauch noch um rund 5 Millionen t reduzieren. Herr Hein hat eben gesagt, Wedel abzuschalten, bringe 1,4 Millionen t; alle großen Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein abzuschalten, bringe circa 3,5 Millionen t.

Diese Menge ließe sich am einfachsten durch die Erzeugung erneuerbaren Stroms kompensieren und entspricht in etwa der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Steigerung von 6 auf 10 GW installierter Leistung für Windenergie. Sie wissen aber auch al-

le, wo wir aufgrund des Urteils im Moment hängen und dass wir nur zögerlich vorankommen. Schon kurzfristig kommen wir nicht darum herum, dass alle Sektoren - auch Verkehr, Wärme, Industrie und Landwirtschaft - ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Stromerzeugung bis 2025: 37 TWh aus erneuerbaren Energien. Dieses Ziel haben wir uns im Bewusstsein für die Verantwortung der Energiewende im Raum Schleswig-Holstein/Hamburg gesetzt. In der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien steckt ein hohes Klimaschutzpotenzial, das bei Weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Wir liegen 2016 bei 19,2 TWh, 10 TWh würden dazukommen, wenn wir die Ausbauziele schaffen, wie wir sie im Koalitionsvertrag vorgesehen haben, 8 TWh würden noch fehlen. Diese 8 TWh müssen aus den unterschiedlichsten Quellen kommen, aus Effizienzsteigerung durch Repowering, aus dezentralen Energieanlagen, um nur einige Punkte zu nennen. Es wird nicht einfach, dieses Ziel zu erreichen, und wir müssen uns ranhalten, dass wir es schaffen.

Im Wärmebereich - Sie wissen das alle - sind wir erst bei 14 %; 22 % sollen 2025 erreicht sein. Das ist fast eine Verdoppelung. Dieses Ziel können wir an allererster Stelle durch Effizienzgewinne erreichen, durch Wärmespeicher, durch neue Technologien. Im Klimaschutzgesetz werden Rahmenbedingungen für Wärme- und Kältepläne festgelegt. Aus dieser positiven Weichenstellung für Effizienzsteigerung und die Integration erneuerbarer Energien ist es für konkrete Projekte schwer voranzukommen. Ursache sind die hohen Investitionskosten, die langen Abschreibungszeiten sowie niedrige Preise für fossile Energie.

Hier ist es wichtig, dass Bund und Land nach dem Vorbild Dänemarks - vor allem der Bund - wirksame finanzielle und regulatorische Anreize setzen, um die Umsetzung der Wärmewende endlich in Gang zu bringen. Wir brauchen auch endlich ein Ende der Förderung von Ölheizungen durch den Bund. Das haben wir in der Küstenkoalition leider nicht erreicht; da ist der Wirtschaftsminister damals nicht mitgegangen. Und wir brauchen eine wirksame Bepreisung von CO₂.

Aufgabe dieser Landesregierung ist es, die Weichenstellung in drei zentralen Punkten im Blick zu behalten: Ausbau aller erneuerbarer Energien, finanzielle und regulatorische Anreize zur Effizienzsteigerung insbesondere im Wärmebereich, in der Sektorenkopplung, wirksame Fortschritte bei der Verkehrswende im Land.

(Bernd Voß)

Die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, und wir merken immer wieder, dass alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holstein dahinterstehen. Gleichzeitig können wir das Projekt als Chance für gute Wertschöpfung in der Region, saubere Luft und zukunftsfähige Geschäftsmodelle begreifen. Denn die immer höher werdenden Deichkronen sind ja im wahrsten Sinne des Wortes nur die Spitze der Herausforderungen, vor denen wir jetzt im Zeichen des Klimawandels stehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion, namentlich Herr Hölck, startet abermals einen Versuch, sich als Retter der Energiewende darzustellen. Herr Hölck, dass Ihre Anträge bis jetzt allesamt ins Leere gelaufen sind, liegt schlicht daran, dass die Anträge einfach schlecht waren. Das ist der Grund, dass die nie angenommen worden sind.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das liegt nicht an eurer Mehrheit! Ha ha!)

Aber Sie lernen ja schnell. Heute stellen Sie einen simplen Antrag, mit dem sich der Landtag zu einem bestehenden Gesetz bekennen soll. Das ist wirklich originell. Ich glaube, dafür kriegen Sie morgen früh als Belohnung von Ihrem Fraktionsvorsitzenden als Twitter-Musiktipp „Simply the best“ von Tina Turner.

(Vereinzelter Beifall FDP)

- Der hat ja richtig gezündet.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Kernfrage: Wie lassen sich die im Energiewende- und Klimaschutzgesetz niedergeschriebenen Soll-Ziele erreichen? Da liefert uns der SPD-Antrag überhaupt nichts. Herr Hölck, ein einfaches „Weiter so!“ bringt uns nicht weiter.

Ein zentraler Baustein zur Erreichung der Ziele ist die Sektorenkopplung. Hier verweise ich auf den nächsten Tagesordnungspunkt und den Antrag der

Koalition in der Drucksache 19/379. Es muss zukünftig darum gehen, die Energieerzeugung, die Speicherung und die Umwandlung technologieoffen zu gestalten. Regulatorische Hemmnisse müssen endlich konsequent abgebaut werden. Hier kann die SPD einmal zeigen, wie ernst es ihr mit der Erreichung der Energiewende- und Klimaschutzziele ist. Die eben beschriebenen Hemmnisse müssen auf Bundesebene beseitigt werden. Wir setzen da auf Ihre Unterstützung und Ihren guten Einfluss.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ein weiterer Punkt, bei dem wir auf die Unterstützung durch die SPD setzen, ist die Offshore-Windenergie. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik zeigt eindrucksvoll, dass es einer wesentlichen Ausweitung des Offshore-Anteils bedarf. Um aus dem Fazit der Studie zu zitieren:

„Ohne einen signifikanten Beitrag aus Offshore-Windenergie lässt sich die Energiewende nicht umsetzen.“

Genau so ist es. Durch die Offshore-Windenergie sinken Kosten, gleichzeitig steigen die Qualität der zuverlässigen Energieversorgung und die Akzeptanz. Denn klar ist doch auch: Die Energiewende und der Klimaschutz können nicht ohne die Bürger gelingen.

Meine Damen und Herren, es ist gut und richtig, dass wir uns in unserem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, dass Offshore-Windparks bereits heute in den Netzausbau einbezogen werden müssen. Wir werden uns für einen verlässlichen Ausbaupfad auf See einsetzen und einen marktkonformen Wettbewerb zwischen den Anbietern ermöglichen. Hierzu gehört die Erhöhung des Kapazitätsdeckels im Windenergie-auf-See-Gesetz von 15 GW auf mindestens 25 GW im Jahr 2030. Auch hier fordern wir - wie schon gesagt - Ihre Unterstützung ein. Wenn Sie sich hier klar zu den Energiewendeziele bekennen wollen, müssen Sie sich auch dazu bekennen, dass der von Ihrem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eingeführte Deckel weg muss.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Nun zur Onshore-Windenergie. Es war so sicher wie das Amen in der Kirche, dass heute wieder der Vorwurf kommt, die Koalition bremse die Windenergie an Land aus.

(Zurufe SPD)

(**Oliver Kumbartzky**)

- Herr Stegner, auch Sie haben das vorhin gesagt. - Ich sagte bereits in der Landtagssitzung am 12. Oktober 2017: Jetzt liegen 6.500 Stellungnahmen zu Ihren Plänen vor, und die müssen natürlich intensiv ausgewertet werden. Danach werden die Pläne überarbeitet. Da werden Fragen geprüft, Stichworte sind Repowering, Abstände und Interimsverfahren. - Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, im Gegensatz zu Ihnen nehmen wir die Menschen beim Thema Windenergie ernst, und wir nehmen sie mit.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Jetzt loben Sie mit Ihrem Zwischenruf das Beteiligungsverfahren, das der Grund dafür ist, dass es länger dauert. Das ist wirklich ein Tanz, den Sie hier aufführen, Herr Dr. Stegner.

Wir brechen das laufende Verfahren nicht ab, wie Sie es immer behaupten, sondern wir führen es modifiziert fort.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Dazu komme ich jetzt. - Jetzt gilt ein Moratorium; das Moratorium haben Sie ja mit beschlossen. Ausnahmen werden begrenzt und nur für Flächen erteilt, für die eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde und die erwartbar die Kriterien der Landesplanung erfüllen.

Nun kommt es: Sie behaupten, dass 3 Milliarden € Investitionssumme auf Halde lägen, weil 680 geplante Anlagen nicht gebaut werden könnten.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Das ist Ihr Vorwurf. - Ja, Sie machen sich ja diesen Vorwurf zu eigen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie blenden dabei vollkommen aus, dass weniger als die Hälfte dieser Anlagen innerhalb der im ersten Entwurf vorgeschlagenen Vorranggebietskulisse liegen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ein großer Teil der anderen Anträge liegt also an Standorten, die auch schon vor einigen Jahren zur Ablehnung geführt hätten.

Eine weitere Anforderung ist die Lage in Windeignungsgebieten aus der letzten Teilfortschreibung 2012. Dies erfüllen von den verbliebenen circa 290 nur noch knapp 100 Anträge, die überhaupt infrage kommen.

Genau so hätten Sie es beschlossen. Auch Sie hätten die 680 Anlagen doch nicht durchgewunken, wenn nur 100 in den richtigen Flächen liegen. - Sie beschweren sich doch, dass wir angeblich alles bremsen. Das ist nicht so.

Im Übrigen sind einige Anträge zurückgestellt worden, bis die Prüfaufträge aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet sind. Es verbleiben am Ende noch etwa 45 Anträge im Verfahren der Ausnahmeprüfung. Diese Zahlen hätten Sie einmal erfragen sollen, bevor Sie irgendwelche Positionen übernehmen oder uns irgendwelche Vorwürfe machen. Das sind die Fakten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist denn nun?)

- Ich bin gleich am Ende meiner Redezeit.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich bin argumentativ noch lange nicht am Ende. - In diesem Jahr gab es 30 neue Anträge. Der Grund dafür, dass es weniger sind als im Vorjahr, ist das neue EEG. Wer hat es gemacht? - Die SPD hat es gemacht. Schönen Dank auch!

Ein „Weiter so!“, wie Sie es wollen, machen wir definitiv nicht mit. Wir machen es anders: Sektorenkopplung, Netzausbau, Offshore-Ausbau, bürgerfreundliche Regionalpläne Wind sind die richtigen Schlüssel. Sie haben den Schlüssel offenbar verloren.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir mit dem nächsten Redner fortfahren, begrüßen Sie mit mir neue Gäste auf der Besuchertribüne Marineoffiziere der Crew 458 mit Damen aus Kiel, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus dem Rathaus Lübeck sowie Mitglieder und Gäste des Flensburger Kreisverbandes von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die AfD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion hat nichts, aber auch gar nichts Innovatives zu bieten. Die Genossen haben lediglich einige Passa-

(Jörg Nobis)

gen aus dem Gesetz zur Energiewende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein vom 7. März 2017 in ihren Antrag kopiert. Diejenigen in diesem Haus, die schon länger hier sitzen, werden sich erinnern. Ich frage mich wirklich, was das soll. Sie beantragen heute im Kern, dass der Landtag beschließen möge, dass sich die Landesregierung doch bitte schön konsequent an beschlossene Gesetze halte.

Liebe Genossinnen und Genossen, auf diese reinen Redezeitbeschaffungsmaßnahmen können wir wirklich gern verzichten. Deswegen fasse ich mich kurz und darf Sie zum wiederholten Male auffordern: Kümmern Sie sich endlich um die wirklichen Probleme im Land, anstatt das Parlament mit derartigen Scheindebatten zu belasten!

Inhaltlich ist zu Ihrem Antrag nicht viel zu sagen. Ihre Forderung ist ja bereits Gesetzeslage. Natürlich ist es die Pflicht der Landesregierung, geltende Gesetze umzusetzen. Da würden wir uns an der einen oder anderen Stelle zwar durchaus mehr Konsequenz wünschen. Im Bereich des sogenannten Klimaschutzes haben wir aber nicht die Befürchtung, dass Ihr ehemaliger Koalitionspartner, die Grünen, hier auf einmal eine Kehrtwende hinlegen sollte. Wenn es darum geht, eine Energiepolitik mit möglichst ideologischem Ballast zu fahren, war auf die Grünen schon immer Verlass.

(Beifall AfD)

Wir diskutieren jederzeit gern über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte im Rahmen eines vernünftigen Energiemixes.

Liebe Genossinnen und Genossen, Ihr Antrag ist so überflüssig und dünn, dass wir ihn sowohl in der Sache ablehnen als auch eine Weiterberatung in den Ausschüssen für entbehrlich halten. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]
- Weitere Zurufe)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Kollege Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, sich an geltendes Recht zu halten. Daher könnte man sich schon die Frage stellen, warum die SPD hier einen Antrag eingebracht hat, in dem sie Teile von § 3 des schleswig-holsteini-

schen Energiewende- und Klimaschutzgesetzes aufführt und die Landesregierung auffordert, die genannten Ziele in Schleswig-Holstein konsequent umzusetzen. Wie gesagt, eigentlich sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall SSW, CDU und AfD)

In § 3 des Gesetzes werden die Klimaschutzziele und Grundsätze aufgeführt. Es ist quasi eine Selbstverpflichtung des Landes, um damit auch nationalen und internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden und nachzukommen. Damit leistet Schleswig-Holstein seinen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz, das ist gut so, und darum haben wir als Küstenkoalition seinerzeit das Gesetz auf den Weg gebracht.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, vor denen wir stehen. Darum hat die SPD auch recht, wenn sie fordert, dass wir als Land diese Ziele und deren Umsetzung konsequent fortsetzen.

(Beifall SPD)

Wir wissen aus Erfahrung, wie schnell politische Ziele aus den Augen verloren werden können. Das darf uns nicht passieren, denn es steht sehr viel auf dem Spiel.

(Beifall SSW und SPD)

Die Klimasituation spitzt sich zu und diktiert uns ein schnelles und konsequentes Umsteuern. Dies haben mittlerweile immer mehr Bundesländer erkannt und ihre eigene Klimaschutzgesetzgebung auf den Weg gebracht, genauso wie wir es getan haben. Das ist auch gut so, denn ein bundesrechtliches Klimaschutzgesetz vermissen wir leider immer noch. Es gibt auf Bundesebene zwar Zielsetzungen und Grundsätze bezüglich der Energiepolitik und des Klimaschutzes, aber es fehlt die rechtlich verbindliche Festlegung. Das ist ganz einfach zu wenig. Deutschland hat sich Klimaziele gesetzt, und die müssen erfüllt werden. Wir brauchen nicht länger Bekenntnisse, wir brauchen politisches Handeln. Da können wir nur hoffen, dass sich nach einer Regierungsfindung in Berlin - egal ob GroKo, KoKo oder Jamaika - in dem Bereich etwas tut. Die Politik der ruhigen Hand muss endlich vorbei sein.

Eine verbindliche Umsetzung der bundesweiten energie- und klimapolitischen Ziele hätte durchaus Vorteile für Schleswig-Holstein. Wenn dadurch die Geschwindigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie der Netzausbau fossiert würden, der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen verbindlich festgelegt würde oder die Energiebesteuerung

(Flemming Meyer)

modernisiert würde - um hier nur einige Dinge zu nennen -, sehe ich darin Vorteile für Schleswig-Holstein. Ich möchte nur an die Debatten erinnern, die wir hier geführt haben, weil wir als Land Schleswig-Holstein bei der Energiepolitik immer wieder ausgebremst wurden. Deshalb muss der Bund hier endlich seine Hausaufgaben machen; dort liegt die Hauptverantwortung.

Wir haben als Küstenkoalition vieles in die Wege geleitet, um unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, unter anderem mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz. Damit haben wir unsere Vorbildfunktion als Land ohne Wenn und Aber wahrgenommen. Wenn wir heute dem Antrag der SPD zustimmen, bestätigen wir damit, dass wir seinerzeit ein unheimlich gutes Gesetz gemacht haben. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Ich erteile nun für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, für die Landesregierung ein paar Anmerkungen zu der Debatte, den energiepolitischen Zielen und dem Zielerreichungsgrad zu machen. Es ist durchaus interessant, darauf zu schauen. Wir haben, wie hier mehrfach gesagt wurde, die Aufgabe, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % zu reduzieren. Wir haben minus 25 % geschafft gegenüber dem Referenzwert aus dem Jahr 1990. Der Bund hat schon minus 29 % erreicht. Wir sind erstaunlicherweise schlechter als der Bund. Sind wir deswegen schlechter bei den erneuerbaren Energien? - Nein, das kann man nicht sagen; ich werde das gleich noch ausführen. Es ist durchaus spannend zu sehen, wo das Problem liegt.

Die erneuerbaren Energien und der Ausbau sind kein Problem. Schleswig-Holstein verbraucht ungefähr 15 TWh. 2012, am Beginn der letzten Legislaturperiode, hatten wir eine Produktion von 10 TWh, 2016 waren es 19 TWh, und im letzten Jahr haben wir nach den ersten Schätzungen 24 TWh erneuerbaren Strom in Schleswig-Holstein produziert. Das ist Zweidrittel der Menge, die im Koalitionsvertrag und im Klimaschutzgesetz für 2025 vereinbart wurde. Da sollen 37 TWh erreicht werden. Zweidrittel

ist also schon erreicht worden. Das ist durchaus eine beachtliche Zahl. Das bedeutet, dass wir im letzten Jahr in Schleswig-Holstein ungefähr 150 % des eigenen Strombedarfs erreicht haben.

Bezogen auf die Gesamtregion Hamburg und Schleswig-Holstein sind es allerdings nur 70 %. Würde man Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam betrachten, würden wir das Ziel von 100 % Anfang der 20er-Jahre erreichen. Meiner Ansicht nach macht es durchaus Sinn, diese Region als gesamte zu sehen. Stellen Sie sich Dänemark ohne Kopenhagen vor oder Bayern ohne München. Da sind die großen Stromverbräucher. Wir haben das Pech oder das Glück - je nachdem, wie man es sieht -, dass wir die Metropole Hamburg nicht im eigenen Bundesland haben.

Es macht aber durchaus Sinn, nicht in zu kleinen staatlichen Einheiten zu denken. Also: 24 von 37 zu erzielenden Terrawattstunden im letzten Jahr. Die 37 zu erzielenden Terrawattstunden werden mit ungefähr 10 GW Ausbau installierter Leistung an Land erreicht. 6,3 GW davon haben wir. Das ist die Debatte über die Ausweisung der Windenergieziele und -pläne.

Es ist einfach schlicht und ergreifend zuzugeben, dass 6.500 Einwendungen eine ganze Menge sind. Ich kann sagen, dass ein Großteil der Einwendungen im Umweltministerium bearbeitet wird, weil viele Anträge - wahrscheinlich zwei Drittel oder sogar drei Viertel - natur- oder artenschutzrechtliche Einwendungen und Anträge sind. Ich kann Ihnen versichern, dass meine Leute mit Hochdruck daran sitzen und auch nicht schlampfen. Sie würden genauso schnell oder - wenn Sie wollen - genauso sorgfältig oder auch langsam arbeiten, wenn wir eine andere Regierung hätten. Das ist ein objektiver Vorgang, der abgearbeitet werden muss. Da spielt die Regierungsfarbe überhaupt keine Rolle.

Was sich geändert hat, ist in der Tat die Vorgabe im Koalitionsvertrag, nämlich noch einmal zu prüfen, ob die Abstände nicht von 400 m auf 500 m im Außenbereich und von 800 m auf 1.000 m in geschlossenen Siedlungen erhöht werden können. Dazu hat Thomas Hölck dankenswerterweise gesagt, dass die SPD dann mit dabei ist, wenn es denn möglich ist. - Nun, dieses, wenn es denn möglich ist, macht genau das Problem aus. Denn im Moment werden keine Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Wenn man es also hart gegen das Licht hält, ist das Problem nicht die Abarbeitung der vielen Anträge. Das sind zwar viele, aber das ist im Grunde unpolitisch. Politisch ist in der Tat, dass durch den Koali-

(Minister Dr. Robert Habeck)

tionsvertrag eine weitere Prüfung hineingekommen und damit die Möglichkeit erschwert worden ist, Ausnahmeregelungen zu machen. Wir hoffen aber - davon gehe ich aus -, dass wir das im Sommer abgeschlossen und dann neue Kulissen oder alte angepasste Kulissen haben werden - je nachdem, wie man da draufschaut. Dann können auch wieder Ausnahmen genehmigt werden.

Es ist richtig, was fast alle Redner gesagt haben: Selbst, wenn wir Ausnahmeregelungen bekämen, macht es die Ausschreibungsebene auf Bundesebene schwer, im Moment Genehmigungen in Schleswig-Holstein zu bekommen. Das liegt erstens daran, weil wir Netzausbaugesamt sind, und zweitens daran, weil die Ausschreibungen dazu führen, dass der Wettbewerb zwischen den Bürgerwindparks - jedenfalls in der Vergangenheit - so war, dass man gar keine Genehmigung haben musste. Insofern besteht da auf Bundesebene ein Problem.

Unter dem Strich ist zuzugeben, dass es eher ein industriepolitisches, marktwirtschaftliches und arbeitsmarktpolitisches Problem ist, dass die produzierenden Firmen von den Windkraftanlagenherstellern, über die Projektierer bis hin zu Max Bögl in Kurzarbeit gehen oder ihre Leute entlassen. Das ist das Problem, das wir da im Moment haben. Es ist aber in der Tat nicht allein ein schleswig-holsteinisches Problem, sondern ein gesamtdeutsches Problem. Möglicherweise würde eine schnelle Regierungsbildung in Berlin helfen, dieses Problem zu lösen.

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf den Offshore-Ausbau eingehen. Dort sind alle Windparks, die wir vor Schleswig-Holsteins Küsten genehmigt haben, inzwischen errichtet. 1,7 GW sind dort installiert. Da die Offshore-Windparks ungefähr die doppelte Volllaststundenzahl bringen wie Onshore-Windparks, ist dort ein erheblicher Beitrag, nämlich 7 TWh an Leistung, dazugekommen. Aber es kommt eben nicht mehr dazu. Deshalb ist richtig, was gesagt wurde: Wenn wir dort keinen Fadenriss einkehren lassen wollen, dann brauchen wir neue Ausschreibungskapazitäten. Herr Kumbartzky hat es bereits gesagt: Die Offshore-Windenergie ist günstig geworden. Sie hat jetzt den Lernschritt, über den wir in den letzten Jahren immer geredet haben, vollzogen. Die Preise gehen dramatisch nach unten. Deshalb ist es richtig - hoffentlich passiert es auch -, dass die Bundesregierung - wer immer sie dann stellen mag - die neuen Offshore-Windparke auch freigibt. Die würden dann lange geplant und genehmigt werden, aber so in zwei, drei oder vier Jahren würden sie dann angefangen,

errichtet zu werden. Das würde Deutschland und Schleswig-Holstein schon helfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wo ist also das Problem, wodurch wir schlechter sind als der Bund? - Nun, in der Tat, auch das wurde gesagt - haben wir drei Kohlekraftwerke am Laufen. Die machen etwa 3,5 Millionen t CO₂ in Schleswig-Holstein aus. Hoffentlich geht das neue Kraftwerk in Kiel bald ans Netz. Das ist kurz vor der Inbetriebnahme. Dann hätten wir schon einen Riesenanteil, der verschwinden würde. Das Kraftwerk in Wedel ist nach politischen Aussagen der Hansestadt Hamburg mit dem Jahr 2021/22 in der letzten Heizperiode. Ich hoffe, dass es so kommt. Das muss dann noch richtig beschlossen und vor allen Dingen auch umgesetzt werden. Auch das bedeutete ja neue Planungen und möglicherweise neue Klagen. Wir wissen alle, wie langwierig so etwas sein kann. Aber das wäre natürlich ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz.

Wedel ist das mit Abstand dreckigste Kraftwerk in Schleswig-Holstein, und es ist nur für Hamburg da. Es ist abgängig, wir brauchen es nicht mehr. Das Kraftwerk in Flensburg als drittes Kraftwerk ist dabei, seine Kohle durch Holzhackschnitzel zu ersetzen. Wenn also alles einigermaßen gut läuft, sind wir 2025, am besten sogar schon 2020 oder 2022, mit der Kohlekraftverstromung in Schleswig-Holstein durch.

Bleibt - das ist der Unterschied zum Bund - ein hoher Anteil aus der landwirtschaftlichen Produktion. Im Bund haben die Treibhausgasanteile aus der landwirtschaftlichen Produktion einen Anteil von 7 %, in Schleswig-Holstein sind es 20 %. Wir haben in Schleswig-Holstein einfach eine hohe Tierdichte. Nicht nur bei schlechtem Wetter und der Frage der Güllelagerung ist das ein Problem, sondern auch mit Blick auf die Treibhausgase. Im Ackerbau werden viele Kunstdüngermengen eingesetzt, die eben entsprechend in der Bilanz mit angerechnet werden.

Nun kann man auch da fragen: Ist es nicht eigentlich falsch, da auf die Kleinstaaterei zu gucken? Im Grunde produziert Schleswig-Holstein Weizen und - wenn Sie so wollen - Schweinefleisch und erneuerbaren Strom nicht nur für Schleswig-Holstein. Wenn wir alle Schweine selber essen würden, wünsche ich guten Appetit!

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

(Minister Dr. Robert Habeck)

Aber bilanziell ist es erst einmal in unserer Summe drin, genauso wie die erneuerbaren Energien auch.

Lange Rede, kurzer Sinn: Im Grunde müssen wir tun, was wir tun können. Das heißt, wir müssen 10 GW errichten, Offshore voranbringen und sehen, dass wir auch die intensive, immer industrieller werdende Produktion in der Landwirtschaft ein bisschen extensivieren und herunterholen. Andererseits sollten wir aufhören, zu kleinstaatlich und zu minimalistisch zu denken. Wir haben eine große gesellschaftliche Aufgabe. Da machen die Landesgrenzen das Denken manchmal nur schwerer. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, wenn ich feststelle, dass der Herr Minister die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten 15 Sekunden überschritten hat. Diese Redezeit stünde jetzt theoretisch auch den Fraktionen jeweils zur Verfügung - Ich sehe aber nicht, dass davon eine Fraktion Gebrauch machen möchte.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 19/369, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen kann es nicht geben. - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, den Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion so angenommen.

(Vereinzelter Beifall der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Innovative Power-to-X-Lösungen unterstützen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/379

(Zurufe CDU)

- Herr Kollege Arp und andere Kolleginnen und Kollegen in der ersten Reihe der CDU-Fraktion, wir machen jetzt mit dem nächsten Tagesordnungspunkt weiter.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andreas Hein für die CDU-Fraktion.

Andreas Hein [CDU]:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir das internationale Klimaschutzziel erreichen und die Energiewende ernsthaft in die Wirklichkeit umsetzen wollen, müssen wir ganz konkret jede regenerativ erzeugte Energie nutzen. Dabei spielen zunehmend die variable Erzeugung, der unzureichende Netzausbau und mangelnden Flexibilitätsoptionen sowie die ungeklärte Frage nach kurz-, mittel- und langfristigen Speichern eine zentrale Rolle.

Schon heute müssen wir deshalb Erzeugungsanlagen bei zu hoher Produktion zeitweise abschalten. So wurden in 2015 circa 3.000 GW elektrische Energie in Schleswig-Holstein nicht erzeugt. Wir brauchen also energetische Konversionsverfahren und Langzeitspeicher, wenn die Energiewende funktionieren soll. Nur dann erreichen wir im Übrigen auch die öffentliche und gesellschaftliche Akzeptanz.

In den energieintensiven Sektoren Wärme und Mobilität ist der Anteil regenerativer Energien vergleichsweise gering. Hier braucht die Energiewende dringend neue Impulse und langfristig tragbare Lösungsansätze,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

die gemeinsam mit der Energiewende und dem Stromsektor funktionieren. Unser Ziel ist es, durch den Einsatz von Power-to-X-Technologien den nächsten Teil der Energiewende einzuleiten und damit die Wirtschaftskraft des Landes nachhaltig zu stärken.

Wir wollen aber auch die Energiebranche im marktwirtschaftlichen Wettbewerb agieren sehen. Und - das ist ja auch das besondere an Jamaika -: Ökonomie und Ökologie werden gleichbedeutend gelebt. Das ist gut so.

Jedoch sind die verschiedenen Marktbereiche und -sektoren derzeit durch verschiedenste Regularien unterschiedlich verfälscht, so dass ein fairer, sektorübergreifender Wettbewerb nicht stattfinden kann.

Während bei den erneuerbaren Energien alles eingepreist wird - inklusive dem Rückbau - und eine CO₂-neutrale Produktion stattfindet, werden fossile

(Andreas Hein)

Energieträger trotz der CO₂-Belastung subventioniert und bei nuklearen Energieträgern sogar mit einer Einmalzahlung von den Folgekosten der Endlagerung befreit.

Vielfältige Technologien zur Sektorenkopplung, Energiewandlung und -speicherung sind bereits erforscht und kleinteilig entwickelt. Für den wirkungsvollen Einsatz im Rahmen der Energiewende ist jedoch die großtechnische und systemtechnische Demonstration zwingend notwendig. Sie merken, meine Damen und Herren: Es braucht verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, um die technologischen Möglichkeiten zu nutzen. Schleswig-Holstein kann bilanziell seinen Bedarf nahezu komplett aus erneuerbaren Energien decken. Das ist schon ein großer Erfolg.

Trotzdem haben wir, auch aufgrund von Abregelung durch Netzengpässe, mit die höchsten Stromkosten. Obwohl in vielfältiger Weise geforscht und entwickelt wird, ist insbesondere für die Mobilität auf dem Wasser und in der Luft derzeit noch wenig Alternative zur Verbrennungstechnologie in Sicht. In diesen Mobilitätssegmenten ist es daher notwendig, durch synthetische Kraftstoffe eine Dekarbonisierung zu erlangen.

Schleswig-Holstein ist ein Bundesland mit eigener fossiler Energieförderung. Die in dieser Branche tätige Industrie im Land, welche eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im Land innehält, sollte nachhaltig bei dem anstehenden Strukturwandel mitgenommen werden. Die Energiewende und damit auch das Erreichen der Klimaschutzziele bedeuten, dass wir die erzeugte Energie im Land nutzen müssen. Mit dem Einsatz von Power-to-X-Technologien wollen wir diesen nächsten Schritt der Energiewende einleiten. Wir wollen damit die Wirtschaftskraft des Landes in diesem Bereich nachhaltig stärken. Das ist gut für unser Land. - Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall CDU, FDP und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, den Einstieg in eine nachhaltige Mobilität oder für die effiziente Nutzung von Strom und Wärme wird die Bedeutung von Energiespei-

chern in der Zukunft deutlich zunehmen. Die Möglichkeiten zur Erzeugung erneuerbarer Energien sind hingegen bekannt. Hier geht es künftig mehr und Effizienzsteigerung, während bei der Speichertechnologie noch eine Menge von Forschungsarbeit notwendig sein wird, um die richtigen Lösungen zu finden.

Durch die Umwandlung, die Energie flexibel speichern zu können, ist es notwendig, die Speichertechnik fortzuentwickeln. Das ist deshalb eine Herausforderung in diesem Bereich, und deswegen muss die Forschung intensiviert werden. Es geht darum, das schwankende Angebot von Strom aus erneuerbaren Energieträgern in besser speicherbare Energieformen umzuwandeln. Für das Gelingen der Energiewende sind die einzelnen Anwendungsmöglichkeiten von Power-to-X-Lösungen mitentscheidend: Power-to-Heat, Power-to-Liquid, Power-to-Gas, Power-to-Mobility.

Für alle Varianten fehlt zurzeit noch die wirtschaftliche, standardisierte Anwendung. Das ist nicht neu, das diskutieren wir auch nicht zum ersten Mal hier im Plenum, sondern das diskutieren wir seit der Antragsserie von September dieses Jahres.

Sie haben im September einen Antrag mit der Überschrift vorgelegt: „Regulatorische Rahmenbedingungen für Sektorenkopplung und Energiespeicher anpassen“. Dann folgte ein Antrag: „Energiewende mit innovativen Technologien erfolgreich umsetzen“.

(Tobias Koch [CDU]: Klasse, nicht?)

Ganz nach dem Motto: Wenn man nichts beim Ausbau der Windenergie zustande bringt, dann produzieren wir wenigstens Papier.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das haben Sie schon!)

- Allerdings lernt ja die Koalition auch hinzu, Herr Kollege Kumbartzky.

(Zurufe SPD)

Beim ersten Antrag aus dieser Serie wurde die Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen im Rahmen der Sektorenkopplung für die Pumpspeicherkraftwerke gefordert. Heute hat die schwarze Ampel wenigstens immerhin die Technologieoffenheit erkannt. Meine Argumente helfen also doch.

(Vereinzelter Beifall SPD - Oliver Kumbartzky [FDP]: Ja! - Martin Habersaat [SPD]: Daran hatten wir nie einen Zweifel! - Weitere Zurufe FDP)

(Thomas Hölck)

Man bekommt den Eindruck: Das Bindeglied in der Energiepolitik dieser Koalition sind scheinbar innovative Anträge zur Energiewende. Das liest sich zunächst gut. Bei genauerer Betrachtung erkennt man wieder einmal die Gefahren und Unzulänglichkeiten dieser Anträge.

Um dieses fragile Koalitionskonstrukt im Bereich der Energiewende irgendwie zusammenzuhalten, wird nun ganz, ganz vorsichtig formuliert.

Zitat aus dem Antrag:

„Um einen fairen Wettbewerb zu erreichen, müssen zügig verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Solche Maßnahmen für mehr wirksamen Wettbewerb in der erneuerbaren Energiewirtschaft können sein: ...“

- „Maßnahmen ... können sein“, also unverbindlicher geht es nun wirklich nicht mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Koalition. Entweder ist man der Auffassung, die Maßnahmen sind wirtschaftlich oder nicht, aber „können sein“ ist nun wirklich das Allerletzte, was man in so einen Antrag hineinschreibt.

Weil aber so Vieles unverbindlich ist,

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ach, da stimmen Sie zu?)

ist dieser Antrag inhaltlich auch so gefährlich. Durch das gezielte Absenken von staatlich reduzierten Strompreisbestandteilen wird mehr Wettbewerb gefordert. Welche Bestandteile meinen Sie denn? Welche sollen denn wegfallen? Etwa die Einspeisevergütung? So, wie es die FDP in ihrem Wahlprogramm stehen hat, ist es das? Ist es nicht richtig, dass die Förderung erneuerbarer Energien durch das EEG gerade den Wettbewerb für den Strommarkt stärkt? Stadtwerke, Unternehmen, Privatpersonen bekommen doch mit ihrem Kraftwerken die Möglichkeit des Einstiegs in den Strommarkt und bilden so ein Gegengewicht zu den Konzernen.

Ich frage mich, Kollege Voß: Wie kann eine grüne Partei so einen Satz, so eine Forderung, mit unterschreiben?

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zu einem wirklich fairen Wettbewerb würde doch gehören, dass Schadstoffe, die bei der Energieerzeugung anfallen, wie bei den Kohlekraftwerken, in den Strompreis eingepreist werden müssen.

Allein diese undefinierte Forderung nach einem gezielten Absenken von staatlich reduzierten Strom-

preisanteln macht es uns unmöglich, diesem Antrag zuzustimmen. Alles Weitere zu diesem Thema habe ich bereits in meinen Reden in den letzten Debatten schon ausgeführt. Wir beantragen die Überweisung dieses Antrags in den Ausschuss. Dann können wir im Ausschuss gern noch einmal über die einzelnen Inhalte diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Der gerade eben schon angekündigte Kollege Voß hat nun das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jenseits der viele hier im Haus nervenden Hängepartie bei der Windenergieplanung und bei der Umsetzung der Windpläne haben wir hier einen Antrag vorgelegt, der einen Baustein aufzeigt, bei dem wir vorankommen müssen.

Herr Hölck, vielleicht gleich zu Anfang, wenn ich auf Ihre Frage antworten darf, was sich die Grünen dabei gedacht haben, die Strompreisbestandteile infrage zu stellen: Sie wissen ja auch, dass etwa drei Viertel dessen, was als Strompreis heute bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern draußen in den Haushalten ankommt, aus Netzentgelten, EEG-Umlage, Stromsteuer und Co besteht. Sie wissen auch, dass wir hoffentlich alle bei den Netzentgelten dran sind. Ganz, ganz langsam wird da ja etwas passieren.

Sie wissen auch, dass wir eine intensive Diskussion über die EEG-Umlage brauchen und darüber, wer die EEG-Umlage bezahlt. Das muss auf neue Beine gestellt werden.

Es ist exakt wieder der Kollege Gabriel gewesen - der Noch-Außenminister -, der als Wirtschaftsminister an dieser Stelle immer und immer wieder Dinge eingebaut hat wie hier diesen Merit-Order-Effekt, der zu den hohen EEG-Umlagen geführt hat.

Mit 114 % Selbstversorgungsgrad aus erneuerbaren Energien im Stromsektor stand Schleswig-Holstein 2015 an der Spitze im Ranking der Bundesländer. 2016 waren es bereits 122 %.

Mit der Stromwende haben wir die erste Klippe der Energiewende bereits erfolgreich erklommen. Die nächsten Stufen in den Bereichen Industrie, Wärme und Verkehr werden anspruchsvoller. Es wird nicht

(Bernd Voß)

einfacher. Das merken wir. Auch wenn die direkte Nutzung des Stroms effizienter ist als über Umwandlungsprozesse, werden Wärmepumpen und Elektroautos die Energiewende nicht allein wuppen können. Von daher kommen wir dazu, das ist bei Abwärmenutzung auch sinnvoll, dass wir andere Technologien in diesem Bereich einsetzen müssen.

Power-to-X ist das Stichwort. Sie haben bereits aufgeführt, was alles unter Power-to-X fällt. Daher wollen wir die Technologien auch in den Fokus nehmen, erforschen und erproben, die bisher noch nicht die Chance hatten, von den Skaleneffekten zu profitieren. Die Wasserstofftechnologie bietet hierfür eine interessante Chance. Diese Technologie kann man besonders gut dadurch beschreiben, indem man beschreibt, was sie nicht ist: Sie ist nicht toxisch, sie ist nicht grundwassergefährdend, sie ist nicht klimaschädlich und nicht karzinogen. Es ist lagerfähig und als Grundstoff auch in der chemischen Industrie zu verwenden.

Für grünen Wasserstoff gibt es zahlreiche Einsatzgebiete. Sie wissen, gegenüber dem braunen Wasserstoff sparen wir pro Kilogramm Wasserstoff 11 kg CO₂.

In Nord-Niedersachsen gehen Anfang 2018 die ersten Brennstoffzellenzüge in den Pilotbetrieb. Beim Blick über die Elbe kann man sie sehen. Auch in Schleswig-Holstein werden Fahrzeuge für den SPNV im Dieselnetz mit klaren Emissionsvorgaben, jedoch technologieoffen ausgeschrieben. Wasserstoff hat hier eine große Chance, das Rennen zu machen. In Hamburg sind die ersten Busse mit Brennstoffzellen im Einsatz, und im kommenden Jahr sollen die ersten Wasserstoff-Tankstellen im Raum Flensburg, Brunsbüttel und anderswo hier im Land in Betrieb gehen.

Aber Power-to-X kann erheblich mehr als nur Wasserstoff. Durch die Einspeisung von Wasserstoff oder Methan erfolgt noch einmal ein Energieverlust, ich weiß, aber wir haben dadurch neue Qualitäten. Ein Beispiel ist die Verbrennung im Bereich der Schifffahrt. Die Schiffe müssen sauberer werden. Wir können dies durch erneuerbares LNG erreichen. Mit Hilfe von Power-to-X-Technologien lassen sich fossile Energieträger bei der Herstellung von Synthesegas, Kraftstoffen oder Kunststoffen ersetzen. Wenn ich das einfach sagen soll: Das ist zwar aufwendig, aber ein Großflugzeug fliegt nun einmal nicht mit einem Akku.

Mittelständische Pioniere sind auch bei uns im Land vorangegangen. Man stellt sich immer wieder die Frage: Warum sind wir noch nicht weiter? Da-

bei sind wir exakt bei den Punkten, an denen es hakt: Wir hatten mit der letzten und der vorletzten Bundesregierung eine Regierung, die die Energiewende schlicht und einfach verschlafen hat und die die regulatorischen Rahmen nicht vorangebracht hat. Ich nenne nur die staatlich induzierten Preisbestandteile im Strombereich und regenerativ gewonnenen Kraftstoff für die Emissionsziele im Verkehrsbereich.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alternativ könnte mit einem CO₂-Preis ein klares Marktsignal für die Energiewende in allen Bereichen gesetzt werden. Damit sich dieser Markt aber entwickelt, bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen. Mit diesem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, die Entwicklung, den Wettbewerb und den Markt für die nächsten Schritte der Energiewende wie bisher weiter erfolgreich zu unterstützen. Darum bitten wir um Zustimmung zu dem Antrag. Vielleicht überlegt sich der Kollege Hölck das auch noch einmal. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sagte es bereits eben in der Debatte zu den Energiewende- und Klimaschutzzielen: Ein zentraler Baustein zur Erreichung dieser Ziele ist die Sektorenkopplung. Wir haben dazu in unserem Antrag mehrere gute Punkte aufgeführt. Ich bin wirklich zutiefst erschüttert darüber, dass Sie dem Antrag nicht zustimmen wollen.

(Zurufe SPD)

- Wenn ich in so ein sympathisches Gesicht wie das Ihre sehe, Frau Redmann, bin ich voller Freude.

(Zurufe - Heiterkeit)

Also, ich möchte wirklich noch einmal an Sie appellieren, diesem guten Antrag zuzustimmen. Wir haben eben auch Ihrem Antrag zugestimmt. Ich appelliere an Ihre energiepolitische Vernunft, jetzt auch unserem Antrag zuzustimmen.

(Die Lampen im Saal werden heller - Zurufe)

(**Oliver Kumbartzky**)

- Es werde Licht, meine Damen und Herren. Genau, das ist die Fortsetzung Ihres Antrags. Es ist die konkrete Umsetzung dessen, wie man die von Ihnen gewollten Ziele erreicht.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen sind für uns verbindliche Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Energiepolitik. Es ist auch kein Geheimnis, dass sich die FDP seit Jahrzehnten für einen effizienten, weltweit bindenden Emissionshandel als geeignetes marktwirtschaftliches und technologieneutrales Steuerungsinstrument zur Reduktion der CO₂-Emissionen einsetzt. Schließlich ist der Emissionshandel das Leitinstrument zur Sicherung des Klimaschutzes. Von dem Zertifikatehandel profitieren emissionsarme Verfahren der Energieumwandlung. Höhere Kosten kommen auf Technologien mit hohen Emissionen zu. Dadurch erfolgt über den Emissionshandel auch eine indirekte Förderung der erneuerbaren Energieträger. Das Ziel, den europäischen Emissionshandel in ein entsprechendes globales Konzept zu integrieren, auf weitere Sektoren auszuweiten und mit den neu entstehenden Emissionshandelssystemen außerhalb der EU zu verknüpfen, muss im Sinne eines glaubwürdigen Klimaschutzes aus unserer Sicht unbedingt weiterverfolgt werden.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Energiewende im Bereich Wärme und Verkehr braucht neue Impulse und langfristig tragbare Lösungsansätze. Die haben wir in unserem Antrag auch definiert. Um mit dem Einsatz von Power-to-X-Technologien den nächsten Schritt der Energiewende einzuleiten, sind, wie schon erwähnt, regulatorische Hemmnisse wie Doppelbesteuerungen und doppelte Abgaben endlich konsequent abzubauen. Ich denke, das ist auch Konsens in diesem Hause. Es ist auch gut und richtig, dass die Landesregierung dies durch eine Bundesratsinitiative erreichen will.

Es bedarf natürlich auch einer sinnvollen Förderung innovativer Demonstrationsvorhaben zur Sektorkopplung. Dabei spielen neben den Förderprogrammen des Bundes auch die im Land bestehenden Fördermöglichkeiten mit EFRE- und Landesmitteln eine wichtige Rolle. Diese werden wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, beibehalten und bei Bedarf anpassen.

Ein weiterer Punkt sind die vorliegenden Direktiven der EU-Kommission zum Einsatz von regenerativ erzeugtem Wasserstoff im Umfeld von Raffinerien. Auch diese müssen kurzfristig in nationales Recht überführt werden. Das alles sind Schritte hin zu einer zweiten Phase der Wertschöpfung im Energiewendeland Schleswig-Holstein, und ich werbe noch einmal nachhaltig und nachdrücklich dafür, dass wir diesen Antrag mit einer großen Mehrheit heute für das Energiewendeland Schleswig-Holstein beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe gebeutelte Kunden der deutschen Stromwirtschaft! Der vorliegende Antrag der regierungstragenden Fraktionen lässt mich doch aufhorchen. Offensichtlich ist die sogenannte Energiewende in keiner Hinsicht ausgereift, was wir als AfD immer schon kritisiert haben, sodass dieser Antrag jetzt als - nennen wir es einmal - Notnagel nachgeschoben wird.

Die AfD ist auch für die Energiewende, allerdings nicht für die Energiewende der Altparteien und vor allem nicht für eine, die mit der heißen Nadel gestrickt wurde. Die AfD steht für eine Energiepolitik der Verlässlichkeit, für eine Energiewende, aber nicht für eine Energiewende, die in die Bestandsrechte bestehender Versorgungseinrichtungen eingreift. Weitere Schadensersatzansprüche von Energiekonzernen dürfen nicht noch leichtfertig in die Welt gesetzt werden. Das sollte eigentlich am Tag der ersten Lesung des 2018er Haushalts eine Selbstverständlichkeit sein, meine Damen und Herren.

Wir lehnen insbesondere staatliche Vorfestlegungen auf einzelne Technologien bei der Energieerzeugung und der Energiespeicherung ab. Keine Technologie ist illegal, könnte man sagen, oder, wie Sie es in Ihrem Antrag ausdrücken: „technologieoffene Gestaltung“.

Den unfairen Wettbewerbsvorsprung bisher geförderter Technologien haben wir bereits mehrfach bemängelt wie auch die einseitige Belastung fossiler Energien zur Finanzierung der Energiewende. Umso mehr freut es uns daher heute, dass auch Sie,

(Jörg Nobis)

meine Damen und Herren der Jamaika-Koalition, dies anscheinend endlich merken. Lassen Sie uns hier gemeinsam für einen faireren Wettbewerb eintreten. Dem steht jedoch noch der Punkt unbürokratische Investitionen in die Entwicklung von Technologien entgegen, bedeutet er doch nur wieder, dass weiter umverteilt wird, nur dieses Mal anders, und dass am Ende doch wieder die Bürger die Rechnung bezahlen müssen.

Noch deutlicher wird es in Punkt vier Ihres Antrages, wo Sie den Kreis potenzieller Zuwendungsempfänger weiter ausweiten wollen. Bei Ihnen heißt es wie so oft in der Energiepolitik der vergangenen 20 Jahre: teuer, teurer, Energiewende.

Richtig an Ihrem Antrag ist der Grundgedanke, den Forschungsstandort Schleswig-Holstein voranzubringen und zu fördern. Da sind wir ganz bei Ihnen. Dabei müssen wir aber aufpassen, nicht einzelnen Lobbygruppen auf den Leim zu gehen. Es wird doch immer offensichtlicher, dass die Wasserstoffbefürworter wegen heute nicht erreichbarer Wirtschaftlichkeit auf öffentliche, geregelte Subventionierung durch Steuerzahler oder Stromkunden hinarbeiten.

Von Mahatma Gandhi ist der Spruch überliefert: Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht genug für jedermanns Gier. - Das sollte uns zuversichtlich stimmen, dass es genug und ausreichend Energie gibt. Gleichzeitig mahnt uns der zweite Halbsatz zu bedachten und überlegten Handlungen.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Im Ergebnis sehen wir noch reichlich Diskussionsbedarf zu diesem in zahlreichen Punkten unkonkreten Antrag und halten daher eine Überweisung an die zuständigen Ausschüsse für geboten. Da Sie aber offenbar Sorge haben, dass bei einer Diskussion im Ausschuss die grundverschiedenen Positionen der Koalitionspartner zu deutlich zu Tage treten könnten, wollen Sie diesen Antrag gleich hier beschließen. Das ist zwar etwas betrüblich, weil noch reichlich Optimierungspotenzial besteht, aber bei der Abwägung aller aktuell enthaltenden Punkte und insbesondere zur Stärkung des Forschungsstandortes Schleswig-Holstein überwiegen für uns die Vorteile Ihres Antrags.

Wir werden Ihrem Antrag daher mit einigen Bauchschmerzen zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der vorherigen Debatte zu den Energie- und Klimaschutzzielen haben wir als SSW auf die bundespolitische Verantwortung bezüglich der energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen hingewiesen. Dort haben wir gerade das Fehlen rechtlich verbindlicher Grundlagen bemängelt.

Der vorliegende Antrag von Jamaika bestätigt in einem gewissen Grad diese Auffassung; denn in fast jedem darin angeführten Punkt wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene einzusetzen. Damit wird aus unserer Sicht deutlich, dass die Voraussetzungen auf Bundesebene für eine moderne und zukunftsgerichtete Energiepolitik weit hinter dem Machbaren zurückliegen. Anders gesagt: Der vorliegende Antrag fordert vom Bund bessere Rahmenbedingungen zur Stärkung der Energiewende.

Dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist, war uns allen vorher bekannt. Wenn aber ein solch weitgreifender Beschluss politisch gewollt ist und umgesetzt werden soll, dann muss dies auch mit den entsprechenden Konsequenzen geschehen. Das heißt, dann muss auch das notwendige Geld hineingesteckt werden.

Mit der Zunahme des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromversorgung wurde in gleichem Maße die Notwendigkeit deutlich, dass der Strom gespeichert werden muss. Uns fehlen aber schlicht die reinen Stromspeicher. Daher ist es notwendig, den Strom auch anders nutzbar zu machen. Diese Nutzbarkeit zeigt sich in den verschiedenen Möglichkeiten, sprich: Power-to-X.

Es geht darum, den Strom in verschiedenste Formen umzuwandeln, um ihn später nutzen zu können. Dabei sind die Möglichkeiten, den Strom umzuwandeln, vielfältig: Strom in Wärme, in Mobilität, in gasförmige Substanzen oder in flüssige Substanzen, um nur einige zu nennen. Das ist das, was sich derzeit hinter Power-to-X verbirgt.

Wir müssen hier aber nicht überall bei null anfangen. Schleswig-Holstein hat dies bereits sehr früh erkannt. So gibt es beispielsweise an der Westküste erfolgreiche Projekte für eine gelungene Sektorenkopplung. Dabei geht es in erster Linie darum, er-

(Flemming Meyer)

neuerbare Energien in den Bereichen Wärme und Mobilität effizient und vor allem emissionsarm zum Einsatz zu bringen.

Doch die Möglichkeiten der Umwandlung sind umfangreicher. In vielen Bereichen stecken wir noch in den Kinderschuhen. Daher ist es wichtig, Forschung und Entwicklung weiter voranzubringen und zu unterstützen. Wir dürfen uns hier keine Denkverbote oder Einschränkungen auferlegen, weder vom Land noch vom Bund. Neue Projekte oder innovative Demonstrationsprojekte müssen die Chance bekommen, sich zu etablieren. Das kann nur geschehen, wenn auch der finanzielle Rahmen dafür vorgehalten und entsprechend ausgeweitet wird.

Wir unterstützen durchaus die meisten der umfangreichen Forderungen des Antrags. Der Katalog macht die Notwendigkeit deutlich, dass in diesem Bereich politisch wesentlich mehr getan werden muss als bisher. Wir teilen zudem die Auffassung von Jamaika, dass insbesondere der Bund stärker in die Pflicht zu nehmen ist und dieser seiner Verantwortung endlich gerecht werden muss. - Jo tak.

(Beifall SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich nun Herr Abgeordneter Thomas Hölck aus der SPD-Fraktion gemeldet.

Thomas Hölck [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Kumbartzky ist ja eigentlich ein ganz sympathischer Kollege, auch wenn er immer sehr unkonkret ist.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Was heißt das denn?)

Sie fordern in dem Antrag Ihrer Koalition das gezielte Absenken von staatlich induzierten Stromprojekten in drei Bestandteilen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Genau!)

- Genau. Aber jetzt müssen Sie noch definieren, was damit gemeint ist. Wenn Sie uns versichern, dass damit nicht die FDP-Position nach Abschaffung der Einspeisevergütung gemeint ist, dann würde die SPD-Fraktion noch einmal über ihr Stimmenthalten nachdenken. Aber diese Erklärung bräuchten wir von Ihnen noch. Ansonsten würden wir hier Überweisung beantragen. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich nehme wahr, dass sich nun der Kollege Kumbartzky zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet hat. Somit erteile ich ihm das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hölck, ich gebe hiermit zu Protokoll, dass mit diesem Antrag nicht die von Ihnen gemeinte Abschaffung des EEG gemeint ist. Das hat der Kollege Voß ja auch schon deutlich gemacht. Jamaika hat diese Abschaffung also nicht gefordert. Das ist mit dem Antrag nicht gemeint. Deswegen können Sie dem Antrag auch gern zustimmen. Wir freuen uns darüber, dass Sie ihm zustimmen wollen. - Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bevor wir aber dazu kommen, erteile ich nun Herrn Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Das war doch eine schöne Wendung, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass hier doch noch Einigkeit erzielt worden ist.

Weil eben noch das Kostenargument im Raum stand, wollte ich kurz darauf hinweisen, dass trivialerweise der Verbraucher am Ende immer bezahlt; er zahlt in irgendeiner Form immer.

Wenn man alle Kosten der fossilen und atomaren Energie zusammenrechnet, die in der Tat nicht immer im Strompreis abgebildet sind, die aber als volkswirtschaftliche Kosten bezahlt werden müssen, dann liegt der Preis für die Kilowattstunde Atom- oder Kohlestrom ungefähr sechsmal über dem, was die Erneuerbaren heute liefern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nur für das Protokoll: Das beginnt bei den Deichen, die wir bauen wegen des Ansteigens der Meeresspiegel, und endet bei Gesundheitsschäden und so weiter und so fort. Die Atomendlagersuche habe

(Minister Dr. Robert Habeck)

ich an der Stelle noch gar nicht erwähnt. Insofern ist das Bild noch etwas breiter zu diskutieren.

Ich habe mir gedacht, Ihnen jetzt eine etwas längere Liste vorzulesen. Ich glaube, dies ist auch ganz interessant für die Abgeordneten aus der Region, damit Sie wissen, was wir schon alles als Power-to-X, also die offene Varianz in Schleswig-Holstein und in Teilen Hamburgs, haben. Das ist durchaus beeindruckend; denn wir sind eben nicht bei null.

Da ist zunächst der große Energiespeicher Enspire-Me in Jardelund mit 48 MW.

Es ist das ARGE-Netz-Kraftwerk mit 1.300 MW, das oben in Nordfriesland gebaut worden ist.

Das ist die ENERGIE des Nordens, der Elektrolyseur, der Wasserstoff produziert, mit 1,3 MW.

Es sind die Stadtwerke Flensburg mit einer Power-to-Heat-Anlage von 0,8 MW, in der Tat ziemlich klein.

Es ist der Versuch der Salzgitter AG, in Dithmarschen einen Druckluftspeicher zu bauen mit 1 MW.

Es ist die Coulomb-Batterie in Dithmarschen mit 4 MW, Wind-to-Gas Südermarsch mit dem Fraunhofer Institut mit 2,5 MW, auch Dithmarschen.

Sasol in Brunsbüttel hat zwei Power-to-Heat-Anlagen mit 7 MW und 4 MW.

Es ist in Pinneberg ArcelorMittal, so heißt es, das ist Power-to-Steel. Das heißt, die schmelzen Stahl ein, wenn sie erneuerbare Energien beziehen können; 10 MW Power-to-X.

Bei Worlée unten in Lauenburg gibt es eine Thermöl-Produktionsanlage von 2 MW.

Hinzu kommen die Smart-Home-Initiative von Norderstedt und das Fraunhofer Institut in Geestacht mit der Wasserstoffproduktion. Über Kiel haben wir vorhin schon gesprochen.

Es sind weiter die Power-to-Heat-Anlage Neumünster und die Power-to-Heat-Anlage Bordesholm mit einem Speicher von 8 MW.

Dann kommen noch die ganzen Hamburger Projekte hinzu von Aurubis über Nordex und Trimet und so weiter.

Die meisten dieser Projekte sind in der Plattform NEW 4.0, in der Norddeutschen Energiewende 4.0 organisiert. Warum sind sie da organisiert? - Weil es über eine Ausnahmerechtsverordnung für diese Projekte möglich ist, erneuerbaren Strom reduziert von Abgaben und Gebühren zu bekommen. Das ist jedenfalls für den Strom richtig, der anderenfalls

nicht produziert worden wäre. Sie kennen das Problem der Abschaltung der Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein. Dieses Problem wird uns dauerhaft erhalten bleiben, auch wenn das Netz komplett ausgebaut ist, vielleicht nicht in dieser Dimension. Aber wir bauen das Netz nicht für die letzte Kilowattstunde aus.

Für diesen Strom, der nicht übrig ist, der aber für andere Formen der industriellen und wärmpolitischen Entwicklung zur Verfügung steht, macht es keinen Sinn, Abgaben und Gebühren zu nehmen, weil der Strom sonst gar nicht erst produziert worden wäre und dem Staat dann logischerweise auch gar keine Abgaben und Gebühren entgehen.

Der nun vorliegende Antrag weist darauf hin, dass wir diesen Technologieschub gut gebrauchen können und schon längst dabei sind, diesen Technologieschub umzusetzen.

Deswegen begrüße ich es, dass dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Ich begrüße es auch, dass es nun offensichtlich eine Einigung darüber gegeben hat, diesem Antrag als Schleswig-Holstein-Initiative zuzustimmen. In dem Sinne wünsche ich mir eine energiepolitische Debatte. Die letzte halbe Stunde hat also doch etwas gebracht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich entnehme der Konditionierung aus Ihrem Redebeitrag, Herr Hölck, dass hier nun keine Ausschussüberweisung beantragt worden ist und wir somit zur Abstimmung in der Sache kommen können.

Wer dem Antrag mit der Drucksachenummer 19/379 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Das ist somit einstimmig beschlossen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/383

Gesunde Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln an Schulen voranbringen

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/415 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Es steht geschrieben, dass zur gesunden Schule auch die ausgewogene Verpflegung mit nahrhaften Lebensmitteln gehört. Sie sollen zudem aus der Region kommen und dem Saisonangebot entsprechen. Wo? - Im Koalitionsvertrag, Seite 12.

Bereits im Herbst letzten Jahres wurde ja entschieden, dass Schleswig-Holstein an der Fortführung der entsprechenden EU-Programme „Schulmilch“ und „Schulfrucht“ an unseren Schulen teilnehmen wird. Die EU sponsert das nunmehr gebündelte Programm „Milch, Obst und Gemüse“ mit über 1 Million €. Da dürfte die Zustimmung mit Sicherheit auch nicht so schwergefallen sein.

Lehrer der teilnehmenden Schulen berichten unisono, wie sehr die Schüler von dem Programm profitieren. Sie übernehmen den Milchdienst. Sie holen Obst und Gemüse ab, schneiden es und verteilen es an die Mitschüler. Der Heimat-, Welt- und Sachunterricht vermittelt begleitend dazu Grundlagen einer gesunden Ernährung und verankert die Vorteile einer gesunden Ernährung bei den Kindern nachhaltig. Pädagogik, die alle Sinne einbezieht - mehr kann man sich als Lehrer nicht wünschen.

Leider profitieren aber bei uns im Land nur 126 Schulen, und um teilnehmen zu können, müssen sich die Schulen beizeiten bewerben. In der Ausschreibung wird explizit die soziale Situation in der Schule und des schulischen Umfeldes als ein Auswahlkriterium genannt. Es wird zudem betont, dass kein Kind mit leerem Magen in die Schule kommen sollte.

Wir beantragen deshalb, im Bildungsausschuss darüber zu beraten, wie das EU-Programm zum Schuljahr 2019/20 durch Landesmittel aufgestockt werden kann beziehungsweise wie es insgesamt weiterentwickelt werden kann. Im Haushaltsentwurf 2018 planen Sie gerade einmal 60.000 € für dieses wirklich gute Projekt ein. Diese Summe ist für die pädagogischen Begleitmaßnahmen vorgesehen.

Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren aus Jamaika, Ihrem Anspruch aber wirklich gerecht werden wollen, dann sollten Sie die Mittel auch so aufstocken und dann sollte das Programm so weiterentwickelt werden, dass zumindest die Schüler von Schulen an prekären Standorten kostenlos Obst, Gemüse und Milch erhalten können.

(Beifall AfD)

Ein Argument, dass die Förderung aus finanziellen Gründen nur einer beschränkten Zahl von Bildungseinrichtungen zugutekommen könne, ist kurzzeitig. Sie alle kennen die Fakten zu Übergewicht, Fehlernährung und den Folgeerkrankungen. Diese belasten das Gesundheitssystem später mit Summen, die wir durch Prävention einsparen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer kurzen persönlichen Bemerkung schließen, insbesondere für diejenigen, die vielleicht gleich - entweder aus Reflex oder aus taktischen Überlegungen heraus - unseren Antrag ablehnen werden, und auch für diejenigen, die sich vielleicht immer wieder fragen, warum ich eigentlich solche Anträge stelle. Hier ist die Antwort tatsächlich recht kurz zu machen: aus persönlicher Erfahrung. Ich lehne es zwar einerseits ab, dass sich der Staat beziehungsweise das Land in die ureigensten Pflichten der Elternhäuser einmischen oder sich darum kümmern soll. Andererseits - das wiegt hier schwerer - habe ich selbst allzu oft vergeblich unterrichtet. Leerer Magen lernt eben gar nicht. Es reicht auch nicht aus, darauf zu verweisen, dass im Bereich der Mittagsmahlzeiten bereits eine Menge getan wird. Das ist gut und sollte fortgeführt werden. Lassen wir es aber insgesamt nicht zu, dass die hungrigen Mägen bis zum Mittag warten müssen. Lassen wir es auch nicht zu, dass aus übergewichtigen Kindern übergewichtige Erwachsene werden. Sorgen wir für eine gesunde Ess- und Ernährungsgewohnheit für mehr Schüler als bisher. Das sollte uns die finanzielle Aufstockung des EU-Programms schon wert sein.

(Das Licht im Plenarsaal erlischt kurzfristig - Unruhe - Zurufe)

- Bleiben Sie ganz ruhig. Ich mache weiter. Ich bin gleich am Ende. Ein Smart-System, meinen Sie. Sehen Sie, es ist schon wieder angegangen, wunderbar.

Zuallerletzt, der Chronologie geschuldet: Heute Morgen kam der Alternativantrag von Jamaika und vom SSW. Die Antragsteller möchten vor einer möglichen Weiterentwicklung des Programms eine Evaluation durchführen. Da stelle ich mir natürlich schon die Frage, warum die gleichen Kollegen un-

(Dr. Frank Brodehl)

ter uns der Fortsetzung des Programms noch im Herbst 2016 auch ganz ohne Evaluation zustimmen konnten.

(Beifall AfD)

Wie dem auch sei, ich nehme wahr, dass es auch Ihnen um die Sache geht. Falls es unser Antrag nicht in den Ausschuss schaffen sollte, schließe ich mich gern Ihrem Antrag an; denn auch mir geht es um die Sache. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Vielleicht eine kleine Zwischenbemerkung von hier vorn: Wir haben keinen Einfluss auf die Lichttechnik.

(Unruhe)

Eine persönliche Anmerkung: Ich bin nur froh, dass das nicht bei der Debatte zur Energiewende passiert ist.

Jetzt hat für die CDU-Fraktion die Kollegin Anette Röttger das Wort.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim vorliegenden Antrag geht es um eine komplexe Fragestellung und um eine wirklich gesellschaftliche Herausforderung: Wie kann es gelingen, Menschen an eine gesunde Ernährung heranzuführen, und wie entwickelt sich aus den gewonnenen Erkenntnissen ein gesundes Essverhalten, ja sogar eine Haltung, die ein Leben lang durchträgt? Auf gut Deutsch: Wie werden die Schleswig-Holsteiner zu überzeugten Obst- und Gemüseessern, die zudem täglich ein Glas Milch trinken?

Eigentlich wäre die Antwort darauf ganz einfach, denn das Gute liegt so nahe. Gemäß dem Motto „One apple a day keeps the doctor away“ könnten der tägliche Pausenapfel und das tägliche Glas Milch das Problem bereits lösen, wenn wir Menschen uns denn daran halten würden.

Die Lebenswirklichkeit ist - zumindest in großen Teilen der Gesellschaft - eine andere, und die Folgen sind unübersehbar. Gepaart mit einem Mangel an Bewegung entwickeln immer mehr Menschen im Laufe ihres Lebens Übergewicht und leiden unter den Folgen. Nicht in jedem Haushalt steht eine Obstschale mit frischem Obst, und beim Blick in

den Kühlschrank findet man auch nicht in jedem Haushalt mit Kindern noch einen Milchvorrat.

Warum ist das so? - Wenn auch das Wissen über eine gesunde Ernährung zwar noch vorhanden ist, so fehlt es an der Umsetzung in die Tat. Das Lebensmittelangebot, das uns präsentiert wird, ist schlichtweg so unübersichtlich geworden, dass bei jedem Einkauf im Supermarkt ein neues Produkt im Einkaufswagen landet. Der Werbung ist es gelungen, die Produkte ansprechend zu verpacken oder mit vielversprechenden Zusatznutzen anzureichern, so dass wir dieser Versuchung kaum widerstehen können. Der Gang in den Supermarkt ist so reizvoll geworden, dass er vielfach zum täglichen Ritual im Tagesablauf gehört. Ein Leben von der Hand in den Mund im wahrsten Sinne des Wortes liegt mehr im Trend als Vorratshaltung.

So werden Kinder heute groß. Frühkindlich prägen sich diese Gewohnheiten ein, Essen immer und überall. Unsere Kinder lernen vom Vorbild ihrer Eltern. Es gibt ein Brötchen in die Hand, das Fruchtsaftgetränk in bunter kindgerechter Verpackung und einem Aufdruck „mit besonders viel Calcium“ dazu, und dann in der Quengelzone des Kassenbereichs noch eine kleine süße Überraschung. Wer greift da zu Hause noch zum Pausenapfel oder zum Becher Milch? Essverhalten wird frühkindlich geprägt und bleibt ein Leben lang; denn was Hänchen nicht lernt, das lernt Hans nimmermehr. Das gilt für unser Essverhalten ganz besonders.

Jetzt kommen wir zur Schule. Da kommen wir mit unseren Erkenntnissen rund um die gesunde Ernährung und sagen: Die Schule soll es richten. Hier soll nun das gute Essverhalten erlernt werden. Hier sollen die Fehlentwicklungen erkannt werden, und hier wollen wir dem gestörten Essverhalten vorbeugend begegnen. Ich bin davon überzeugt, dass dies ein ganz wichtiger Ansatz ist; denn ein gesundes Essverhalten gehört wie das Lesen und Schreiben zu den Grundfertigkeiten eines jeden Menschen. Da uns die Kosten und auch die Folgen diverser Formen der Fehlernährung bekannt sind, sollten wir alles tun, damit die Menschen in unserem Land nicht nur die glücklichsten, sondern auch diejenigen sind, die bestens und gesund ernährt sind.

Aber es ist bereits einiges passiert. Verbraucherbildung steht in den Lehrplänen, und gesunde Ernährung ist Bestandteil des HSU-Unterrichts in der Grundschule. Im laufenden Schuljahr wurde das EU-Schulernährungsprogramm neu aufgelegt und an 126 Schulen in unserem Land eingesetzt. Zweimal wöchentlich erhalten diese Schulen kostenlos

(Anette Röttger)

Obst und Gemüse, um es an die Kinder zu verteilen. Verbunden wird dieses Projekt mit einer pädagogischen Begleitung. Die Kinder lernen etwas über die Herkunft der Lebensmittel, besuchen Bauernhöfe und bereiten ihr Frühstück gemeinsam vor.

Wenn dieses Projekt erfolgreich ist, kann es dazu beitragen, dass die Wertschätzung von Lebensmitteln verbessert wird. Genau das ist der zweite Aspekt unseres Antrags beziehungsweise unseres Vorhabens.

Nur wer sich mit der Produktion und Herkunft von Lebensmitteln befasst, der entwickelt ein Verständnis dafür und geht in der Regel wertschätzend mit unseren Mitteln zum Leben um. Bringen wir sie also auf den Geschmack.

Mit unserem Antrag bitten wir die Landesregierung, die Ergebnisse aus den Erfahrungen des EU-Schulprogramms zu evaluieren, damit weitere Schritte zur gesunden Ernährung an Schulen abgeleitet werden können, wie es mit dem Koalitionsvertrag zugesagt ist. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag. Den Antrag der AfD lehnen wir deshalb ab, weil aus unserer Sicht das Problem -

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin, achten Sie etwas auf Ihre Redezeit.

Anette Röttger [CDU]:

- ja. - nicht damit gelöst ist, weitere finanzielle Mittel bereitzustellen. Denn diejenigen Schulen, die sich für das Schulprojekt beworben hatten, konnten bedient werden. Jetzt sollten wir nach den Erfahrungen im Schuljahr weitere Schlüsse ziehen und dann das Thema auf die Tagesordnung bringen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der CDU ist zu verdanken, dass wir uns in diesem Hause einmal intensiv mit dem Schwein befasst haben. Heute geht es ums Obst.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Obst war ja schon immer ein treibender Faktor der Weltgeschichte. Wo wären wir, wenn Adam und Eva nicht von den Früchten vom Baum der Erkenntnis gegessen hätten? - Wahrscheinlich immer noch im Paradies.

(Zuruf SPD: Genau!)

Wo wäre Troja, wenn Eris nicht den Zankapfel unter die Götter geworfen hätte? - Es könnte immer noch stehen.

(Zuruf SPD: Ahh!)

Zwischen dem Landvogt Gessler und Wilhelm Tell wäre es sich wahrscheinlich nie so eskaliert, wenn da kein Apfel im Spiel gewesen wäre.

(Zurufe SPD)

Und schließlich soll Kaiser Marc Aurel seinen Adoptivbruder Lucius Verus vergiftet haben, indem er einen Apfel mit einer Messerklinge, die nur auf einer Seite mit Gift bestrichen war, in zwei Hälften schnitt und zu seiner Entlastung die eine Hälfte selbst aß.

(Zuruf SPD: Schneewittchen! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Wo bleibt Schneewittchen? - Heiterkeit)

Ich finde das in der Durchführung etwas schwierig, wenn man nicht selbst etwas von dem Gift abbekommen will. Aber ich will ja auch nicht Kaiser werden, meine Damen und Herren. Ich will ja nicht einmal adlig heißen.

(Heiterkeit und Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So viel zu den negativen Einflüssen des Obstes auf die Weltgeschichte.

Die AfD ignoriert die vom Obst ausgehende Gefahr.

(Zurufe AfD: Oh!)

Sie will, dass die Kinder und Jugendlichen wieder flink wie Kruppstahl werden und zäh wie ein Windhund und dass sie ihre Essgewohnheiten umstellen.

Zurzeit nehmen 126 Grundschulen und Förderzentren am EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch teil; weitere 17 können vermutlich einbezogen werden. Aber auf ganz Schleswig-Holstein bezogen müssen wir feststellen: Das Programm dient nicht dazu, in ganz Schleswig-Holstein hungrige Kinder satt zu machen. Es dient auch nicht dazu, in ganz Schleswig-Holstein übergewichtige Kinder schlank zu machen. Es hilft in einigen oder vielleicht sogar in vielen Fällen, für gesunde Ernährung

(Martin Habersaat)

zu werben und sich mit landwirtschaftlichen Produktionsweisen zu befassen. Man wird den Verdacht auch nicht ganz los, dass es auch dazu dient, Agrarüberschüsse subventioniert abzubauen.

Ich frage mich, ob wir ein solches Programm, das vom Land in erheblichem Maße mit Personalkosten und zugehörigen pädagogischen Maßnahmen bezuschusst wird, tatsächlich brauchen. Einer kritischen Evaluation stimmen wir zu. Diesem haben wir, glaube ich, schon einmal zugestimmt. Die ist, glaube ich, ohnehin Beschlusslage, aber das schadet nichts.

Wichtiger finden wir aber einen anderen Punkt: Seit Jahr und Tag reden wir über die Notwendigkeit, Kindern in Schulen und Kindertagesstätten ein gesundes und bezahlbares Mittagessen anzubieten. Dieses Essen wird hoffentlich Obst und Gemüse in angemessener Form beinhalten. Hier anzusetzen, schiene uns der sinnvollere Weg zu sein, wenn es darum geht, satte und gesund ernährte Kinder in Schleswig-Holstein zu haben.

Nach unserer Überzeugung sollte sich die Diskussion auf diesen Aspekt konzentrieren und nicht auf ein eher kleines, verwaltungsaufwändiges Programm.

(Beifall SPD - Heiterkeit AfD)

Meine Damen und Herren, damit Frau von Sayn-Wittgenstein sich in unserer Gesellschaft nicht mehr gar so verlassen vorkommt, habe ich die restliche Redezeit den volkspolitisch wegweisenden Forderungen in der „Front deutscher Äpfel“ reserviert. Die lauten:

Erstens. Keine Überfremdung des deutschen Obstbestandes mehr! In der Vergangenheit wurden rein deutsche Obstsorten wieder und wieder durch das Aufpfropfen fremder Arten verunreinigt. Schluss damit!

Zweitens. Südfrüchte raus! Es kann nicht angehen, dass deutsche Kinder mit Bananen und Apfelsinen aufwachsen und den Nährwert eines guten deutschen Apfels oder einer reinen saftigen Birne nicht mehr zu schätzen wissen. Deshalb: Grenzen dicht für Fremdobst!

Drittens. Weg mit faulem Fallobst! Unter deutschen Bäumen lungert immer mehr faules Fallobst herum. Egal, ob es ehemals an deutschen Bäumen hing, muss es endlich wieder einer der Volksgemeinschaft nützlichen Verwendung zugeführt werden. Fallobst zu Mus!

In diesem Sinne: Wir stimmen gegen den AfD-Antrag.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall SPD - Zuruf SPD: Zu viel Fallobst! - Zuruf AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Werter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl ich in der Gemeinde Wewelsfleth geboren bin, in der Henneke Wulf der schleswig-holsteinische Wilhelm Tell beheimatet war, will ich mich nicht in den letzten Jahrhunderten verlieren, sondern in die allerjüngste Geschichte gehen, in die Geschichte der Küstenkoalition.

In der letzten Wahlperiode haben wir uns als Grüne dafür eingesetzt, dass sich Schleswig-Holstein am EU-Schulprogramm beteiligt.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es gab viel Für und Wider in der Debatte. Bedenken gab es vor allem aufgrund des relativ hohen Verwaltungsaufwandes, der für die Inanspruchnahme der EU-Mittel erforderlich ist. Diese Bedenken waren auch nicht ganz unbegründet. Trotzdem freue ich mich, dass wir uns diesen Schritt nicht leichtgemacht, aber ihn umgesetzt haben. Das Programm wird gut angenommen. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen aus. Jede Schule, die teilnehmen möchte, kann teilnehmen. Ich möchte betonen: Die Mittel haben ausgereicht. Wir haben daher einen Schwerpunkt gesetzt. Man muss sich immer wieder fragen, inwieweit es die richtige Botschaft ist, wenn Lebensmittel umsonst sind. Wir werden daher den Antrag der AfD ablehnen, denn die Forderung nach ausreichenden Mitteln erübrigt sich.

Fehlernährung und Bewegungsmangel sind häufig die Ursache für Übergewicht und damit verbundene Folgekrankheiten. Dieses Schulprogramm leistet einen wichtigen Beitrag. Es kann aber nicht allein die Probleme aus der Welt schaffen. Das haben die Vorrednerinnen und Vorredner deutlich gemacht. Es ist eine große, eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die auf unterschiedlichen Ebenen und breit angegangen werden muss. Wir brauchen mehr Aufklärung und Information über gesunde Ernährung, das wissen wir.

(Bernd Voß)

Wir haben die Verbraucherzentrale hier im Land, wir haben die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, wir haben viele Initiativen, Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher. Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag dazu. Wir brauchen ein Bewusstsein für mehr regionale, für mehr handwerkliche Lebensmittelerzeugung statt industrieller Einheitsprodukte. Wir brauchen Regeln. Und ich glaube, das ist entscheidend für die Werbung: Eine speziell an Kinder gerichtete Werbung für ungesunde Lebensmittel sollte unterbunden werden, insbesondere sollten Produkte mit hohem Zuckergehalt nicht einfach als geeignet für Kinder mit irgendwelchem Schnickschnack als Argument beworben werden dürfen.

Die Kennzeichnung von Lebensmitteln ist ein weiteres Thema. Zwar nehmen die Informationen auf den Etiketten ständig zu, doch was fehlt, ist eine einfache, klar erkennbare Nährwertkennzeichnung in Form der Ampel. Dieses fordern Verbraucherorganisationen seit Langem, und wir werden uns auch im Bund und in der EU dafür einsetzen. Das können wir im Grunde nur marginal auf Landesebene regeln; es würde im Verwaltungsaufwand untergehen.

Aufklärung über gesunde Ernährung und gesunde Lebensweise fängt in der Familie an, setzt sich am besten in Kita und Schule fort. Hier ist neben der Kommune auch das Land zuständig und auch in der Verantwortung. Wissen und frühes Erleben sind die Grundlagen, um Fehlernährung und Bewegungsmangel vorzubeugen.

Das sollte nicht auf spezielle Förderprogramme beschränkt, sondern in allen Bildungseinrichtungen gelebte Praxis sein und werden, und das ist es bereits. Alle Kinder haben ein Recht auf Gesundheit und gute Ernährung. Für Schul- und Kita-Verpflegung sollte es verbindliche Qualitätsstandards geben. Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg in Schleswig-Holstein sind, ja. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. Das Wort hat für die FDP-Fraktion die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schule ist ein Ort der Wissensvermitt-

lung, wo es natürlich nicht nur darum geht, richtig Rechnen und Schreiben zu erlernen, sondern ein Stück weit auch darum, wie man mit seinen Mitmenschen und auch mit sich selbst umgeht. Verstehen Sie mich jetzt bitte nicht falsch: Die Schulen sind natürlich in allererster Linie Bildungseinrichtungen und keine Erziehungsanstalten. Die Verantwortung für die richtige Ernährung obliegt immer noch der gesamten Gesellschaft und hier vornehmlich - dieser Meinung bin ich - den Eltern, also der Familie.

Aber in bestimmten Bereichen, so meine ich, kann und sollte die Schule eben mehr als nur Fachwissen vermitteln, etwa dann, wenn es um so wichtige und zentrale Themen wie die Gesundheitsvorsorge geht.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Übergewicht ist in Deutschland leider zu einer Volkskrankheit geworden. Die Folgen sind zum Beispiel eine Verringerung der Lebenserwartung und - dies sei nur am Rande erwähnt - auch ein enormer Anstieg der Ausgaben der Gesundheitskassen. Wir sollten also dringend etwas dagegen unternehmen.

Das EU-Schulprogramm Obst, Gemüse und Milch setzt deshalb an der richtigen Stelle an. Es ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern an den Grundschulen und den Förderzentren in Schleswig-Holstein, sich mit bewusster Ernährung vertraut zu machen. Bewusste Ernährung umfasst übrigens mehr, als darauf zu achten, ab und an Gemüse zu essen. Es genügt auch nicht, einfach eine Schale Obst ins Klassenzimmer zu stellen. Herr Brodehl, das ist gerade das Gute an diesem EU-Programm, das von einem umfassenden und - das ist aus unserer Sicht das Wichtige - auch nachhaltigen Ansatz ausgeht. An die Förderung sind nämlich verschiedene verpflichtende pädagogische Begleitmaßnahmen gebunden. Hierzu gehören Bauernhofbesuche und diverse Unterrichtseinheiten. So werden die Kinder etwa auch dafür sensibilisiert achtzugeben, wo ihr Essen herkommt und wer es hergestellt hat. Die Kinder setzen sich im Unterricht mit gesunden Ernährungsgewohnheiten ebenso auseinander, wie sie etwas über den ökologischen Landbau und darüber erfahren, wie man Lebensmittelabfälle vermeidet.

Mit dem EU-Programm erreichen wir viele Schülerinnen und Schüler. Es ist mittlerweile so weit gekommen, dass sogar die interessierten Schulen, die womöglich leer ausgegangen wären, daran teilnehmen können. Meine Damen und Herren von der AfD, Ihr Antrag ist also hinfällig, und Ihre Sorge ist

(Annabell Krämer)

zudem unbegründet. Uns war natürlich klar, dass man im Zweifelsfall noch etwas Geld dazugeben muss und dass wir keine Schule abhängen dürfen. Wir haben darum gebeten, dass das laufende EU-Programm gründlich evaluiert wird. Aus den Erkenntnissen, die wir daraus gewinnen, können wir schlussfolgern, was wir künftig tun müssen, um die Gesundheit unserer Kinder effektiv und nachhaltig zu schützen und zu einem ganzheitlichen Konzept schulischer Gesundheitsprävention zu gelangen.

Vielleicht sollten wir in diesem Zusammenhang auch darüber nachdenken, wie wir unsere Kinder zu mehr Sport und mehr Bewegung motivieren können. Wir können jedenfalls gespannt sein, welche Ergebnisse uns präsentiert und welche Anstrengungen wir noch unternehmen werden.

Am Ende ist der Schutz der Gesundheit unserer Kinder schließlich ein Anliegen, das uns alle umtreibt. Genau aus diesem Grund wollen wir das Thema gesunde Ernährung an Schulen weiterentwickeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagsvizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben schon zu Zeiten der Küstenkoalition hier im Landtag entschieden, dass Schleswig-Holstein an dem EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch teilnehmen wird. Das Land unterstützt dies seitdem mit der Übernahme der Verwaltungskosten.

Bei dem Förderprogramm, von dem wir sprechen, werden in den Schulen nicht nur Lebensmittel ausgehändigt. Das Programm ist in ernährungspädagogische Konzepte eingebettet. Den Kindern wird beigebracht, wie ökologische und konventionelle Landwirtschaft funktioniert, Ernte vonstattengeht, Milchprodukte hergestellt werden. Für die Lehrkräfte gibt es ein kostenfreies Materialienpaket und begleitende Angebote durch die Servicestelle des Schulprogramms in Schleswig-Holstein.

Außerdem bietet die Servicestelle Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der pädagogischen Programme an. Die Schulen können sich bei

regionalen Treffen über ihre bisherigen Erfahrungen austauschen.

Schulen konnten sich 2017 rechtzeitig vor den Sommerferien in einem Vorverfahren bewerben und wurden daraufhin für das kommende Schuljahr ausgewählt. Um zu erfahren, wie die Auslastung des Programms ist, habe ich meine Kleine Anfrage gestellt. Momentan sind es 126 unserer 394 Grundschulen, die sich erfolgreich um die von der EU bereitgestellten Fördermittel beworben haben und 17 weitere Schulen, die aufgrund nicht ausgeschöpfter Finanzmittel zusätzlich teilnehmen konnten. Der nächste Bewerbungszeitraum steht im Frühjahr 2018 vom 19. März bis 27. April 2018 an.

Ich freue mich, wenn künftig noch mehr Grundschulen diese Möglichkeit wahrnehmen. Warten wir also erst einmal ab, ob der Topf dann schon leer ist, bevor wir voreilig mehr Geld vom Land verlangen. Eine zusätzliche Förderung, wie die AfD sie will, brauchen wir erst einmal nicht.

Außerdem wurde ich auch das Gefühl nicht los, dass der Antragssteller nicht ganz durchblickt hat, was der Sinn und Zweck des Schulprogramms ist. Es geht nicht in erster Linie um schlanke Körper, Sport und übergewichtige Kinder, die angeblich später zu übergewichtigen Erwachsenen werden. Es geht vor allem darum, gesunde Ernährungsgewohnheiten zu fördern. Es geht um Bildung und pädagogische Maßnahmen. Es geht darum, Kindern die Zusammenhänge in der Produktion von Lebensmitteln zu erklären; denn sie sollten nicht denken, dass die lila Kuh die Milch produziert. Darin sollte das Land die Schulen natürlich auch weiterhin im Rahmen des EU-Förderprogramms unterstützen.

Am Ende meiner Rede möchte ich sagen: Bei der Evaluation wird sicherlich auch herauskommen, dass nicht allein ein Stück Obst, ein Glas Milch, ein Joghurt oder vielleicht die Banane dazu führen, dass man gesunde Essgewohnheiten bekommt. Denn wir wissen alle: Wenn man in die Pubertät kommt, ändern sich die Essgewohnheiten wieder.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt! So schnell kann man gar nicht einkaufen!)

Das heißt also, dieses Programm müsste eigentlich nachhaltig auch in den höheren Klassen durchgeführt werden.

Ich möchte noch einmal festhalten, dass dieses EU-Förderprogramm für Schulobst und Milch nicht das warme Mittagessen ersetzt, wie wir das in der Küstenkoalition vielleicht einmal angedacht und gehofft hatten, dass wir damit ganz vielen Kindern in

(Jette Waldinger-Thiering)

Schleswig-Holstein, die in Armut leben, jeden Tag etwas zu Essen geben können.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal allen Lehrerinnen und Lehrern in Schleswig-Holstein danken, die diese Aufgabe wahrnehmen, jeden Tag an der Umsetzung dieses Programms mitzuwirken, weil das auch etwas mit Verwaltung zu tun hat. Das hat auch etwas mit Verantwortung zu tun. Insofern von dieser Stelle aus einen großen Dank an die Lehrerinnen und Lehrer, die das auf sich genommen haben, unseren jungen Menschen regionales Essen nahezubringen, mit ihnen in die Natur und zum Bauernhof hinausfahren, um ihnen zu zeigen: Von den Schwarzbunten kommt die Milch und vom Apfelbaum kommen die Äpfel. Ich weiß nicht, was sie noch alles machen. Ich freue mich auf die Evaluation und die Diskussion im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Energiewende, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Und Obst und Milch, vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt drei Aspekte zu unterscheiden. Der erste, lieber Martin Habersaat, hat erkennbar nichts mit dem Programm zu tun, das ist Absatzförderung. Dafür ist es zu klein. Es gab einmal ein Programm, das sicherlich auf Absatzförderung geschaut hat, aber wie teilweise vorgetragen wurde - ich fasse das noch einmal zusammen - bekommen nach diesem Programm Schüler in teilnehmenden Schulen zweimal die Woche 250 ml Milch. Sie sind bildungspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion in Schleswig-Holstein. Ich sage - das wissen die agrarpolitischen Sprecher -: Wir produzieren jedes Jahr 3 Milliarden kg Milch. Das kleine Programm macht dabei den Kohl nicht fett, sondern es ist ein bildungspolitisches Programm. Deswegen ist es auch genau an der Schnittstelle zwischen Landwirtschaftsministerium und Bildungsministerium aufgehängt. Es ist ein Programm, das dem frappanten Wissensverlust, wie eigentlich Lebensmittel produziert werden, entgegenarbeiten soll. Es ist ein pädagogisches Programm, und das ist auch der Unterschied zu der Absatzförderung davor.

Wir haben - da möchte ich mich ausdrücklich bei Frank Koschinski, der hinten in der letzten Reihe sitzt, bedanken - viel Hirnschmalz darauf verwendet, das so bürokratiearm für die Schulen, für die Schülerinnen und Schüler und für die produzierenden Landwirte zu machen, wie es überhaupt geht. Wir halten die Schulen von allen Kosten frei, die Landwirte beantragen ihre Beihilfe direkt beim LLUR, das Bildungsministerium stellt Unterrichtsbegleitmaterialien zusammen. Es gibt es ein Rundum-Sorglos-Paket für die Schülerinnen und Schüler.

Das Ganze hat dazu geführt, dass das Programm sehr gut angenommen wurde, aber auch nicht überzeichnet wurde. Es wurde schon gesagt, dass 126 Grundschulen und Förderzentren dabei sind. Wir haben uns damals auf Grundschulen und Förderzentren konzentriert und nicht auf Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien, sondern wir sind dahin gegangen, wo der Wissensbedarf, möglicherweise aber auch die Flexibilität im Unterricht am Größten sind.

Wir konnten jetzt noch einmal ein paar Schulen nachziehen, nämlich 19 für Obst und Gemüse und 13 für Trinkmilch. Richtig ist, es sind bei Weitem nicht alle Schulen, es werden nicht alle Schülerinnen und Schüler erfasst, und es ist kein Programm, um die Kinder satt zu machen. Im besten Fall haben sie Spaß am Schnuppeln, erkennen über Gespräche und unterrichtsbegleitende Maßnahmen, dass die Kuh nicht lila ist und die Schokolade nicht aus dem Euter kommt, sondern sie setzen sich mit Landwirtschaft und Lebensmitteln auseinander. Das ist dringend notwendig, weil selbst die meisten Erwachsenen kaum noch wissen, wie die Produktionsbedingungen heute sind und welchen Wert Lebensmittel haben.

Lieber Herr Habersaat, ich stimme Ihnen zu, man sollte die Notwendigkeit von gesunder Ernährung hoch ansiedeln. Ich verweise auf die Debatte, die wir heute Morgen geführt haben, als Karin Prien und Heiner Garg gelobt wurden für das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“, wo der letzte Euro übernommen wurde. Ich kenne Geschichten aus Kiel-Gaarden, wo die Mahlzeit in der Schulkantine 1 Euro gekostet hat und nicht angenommen wurde, weil 1 Euro zu teuer war. Als der 1 Euro weggenommen wurde durch Spenden, durch eine Stiftung, wurde auf einmal gegessen. Manchmal ist 1 Euro schon zu viel für Familien.

Insofern haben wir ein sozialpolitisches Problem. Das darf nicht auf dem Rücken der Kinder ausgeglichen werden. Richtig ist, dass unser Programm

(Minister Dr. Robert Habeck)

darauf nur eine ganz kleine Antwort gibt. Man sollte die beiden Aspekte nicht gegeneinander ausspielen. Ich bin froh, dass das Schulprogramm angenommen wird, und ich bin auch froh, wenn es weitere Programme gibt, die Kinder satt machen, ohne dass sie hungrig in die Schule kommen oder hungrig aus der Schule herausgehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Von der antragstellenden AfD-Fraktion ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/383 und - ich meine - auch den Alternativantrag Drucksache 19/415 (neu) an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen somit zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der

AfD, Drucksache 19/383, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen gibt es nicht. Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/415 (neu). Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:44 Uhr